

Sand im Getriebe 111

NIE WIEDER KRIEG Frieden mit Russland








AntiWarNews.org
AntiKriegsnachrichten.de
 Im Krieg stirbt die Wahrheit zuerst. Kritische Medien informieren:
 Hintergrund | JungeWelt | Der Freitag | WeltnetzTV | AntikriegTV
 Telepolis | Nachdenkseiten | Neues Deutschland | AG Friedensforschung
 english: DemocracyNow | RussiaToday | PressTV | TeleSUR
 WorldBeyondWar | CounterPunch | TruthOut

Projekt :

<https://www.startnext.de/antikriegsnachrichtenplakate-1> ,
http://antikriegsnachrichten.de/?page_id=11131

Wohin wir auch schauen, 100 Jahre nach dem 1. Weltkrieg und mitten in der noch längst nicht überwundenen Weltwirtschaftskrise ächzt die Welt unter alten und neuen Kriegen. Die Brutalität der israelischen Regierung im Krieg gegen Palästina hat – trotz des pro-israelischen medialen Trommelfeuers - eine weltweite Solidarisierung hervorgerufen, die man inzwischen vielleicht mit der weltweiten Empörung 1968 über den „amerikanischen Krieg“ in Vietnam vergleichen kann. Auf der Demonstration „**Berlin für GAZA**“ am 9.8.2014 hieß es „*Wir, hier lebende Juden, schämen uns, dass so ein Verbrechen, wie die jüngste Invasion der israelischen Armee und der Massenmord an Zivilisten und Kindern, die in Gaza zur Welt gekommen sind, im Namen des Judentums begangen worden ist und begangen wird...*“

→

PDF-Version: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig>
Online Fassung: <http://sandimgetriebe.attac.at>
Mail: sig@attac.de

Tobias Pflüger: Atomwaffen abschaffen	3
Gaza	
Dringender Aufruf der Zivilgesellschaft in Gaza	4
Netzwerk in Lateinamerika: Aufruf: „ unsere Freiheit ist ohne die Freiheit Palästinas unvollständig“	5
Lateinamerikanische Länder kritisieren Israel	6
Demonstrationen in der ganzen Welt am 9. August	7
Uri Avnery: Israels Paranoia	7
Iris Hefets: Wir weigern uns Feinde von Palästinensern bzw. Arabern zu sein / Kopi-Aufruf	8
Erklärung aus dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac	9
Norman Paech: Aufhebung der Besatzung	10
Aufruf, ein Militärembargo über Israel zu verhängen	11
Ukraine	
Claus Schreer, isw: Das Assoziierungs-Abkommen mit der Ukraine – Instrument imperialer Machtpolitik	12
Kritik an den „Spiegel“	13
Christian Christen: Politik im Blindflug – Wirtschaftssanktionen gegen Russland	14
Antikriegsnachrichten / versch. Hinweise	15
Mani Stenner ist tot	16
Südamerika	
Argentinien: Maria Elena Saludas: Das Urteil des Obersten Gerichtshofs der USA und die „Geierfonds“	17
CHILE: Forderungen des Umweltnetzwerks Nord	20
Darion Azzelini: Konterrevolution in Lateinamerika	21
Afrika: Appell gegen EPA zwischen EU und Westafrika	
BRICS-Gruppe, Treffen in Fortaleza – Artikel von Fidel Castro und Bai Shi, Peking	24
Weltkongress des Intern. Gewerkschaftsbunds (IGB)	27
Europa	
Alberto Garzón : Podemos und Perpektiven der Pluralen Linken nach dem Wahlerfolg in Spanien	29
Attac At: Steuerreform / Attac Fr zu den Staatsschulden	31
Altersummit-Konferenz in Budapest : Thesen zum Kampf gegen den Rechtsextremismus in Europa	32
Nachrufe (Hans- Peter Dürr, Remy Gyger)	34
Aktionstag gegen TTIP, CETA, TiSA und die Freihandelsagenda am 11. Oktober 2014	36

Vorwort- Fortsetzung

Der Völkerrechtler **Norman Paech** schreibt: „die israelische Okkupationspolitik ist Ausgangspunkt aller Probleme und Gewalt, nicht der Widerstand der Palästinenser“. Der **wissenschaftliche Beirat von ATTAC-D** zeigt einen Ausweg aus der Spirale der Gewalt: „Die UNO wird seit Jahrzehnten blockiert, wenn es darum geht, beschlossene Sanktionen gegen Israel durchzusetzen. Genau dies muss aber geschehen, um eine weitere Eskalation des asymmetrischen Krieges zu verhindern. Israel muss die Blockade des Gaza-Streifens vollständig aufgeben (...) . Dann wird die Sinnlosigkeit, Tunnels zu bauen, Raketen „home made“ zu produzieren und sie völkerrechtswidrig auch gegen Zivilisten zu schießen, offenbar. Die Mauer gegen die Palästinenser, um die völkerrechtlich illegalen Siedlungen zu schützen, muss fallen, und Israel muss die Grenzen von 1967 als seine Staatsgrenzen akzeptieren. Umgekehrt muss die Hamas als palästinensische Vertretung im Gaza-Streifen das Existenzrecht Israels in diesen Grenzen anerkennen und bereit sein, auf Gewalt als Mittel der Politik gegenüber Israel zu verzichten. Israel muss endlich ernsthafte Verhandlungen mit den Palästinensern, mit der kürzlich gebildeten Einheitsregierung von Fatah und Hamas, aufnehmen und zwar unter internationaler Vermittlung. Die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates muss ermöglicht werden, das von der UNO geforderte Rückkehrrecht der Flüchtlinge muss eingelöst, die Freilassung der an die 5000 zählenden politischen Gefangenen muss geregelt werden.“

Die Besetzung des Iraks und der Regime-Change in Lybien schlagen auf ihre Urheber zurück und destabilisieren Nordafrika und Westasien. Im Konflikt um die **Ukraine** spielt wiederum ein großer Teil der **deutschen Medien** eine desinformierende Rolle, die sich aus traditioneller Russenfeindschaft und immer noch schwelendem Antikommunismus speist (daher unser Titelbild). **Christian Christen** analysiert die Wirtschaftssanktionen gegen Russland unter dem Titel „Politik im Blindflug“. **Claus Schreer** hält das Assoziierungs-Abkommen der EU mit der Ukraine für ein Instrument imperialer Machtpolitik.

Dasselbe kann man wohl behaupten von dem drohenden „Partnerschafts“-Vertrag zwischen Europa und Westafrika. **Susan George** und andere fordern deshalb: „Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente dürfen diesen Vertrag nicht ratifizieren“. Die neoliberale Offensive, der Freihandelsimperialismus, geht ja mit **TTIP** und **TPP** weiter, allerdings gibt es auch die Gegenströmung.

Die erhält – bei aller Ambivalenz – Unterstützung aus dem **globalen Süden**, wo sich - angestoßen durch die sozialen und sozialrevolutionären Bewegung für reale Umverteilung von Eigentum, Einkommen und Entwicklungschancen - eine **neue Machtstruktur** entwickelt. In Brasilien haben die „Lokomotiven des Süden“ mit der praktischen Konstruktion eines alternativen, vom „Washington Konsens“ abweichenden Weltfinanzsystems begonnen und in der umfassenden **Erklärung von Fortelaza** ihre Politik gegenüber dem westlichen Kapitalismus abgestimmt. **Fidel Castro**, dem wir zum 85ten Geburtstag gratulieren, ist zufrieden „Das Treffen der BRICS-Gruppe in Fortaleza markiert eine Zäsur der globalen Entwicklung“. Der neue Reservefonds könnte schon bald helfen, **Argentinien** aus dem Klammergriff der Hedgefonds („Geierfonds“) und der imperialen Klassenjustiz der USA auszubrechen, über den wir in zwei Beiträgen berichten.

Einige Beiträge in dieser Nummer gehen auf die politische Entwicklung in **Europa** ein (**Rechtsextremismus** aber auch Herausbildung von linken Gruppen, z.B. **Podemos** in Spanien; **Attac Frankreich** prangert die Staatsschulden an: sie sind zu 59% illegitim)

Gegenwärtig hat wohl die Frage von Krieg und Frieden Priorität: eine neue, breite Friedensbewegung ist nötig, um die Welt vom Abgrund zurück zu rufen und die globale hoffnungsvolle Bewegung unter der Parole „Ein andere Welt ist möglich“ zu stärken. Müssen zur Kenntnis nehmen, dass auch eine andere, noch viel schlechtere Welt möglich ist – oder vielleicht sogar wahrscheinlich? Ein verletzter Tiger ist besonders gefährlich. Während Barack Obama vor fast 50 afrikanischen Staatshäuptern von dem Auserwähltsein der USA als „indispensable nation“ schwärmt, würde ihm der portugiesische Nobelpreisträger **Jose Saramago** wohl antworten „Ich stelle immer zwei Fragen: Wie viele Länder haben Militärbasen in den Vereinigten Staaten? Und in wie vielen Ländern haben die Vereinigten Staaten keine Militärbasen?“



Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.

Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org

Gedruckte Exemplare von "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis (1,50 €). Bestellung in Deutschland per Mail an sig-abo@gmx.de. Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 €

pro Heft (Nr. 100: 3€ +porto; Bis zur Nr. 90: pro Heft 1€ + Porto; portofrei ab 5 Heften) Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.

Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - An dieser Nummer haben mitgewirkt: Werner Horch (Attac Deutschland), aber auch viele Attacies und Engagierte, die uns gewollt oder ungewollt Tips, Anregungen gegeben haben.

Danke an Mathias Mittergeber (Attac Österreich) für online-Fassung. ViSPR: Peter Strotmann

Tobias Pflüger

Atomwaffen abschaffen

Am 6. August, dem 69. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima, wurde an der Friedensglocke im Berliner Volkspark Friedrichshain der Opfer von Hiroshima und Nagasaki gedacht.

Der Deutsche Friedensrat e. V. war Mitveranstalter. Tobias Pflüger ist Vorstandsmitglied des Deutschen Friedensrates:

Liebe Freundinnen und Freunde,

Herzlichen Dank fuer Kommen heute hierher zur Friedensglocke am Hiroshima-Tag nach Berlin-Friedrichshain. Ich halte diesen Termin hier am 6. August fuer einen der wichtigen Termine der Friedensbewegung. Und wir sind heute doch recht viele, das freut mich sehr.

Wir begehen heute den 69. Jahrestag des Atombombenabwurfes auf Hiroshima. Am 6. August 1945 warf der US-amerikanische Bomber "Enola Gay" die mit dem Spitznamen "Little Boy" benannte erste Atombombe in einem Krieg ueber der japanischen Stadt Hiroshima ab. (...)

Das Eintreten fuer eine atomwaffenfreie Welt ist heute so notwendig denn je. Daran erinnert uns nicht zuletzt das heutige Datum. Die Atomwaffenstaaten haben sich im Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag auch Atomwaffensperrvertrag genannt, dazu verpflichtet, ihre Arsenale schnellstmoeglich abzuruesten. Diese Verpflichtung wird bekanntlich von allen Atomwaffenstaaten ignoriert und hintergangen. Offensichtlich gibt es eine Renaissance von Atomwaffen. Nach Angaben des ehemaligen Generalstabschef Russlands ist ein praeventiver Nuklearschlag Teil der russischen Militaerstrategie. Schon im Jahr 2004 veroeffentlichte die NATO eine Studie u.a. vom deutschen General Klaus Naumann. Dort heisst es u.a.: *"Die atomare Eskalation bleibt weiterhin ein Element jeder modernen Strategie" und "Ein derartiges Konzept der interaktiven Eskalation setzt Dominanz bei der Eskalation voraus, den Einsatz des ganzen Spektrums von Zuckerbrot und Peitsche, aller weichen und harten Machtinstrumente, vom diplomatischen Protest bis zu Atomwaffen."*

Die jetzige Bundesregierung ist die erste, die wieder positiv Bezug nimmt auf Atomwaffen im NATO-Kontext. Im Koalitionsvertrag heisst es: *"Solange Kernwaffen als Instrument der Abschreckung im strategischen Konzept der NATO eine Rolle spielen, hat Deutschland ein Interesse daran, an den strategischen Diskussionen und Planungsprozessen teilzuhaben."* Die letzten Regierungen hatten hier zumindest deklariert, dass ein Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland angestrebt wird, wenn dies

auch nie geschehen ist. Das ist nun kein Thema mehr.

Wir wollen einen Abzug der Atomwaffen aus Deutschland, Atomwaffen sind immer verbrecherische Waffen und gehoeren abgeschafft!

In Buechel in Rheinland-Pfalz lagern aller Wahrscheinlichkeit nach ca. 20 Atomwaffen der USA. Diese Atomwaffen sollen nun modernisiert werden. Die neue Generation von Atomwaffen soll "B61-12" heissen. Fuer die Modernisierung der Atomwaffen sind Gelder im US-Haushalt fuer 2015 eingestellt. Auch die Waffenlager, u.a. Buechel, sollen modernisiert werden. Auch die deutschen Tornados, die Traegersysteme dieser Atomwaffen in Buechel im Rahmen der so genannten "Nuklearen Teilhabe" bekommen eine Umruestung und "Lebenszeitverlaengerung". Schon 2020 sollen die neuen Atombomben in Buechel stationiert werden.

Protestaktionen am Atomwaffenstandort Buechel, 11-12. August 2014:



<http://www.atomwaffenfrei.de/aktiv-werden/buechel/buechel-2013.html>

Bisher hatte die Bundesregierung behauptet, dass die Modernisierung und das "Lebenszeitverlaengerungsprogramm" ein rein "nationales Programm" der USA sei, es habe "keine Verhandlungen mit den USA" gegeben. Das Fernsehmagazin MONITOR hat kuerzlich herausgefunden, dass die deutsche Regierung aber sehr wohl sehr direkt eingebunden war und ist in die Modernisierung der Atomwaffen:

Bei MONITOR hiess es: *"Aus einem Bericht des US-amerikanischen Rechnungshofes (GAO) ergibt sich, dass es durchaus sehr konkrete Absprachen zwischen den USA und den NATO-Partnern gab. Das US-Verteidigungsministerium und die NATO-Verbuendeten einigten sich 2010 auf die zentralen militaerischen Merkmale der Bombe. Dabei wurde laut US-*

Rechnungshof auch ueber Details wie die „Sprengkraft“, und die „Treffsicherheit“ der neuen Waffen gesprochen. Der renommierte Atomwaffenexperte Hans Kristensen von der Federation of American Scientists sagte dem WDR-Magazin, innerhalb der NATO seien vor allem die so genannten „Host-Nations“ in das Projekt „direkt eingebunden“. Das sind die Laender, in denen die US-Atombomben stationiert sind, also Deutschland, Belgien, die Niederlande, Italien und die Tuerkei."

Wir wollen keine Modernisierung der Atomwaffen, wir wollen ein Ende der "Nuklearen Teilhabe", und endlich einen Abzug aller Atomwaffen!

Wir erinnern uns: Barack Obama hat - auch hier in Berlin, wie zuvor in Prag - davon gesprochen "konkrete Schritte einleiten, um zu einer Welt ohne Atomwaffen zu gelangen". Danach sieht es nicht aus. Im Gegenteil. Wir muessen uns selbst fuer den sofortigen Abzug und die Vernichtung der Atomwaffen stark machen. Auch deshalb begreusse und unterstuetze ich ausdruecklich die gerade laufenden Aktionen der Friedensbewegung gegen das Atomwaffenlager in Buechel.

Heute befinden wir uns in einer Situation, die schwer an den Kalten Krieg erinnert, nicht nur der Konflikt in der Ukraine eskaliert. In dieser Situation Atomwaffen zu haben, ist gefaehrlich, sehr gefaehrlich. Die Wahrscheinlichkeit eines Atomkriegs ist so hoch eingestuft worden, wie lange nicht. Wir wollen keinen neuen kalten Krieg! Viele deutsche Medien machen allein Russland bzw. Putin fuer alles verantwortlich. Ohne ein Freund Putins und seiner Politik zu sein, so ist es nun doch garantiert nicht. Ein Journalist des Handelsblattes hat vor wenigen Tagen den Text des Leitartikels der FAZ, der dazu aufrief gegen Russland loszuschlagen, als "geistigen Einberufungsbescheid" bezeichnet. Richtig. Das neue Feindbild in vielen Medien ist klar, es ist Russland und Putin. Wir weisen dieses Feindbild klar zurueck! Die Opfer von Hiroshima und Nagasaki mahnen. Das ist Vermaechtnis und uns Verpflichtung. Wir geben ein klares Zeichen von hier aus von der Friedensglocke in Berlin-Friedrichshain: Wir wollen nie wieder Atomkrieg und nie wieder Krieg! Vielen Dank!

GAZA

Dringender Aufruf der Zivilgesellschaft in Gaza: Handelt jetzt!

13.7.2014

Wir, Palästinenser_innen, die im blutigen und belagerten Gazastreifen in der Falle sitzen, rufen die Menschen aus aller Welt, die ein Gewissen haben, auf, sofort zu handeln: Protestiert, intensiviert die Boycotte, Desinvestitionen und Sanktionen gegen Israel, bis es seinen mörderischen Angriff auf unsere Bevölkerung beendet und zur Rechenschaft gezogen wird!

Während die Welt uns wieder einmal den Rücken zuwendet, mußten wir hier in Gaza in den letzten Tagen ein Massaker nach dem anderen erleben. (...)

Wir wissen, dass viele mehr die nächsten Tage nicht überleben werden. Wer von uns wird als nächstes getroffen, während wir heute Nacht in unseren Betten liegen, wachgehalten vom Lärm des Blutvergießens um uns herum? Werden wir das nächste Foto sein, bis zur Unkenntlichkeit zerfetzt von Israels hochmoderner Tötungsmaschinerie?

Wir fordern, den Verbrechen und der Unterdrückung gegen uns endgültig ein Ende zu setzen. Wir fordern:

Ein Waffenembargo und Sanktionen gegen Israel, die die Waffenlieferungen und die Militärhilfe aus Europa und den USA stoppen, die Israel für seine Kriegsverbrechen braucht.

Die Aussetzung aller Handelsabkommen und bilateraler Verträge mit Israel, etwa das EU-Israel-Assoziationsabkommen.

Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen, wie sie der Aufruf der überwältigenden Mehrheit der palästinensischen Zivilgesellschaft von 2005 verlangt.

Das israelische Regime hat immer wieder bewiesen, dass es ohne Druck und Isolation weiterhin Massaker wie das, das wir gerade erleben, verüben und seine jahrzehntelange Praxis der ethnischen Säuberungen, der militärischen Besatzung und der Apartheidpolitik fortsetzen wird. (...)

Weißer Phosphor und andere chemische Waffen wurden in zivilen Gegenden

eingesetzt und haben unser Land dauerhaft verseucht, was zu einem Anstieg der Krebsraten geführt hat. (...)

Am Dienstagmorgen erhielt die Kaware Familie einen Anruf, der sie darüber informierte, dass ihr dreistöckiges Haus bombardiert werden würde. Die Familie begann, das Haus zu verlassen, als ein Wassertank getroffen wurde. Dann kehrte sie jedoch zusammen mit zahlreichen Menschen aus der ganzen Nachbarschaft zurück, die ihnen beistehen wollten. Die israelischen Kampfflugzeuge bombardierten das Gebäude, auf dessen Dach sich die Leute versammelt hatten, in vollem Bewusstsein, dass es voller Zivilist_innen war. Sieben Menschen starben sofort, darunter fünf Kinder unter 13 Jahre. 25 weitere wurden verletzt und der achtjährige Seraj Abd al-Aal erlag später am selben Abend seinen Wunden. Vielleicht hatte diese Familie versucht, an die Menschlichkeit des israelischen Regimes zu appellieren, in der Annahme, sie würden ein Haus, dessen Dach voller Menschen ist, sicher nicht bombardieren. Aber der Anblick der Familien, die um uns herum zerfetzt werden, macht uns klar, dass Israels Handeln nichts mit Menschlichkeit zu tun hat.

(...)

Dieser neuste Ausbruch israelischer Barbarei muss im Kontext von Israels unmenschlichen, seit sieben Jahren anhaltenden Blockade gesehen werden. Diese Blockade verhindert, dass Menschen ein- und ausreisen und lebenswichtige Waren in den Gazastreifen gelangen können und verursacht so eine andauernde Unterversorgung mit Medikamenten und Nahrung, die nun zu einer katastrophalen Situation in allen unseren Krankenhäusern und Kliniken führt.

Die Einfuhr von Zement, das dringend für den Wiederaufbau der tausenden bei israelischen Angriffen zerstörten Häuser gebraucht wird, ist verboten. Vielen kranken und verletzten Menschen wird die Ausreise für eine lebensnotwendige medizinische Behandlung im Ausland

verwehrt, wodurch bereits über 600 Patienten gestorben sind.

(...) Wir bestehen darauf, dass die internationale Gemeinschaft handelt:

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel

Gerichtsverfahren wegen Kriegsverbrechen

Sofortiger internationaler Schutz für die Zivilbevölkerung in Gaza

(...)

Handelt jetzt, bevor es zu spät ist!

Unterzeichnet von:

Palestinian General Federation of Trade Unions;
University Teachers' Association in Palestine;
Palestinian Non-Governmental Organizations Network (Umbrella for 133 orgs);
General Union of Palestinian Women;
Medical Democratic Assembly;
General Union of Palestine Workers;
General Union for Health Services Workers;
General Union for Public Services Workers;
General Union for Petrochemical and Gas Workers;
General Union for Agricultural Workers;
Union of Women's Work Committees;
Pal-Cinema (Palestine Cinema Forum);
Youth Herak Movement;
Union of Women's Struggle Committees;
Union of Synergies—Women Unit;
Union of Palestinian Women Committees;
Women's Studies Society;
Working Woman's Society;
Press House;
Palestinian Students' Campaign for the Academic Boycott of Israel;
Gaza BDS Working Group;
One Democratic State Group

Englisches Original:

<http://www.bdsmovement.net/2014/urgent-call-from-gaza-civil-society-act-n>
<http://www.palaestina-solidaritaet.de/gaza-attack-2014/dringender-aufruf-der-zivilgesellschaft-in-gaza-handelt-jetzt/>

Israels Krieg im Gaza-Streifen, Seite der diplomatischen Vertretung Palästinas in Deutschland

<http://palaestina.org/index.php?id=255>

Kontext TV : "GAZA, ISRAEL UND DIE ROLLE DER MEDIEN", <http://www.kontext-tv.de/node/436>

Jürgen Todenhöfer antwortet auf die üblichen demagogischen Fragen, die im Zusammenhang mit dem Gazakrieg gestellt werden:
<https://de-de.facebook.com/JuergenTodenhoefer/posts/10152373276475838>

<http://www.alternativenews.org/english/>

Martin Lejeune, The Days of Oil and Za'atar <http://martin-lejeune.tumblr.com/archive>

https://www.youtube.com/watch?list=UUv1WDP5EiipMQ_C4Cg6aow&v=2SPmb7sw6WY

„ Unsere Freiheit ist ohne die Freiheit Palästinas unvollständig“ Aufruf des "Netzwerk zur Verteidigung der Menschheit" lateinamerikanischer Intellektueller, Künstler und Aktivisten

Die Erklärung, die vom "Netzwerk zur Verteidigung der Menschheit" lanciert wird, haben nach Angaben der kubanischen Tageszeitung Granma bereits mehr als 342.000 Künstler, Akademiker, Wissenschaftler, Anwälte, Journalisten, Professoren, Abgeordnete, Vertreter verschiedener Religionen, Ärzte, Studenten, Bauern, Arbeiter, Gewerkschaftsführer und Aktivisten sowie Organisationen und Institutionen aus mehr als 50 Ländern, mehrheitlich aus Lateinamerika unterzeichnet.

<http://cubaendefensadelahumanidad.blogspot.de/p/fabiogrobart-sunshine-cuba.html>

Das Netzwerk geht auf das Welttreffen von lateinamerikanischen Intellektuellen und Künstlern zurück, das unter dem Motto "Zur Verteidigung der Menschheit" vom 1. bis 5. Dezember 2004 in der venezolanischen Hauptstadt Caracas stattfand.

Unter den prominenten Unterstützern des Manifestes sind anderem der Schriftsteller **Eduardo Galeano**; der Nobelpreisträger **Adolfo Pérez Esquivel**; der Dichter und Präsidenten der kubanischen Kulturinstitution Casa de las Américas, **Roberto Fernández Retamar**; die Leiterin des kubanischen Nationalballets **Alicia Alonso**; die nordamerikanische Schriftstellerin **Alice Walker**; der kubanische Liedermacher **Silvio Rodríguez**; die Bischöfe **Raúl Vera** (Mexiko) und **Pedro Casaldáliga** (Brasilien) sowie der brasilianische Ökonom und Sozialaktivist **Joao Pedro Stedile**.

Das Netzwerk zur Verteidigung der Menschheit (Red En Defensa de la Humanidad – REDH), erfüllt angesichts der tragischen Ereignisse, die das palästinensische Brudervolk in Gaza zurzeit erlebt, seine Verpflichtung folgendes zu bekunden:

Wir erklären unsere Unterstützung der Worte des Compañero Evo Morales, Mitbegründer des Netzwerkes zur Verteidigung der Menschheit und Präsident des Plurinationalen Staates Bolivien, mit denen er Israel zu einem terroristischen Staat erklärt hat.

Wir erklären weiterhin unsere absolute Ablehnung des Völkermordes, den das palästinensische Volk von Seiten eines Staates erleidet, der sich auf der Enteignung und der kolonialen Besetzung der palästinensischen Gebiete begründet.

Wir bekunden unsere Anerkennung und Solidarität mit dem heldenhaften Kampf des palästinensischen Volkes und seiner Widerstandsorganisationen, insbesondere in Gaza, gegen den Versuch Israels, es auszurotten und ihm die Reste dessen zu entreißen, was einmal seine Heimat war.

Wir verurteilen die imperialistische Rolle der USA, die Israel politisch, finanziell und militärisch unterhalten, während der Sicherheitsrat der UNO, dessen Resolutionen zur Palästinafrage von Washington systematisch und ungestraft verletzt werden, auf befremdliche Weise untätig bleibt. Die USA, die eine Heuchelei und einen Zynismus an den Tag legen, den sie im Verlauf ihrer gesamten Geschichte gezeigt haben, indem sie die Völker Lateinamerikas, Afrikas und Eurasiens, die ihre Souveränität verteidigen, mit Sanktionen und Interventionen bedroht haben, während sie zugleich das Handeln Israels unterstützten.

Wir beklagen die Komplizenschaft, in einigen Fällen durch Unterlassung, der Regierungen der Europäischen Union wie auch die bedingungslose Unterordnung der Medien-Oligopole unter das Diktat Washingtons. Man muss endlich damit aufhören, den von einer der am Besten ausgerüsteten Armeen der Welt gegen ein Volk vollzogenen Völkermord als Krieg zu bezeichnen, dessen Mittel zur Verteidigung nach Zahl und Qualität unendlich unterlegen sind!



Wir regen dazu an, sich der Kampagne zum Boykott, zum Rückzug von Investitionen und zur Verhängung von Sanktionen gegen den terroristischen Staat Israel anzuschließen, da die Stunde der aktiven und kreativen Solidarität angebrochen ist, die über verurteilende Verlautbarungen hinausgeht. Wir haben die über 1.600 in den vergangenen Wochen in Palästina ermordeten Menschen, wie auch die mehr als 9.000 Verletzten im Stich gelassen, seit die terroristische Operation unter der

heuchlerischen Bezeichnung "Schützende Grenze" (Protective Edge) begonnen hat.

Wir fordern das Ende der Apartheid und des Völkermordes, wie auch der Mauern und der illegalen Siedlungen. Wir fordern von den Regierungen der Welt, Israel dazu aufzufordern, die Resolutionen des Sicherheitsrates der UNO zu erfüllen, die es dazu zwingen, sich aus Gaza, dem Westjordanland und Ostjerusalem zurückzuziehen, zu den Grenzen vor dem "Sechstagekrieg" (1967) zurückzukehren und die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge zu garantieren, die in der Resolution Nr. 242 des Sicherheitsrates vom 22. November 1967 festgelegt wurde und der der Staat Israel bis zum heutigen Tag nicht nachgekommen ist.

Wir sprechen uns für eine wahrhaft politische Lösung des Palästina-Konfliktes auf Grundlage des Dialogs, der Verhandlung und der Existenz von zwei Staaten mit gleichen Rechten und international festgelegten und anerkannten Grenzen aus, eine Lösung, die mit der sofortigen Aufhebung der Blockade von Gaza und der Freilassung aller palästinensischen politischen Gefangenen verbunden sein sollte. Wir begrüßen die solidarische Haltung der Regierungen der Staaten der ALBA, des Mercosur und anderer Regierungen des Südens gegen das barbarische Verhalten Israels in Gaza.

Wir machen uns die Worte des Revolutionärs Nelson Mandela zu eigen: "Wir wissen nur zu gut, dass unsere Freiheit ohne die Freiheit Palästinas unvollständig ist", wir sagen, dass Israel diesen Kampf gegen das tapfere palästinensische Volk moralisch und politisch bereits verloren hat und die wachsende Verurteilung der Völker der Welt als "Schurkenstaat" verdient, der das internationale Recht verletzt. Der unbeugsame palästinensische Widerstand wird früher oder später durch das Lächeln seiner Kinder in einer freien Heimat belohnt werden.

Gegen den israelischen Terrorismus und den US-amerikanischen Imperialismus, in Verteidigung der Selbstbestimmung Palästinas und aller Völker der Welt!

La Paz, Bolivien
4. August 2014

<http://amerika21.de/dokument/103636/manifest-fuer-palaestina>

Lateinamerikanische Länder kritisieren Israel

Marta Andujo Lateinamerikas Diplomatie aktiv gegen Israels Krieg

Chile und Peru haben wegen der Militäroperationen der israelischen Streitkräfte im Gaza-Streifen ihre Botschafter in Israel zu Konsultationen in ihre Heimat zurückgerufen. Dies berichtete die deutsche Tageszeitung Die Welt unter Berufung auf Mitteilungen der Außenministerien der beiden südamerikanischen Länder. Zur Begründung der diplomatischen Maßnahme, die ein klares Anzeichen des zerrütteten Verhältnisses ist, sei die Verletzung des internationalen Menschenrechtes durch Israel bei der laufenden Militäroperation genannt worden.

In jüngster Zeit hatten auch andere Staaten der Region diplomatische Maßnahmen gegen Israel ergriffen, dessen Angriffe nach Angaben humanitärer Organisationen bislang über 1.500 Todesopfer gefordert haben. Generell nimmt die Kritik lateinamerikanischer Länder an Israels Vorgehen im Gaza-Streifen auch in internationalen Organisationen wie der UNO weiter zu. Mehrere dieser Länder haben einen nennenswerten Anteil von Immigranten aus der arabischen Welt und große jüdische Gemeinden.

Bolivien hat zum 30. August für israelische Staatsbürger die Visumpflicht für die Einreise wieder eingeführt. Damit kommt Israel in die Gruppe-III-Länder, was die Einreisebestimmungen angeht und steht auf einer Stufe mit "gescheiterten Staaten" und Ländern mit "rechtswidrig handelnden Führungen". Die jüdische Gemeinde in Bolivien hat dazu erklärt, dass sie die Entscheidung der Regierung respektiere. Jedes Land habe das Recht, solche Regelungen einzuführen. Allerdings hoffe man darauf, dass die Visumpflicht zu einem künftigen Zeitpunkt wieder revidiert werde. Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Bolivien, Ricardo Udle, wies jedoch die Qualifizierung Israels als "terroristischen Staat" zurück. Diese Einstufung hatte der Präsident von Bolivien, Evo Morales, vor wenigen Tagen vorgenommen.

Auch die Präsidenten von **Nicaragua** und **Uruguay** protestierten scharf gegen die Militäroperationen der Armee Israels gegen Zivilisten in Gaza. Die Regierung Uruguays äußerte sich "konsterniert" wegen der wiederholten Bombardements von Zufluchtsorten der UNO, die diese für die Zivilbevölkerung eingerichtet hatte. Nicaraguas Präsident Daniel Ortega

prangerte anlässlich des 35. Jahrestages der Gründung der Luftwaffe seines Landes ebenfalls die israelischen Angriffe auf die Zivilbevölkerung an. In einer emotionalen Rede sagte Ortega, dass in diesem Gebiet des Nahen Ostens "zwei Völker, die Kinder Gottes sind, in Frieden leben können und gegenseitig ihr Territorium respektieren müssen".



Die Regierung **Argentiniens** verurteilte am Sonntag den zweiten Angriff durch israelisches Militär auf eine Unterkunft der UNO im Süden des Gazastreifens, die etwa 3.000 Schutz suchende Zivilisten beherbergte und zehn Menschenleben forderte. Argentinien "sieht den israelischen Angriff gegen eine Schule der Vereinten Nationen als einen kriminellen Akt an, der untersucht werden muss, um die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen", so die Mitteilung des Außenministeriums in Buenos Aires. Die Regierung des südamerikanischen Landes fordert eine dringliche Aktion des Weltsicherheitsrates der Vereinten Nationen, um ein Ende der Militäreinsätze zu erreichen.

Kubas Außenministerium bekräftigte bereits Ende vergangener Woche in einem Kommuniqué seine "unerschütterliche Solidarität mit dem palästinensischen Volk und seinem Recht auf Selbstbestimmung sowie der Errichtung eines unabhängigen Staates mit Jerusalem als Hauptstadt". Der sozialistische Karibikstaat hatte 1973 die Beziehungen mit Israel angebrochen, die seit dem Sechstagekrieg 1967 schwer belastet waren. Ungeachtet des diplomatischen Zerwürfnisses gibt es in Kuba eine aktive und wachsende jüdische Gemeinde.

Vollständiger Artikel mit Angaben der Quellen:

<http://amerika21.de/2014/08/103480/lateinamerika-diplomatie-israel>



13.07.2014

Caracas. Die Mitgliedstaaten des linksgerichteten Bündnisses ALBA (Bolivarische Allianz für Amerika) haben gegen das Vorgehen der israelischen Streitkräfte im Gaza-Streifen protestiert. In einer Erklärung vom 10. Juli heißt es, die "neue israelische Offensive" verletze durch "wahllose Angriffe auf die Zivilbevölkerung selbst die Mindeststandards des humanitären Völkerrechts".

Die ALBA-Staaten drückten zugleich ihr Bedauern über die Ermordung von drei israelischen Jugendlichen aus und fordern eine "klare und gerechte Untersuchung", um die Verantwortlichen zu identifizieren und nach geltenden Gesetzen ihrer Bestrafung zuzuführen. Diese bedauerlichen Morde könnten jedoch keine "erneute unverhältnismäßige Offensive rechtfertigen".

(...)

"Wir erheben unsere Stimme aus Protest gegen die Einschüchterung und die Machtdemonstration gegenüber den Schwächsten und verteidigen die Idee der Gleichheit und des Respekts", heißt es in dem Text der ALBA-Länder weiter. Die "internationale Gemeinschaft" solle eingreifen, "um ein Zusammentreffen zwischen Gleichen zu ermöglichen, damit sie ihre Differenzen beheben".

Der Allianz gehören **Antigua und Barbuda, Bolivien, Dominica, Ecuador, Kuba, Nicaragua, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen und Venezuela** an.

Die Abgeordnetenkammer **Bolivien**s erklärte am vergangenen Freitag ihre "energische Ablehnung und Verurteilung der Angriffe und Bombardierungen gegen das palästinensische Volk". Die Parlamentarier forderten die Vereinten Nationen auf, sich für die Wiederaufnahme des Dialoges zwischen Israel und Palästina einzusetzen.

Auch die Außenministerien von **Chile, Mexiko, El Salvador und Uruguay** verurteilten die israelischen Luftangriffe und die zahlreichen Opfer unter der Zivilbevölkerung. **Kolumbiens** Regierung rief am Donnerstag die Konfliktparteien auf, Verhandlungen aufzunehmen, um eine weitere Eskalation des Konflikts zu vermeiden. Dieser habe "für beide Seiten so viel Leid verursacht". In dem Kommuniqué des Außenministeriums heißt es weiter, "das Leben und die Integrität der Zivilbevölkerung" seien durch "die israelischen Vergeltungsaktionen schwer beeinträchtigt." <http://amerika21.de/2014/07/103130/alba-fuer-frieden>

Gaza: Demonstrationen in der ganzen Welt am 9. August

Liebe Leserinnen und Leser, nehmt euch 10 Minuten Zeit und schaut euch die **umfangreiche Fotodokumentation über die Demonstrationen von Valparaiso bis Seoul, von Johannesburg bis Stockholm** an:

<http://mondoweiss.net/2014/07/worldwide-protest-israeli.html>.

DAS ist die „internationale Gemeinschaft“, die wir so sehr benötigen!

Weitere Berichte hier: <http://palsolidarity.org/2014/08/photos-protests-for-gaza-day-of-rage-around-the-world/>

<http://www.palaestina-solidaritaet.de/>

<http://samidoun.ca/2014/07/photos-protests-around-the-world-stand-with-palestine/>

<http://www.bdsmovement.net/2014/hundreds-of-thousands-day-of-rage-for-gaza-12439>

In London waren 150.000 auf der Strasse. <http://stopwar.org.uk/resources/reports/9-august-2014-the-biggest-ever-uk-demonstration-for-gaza>

Barbara Fuchs: Solidaritätsdemonstration „Berlin für Gaza!“ am 9. August in Berlin

<https://www.flickr.com/photos/101502199@N07/14683852458/in/photostream/>

Erstmals hatte ein breites Bündnis unterschiedlicher Organisationen und Einzelaktivisten aus verschiedenen Nationalitäten, Muslime/Muslima, Juden/Jüdinnen, Christen/Christinnen und Atheisten/-Atheistinnen am 9. August 2014 zur gemeinsamen Demonstration aufgerufen. Auch Attac Berlin hatte zu der Demonstration aufgerufen.

Gefordert wurde:

Sofortiges Ende des israelischen Massakers

an der Bevölkerung Gazas

Ende der Blockade und Besatzung

Keine Waffenlieferungen an Israel

Die deutsche Bundesregierung wurde aufgefordert, sich für diese Forderungen einzusetzen.

Auf der Demonstration wurde Antisemitismus, anti-muslimischer und jeglicher Rassismus verurteilt.

Direkt an der Markierung des Verlaufs der Berliner Mauer in der Friedrichstraße

stoppte die Demonstration. Gaza ist durch Mauern und Stacheldraht abgeriegelt. Die Forderung: „Die Mauer muss weg!“ ist hochaktuell.

Der am Potsdamer Platz vorgelesene „Offene Brief Kulturschaffender in Deutschland zum Krieg in Gaza“ ist online auf www.gazaopenletter.de. Die Unterschriftensammlung geht weiter.

Uri Avnery: Israels Paranoia

(...) ES GIBT eine psychische Erkrankung, die **Paranoia** vera genannt wird. Ihr Hauptsymptom: Der Patient hat eine verrückte Annahme (Die Erde ist flach; Kennedy wurde von Außerirdischen getötet; die Juden regieren die Welt) und baut ein ganzes logisches System darauf auf. Je logischer das System darum herum ist, umso kränker ist der Patient.

Israels augenblickliche Paranoia betrifft die Hamas. Die Annahme ist, Hamas sei eine üble jihadistisch-terroristische Organisation, die darauf aus ist, Israel zu vernichten. Wie ein Journalist es diese Woche ausdrückte: „Eine Bande von Psychopathen.“ Die ganze Politik Israels gründet sich auf diese Annahme. So war auch dieser Krieg. Man kann mit der Hamas nicht reden. Man kann mit ihr keinen Frieden schließen. Man muss sie auslöschen.

Dieses dämonische Bild hat keine Verbindung mit der Realität.

Ich liebe die Hamas nicht. Im Allgemeinen liebe ich keine religiösen Parteien – nicht in Israel, nicht in der arabischen Welt, nirgendwo. Ich würde nie für so eine Partei stimmen.

Aber die Hamas ist ein integraler Teil der palästinensischen Gesellschaft. Bei der letzten international überwachten palästinensischen Wahl hat sie die Mehrheit gewonnen. Stimmt, sie hat im Gazastreifen die Macht mit Gewalt an sich gerissen, aber nur, nachdem sie eine klare Mehrheit bei

der Wahl auch im Streifen gewonnen hatte. Die Hamas ist nicht „jihadistisch“ im Sinne der al-Qaida oder ISIS. Sie kämpft nicht für ein weltweites Kalifat. Sie ist eine palästinensische Partei, total der palästinensischen Sache verschrieben. Sie nennt sich selbst „der Widerstand“. Sie legt der Bevölkerung keine religiösen Gesetze („Die Sharia“) auf.

Aber was ist mit der **Charta** der Hamas, die die Zerstörung des Staates Israels fordert und bösartige antisemitische Statements enthält?

Für mich ist dies frustrierend déjà vu. Die PLO hatte eine Charta, die auch die Zerstörung Israels enthielt. Dies tauchte endlos in der israelischen Propaganda auf. Ein respektierter Professor und früherer militärischer Nachrichtendienstchef, Yehoshafat Harkavi, sprach jahrelang über nichts anderes. Erst nach dem Unterzeichnen des Oslo-Abkommens zwischen Israel und der PLO waren die relevanten Sätze dieses Dokumentes offiziell gestrichen – und zwar in Gegenwart des Präsidenten Bill Clinton.

Wegen religiöser Einschränkungen kann die Hamas selbst kein Friedensabkommen unterschreiben. Aber wie religiöse Leute überall (besonders die Juden und Christen) hat sie Wege gefunden, um Gottes Gebote zu umgehen. Der Gründer von Hamas, der gelähmte Scheich Achmad Yassin (der die Charta geschrieben hatte und von Israel ermordet wurde) schlug eine 30 Jahre

dauernde „Hudna“ vor. Eine Hudna ist eine Waffenpause, die von Allah gesegnet ist und die bis zum Jüngsten Gericht verlängert werden kann.

Gush Shalom, die israelische Friedensorganisation, zu der ich gehöre, verlangte als erste schon vor acht Jahren, dass unsere Regierung anfangen sollte, mit der Hamas zu reden. Wir selbst hatten eine Reihe freundlicher Diskussionen mit mehreren Hamas-Führern. **Die augenblickliche Linie der Hamas ist die, dass wenn Mahmoud Abbas es gelänge, ein Friedensabkommen mit Israel zu unterzeichnen, würde Hamas dies akzeptieren – vorausgesetzt, es ist von einem Referendum ratifiziert worden.**

Leider gibt es da wenig Hoffnung, dass Israel von dieser Paranoia bald geheilt wird. (...)

Quelle: <http://zope.gush-shalom.org/home/en/channels/avnery/140750> 2014, 09/08/2014; Artikel in Tlaxcala veröffentlicht: <http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=13040>



Iris Hefets, Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V.

Wir weigern uns Feinde von Palästinensern bzw. Arabern zu sein

Berlin für Gaza – Rede auf der Demonstration am 9.8.2014

Wir, hier lebende Juden, schämen uns, dass so ein Verbrechen, wie die jüngste Invasion der israelischen Armee und der Massenmord an Zivilisten und Kindern, die in Gaza zur Welt gekommen sind, im Namen des Judentums begangen worden ist und begangen wird.

Wir erklären uns mit allen Opfer des israelischen Militäranschlags auf dem Gazastreifen solidarisch.

Wir weigern uns Feinde von Palästinensern bzw. Arabern zu sein. Ein Teil von uns, die hier stehen, sind selbst jüdische Araber. Muslimische und jüdische Araber teilen eine lange Geschichte friedlichen Lebens: Juden waren ein lebendiger Teil der arabischen Welt in Libanon, in Irak, in Jemen, in Palästina und im Maghreb bis Marokko. Wir sehen vor unseren Augen, wie diese Geschichte durch Israel ausgenutzt und zerstört wird. Israel spricht aber, auch wenn es sich „jüdischer Staat“ nennt, nicht für alle Juden! Nicht für alle Juden der Welt und sogar nicht für alle Juden in Israel. Wir sehen diesen Massenmord und sind schockiert angesichts der Kinder-, der Zivilistenmorde sowie der

massiven Zerstörungen. Diese Zerstörung – und das muss klar gesagt werden – passiert unter einem Besatzungszustand, wo Israel der Besatzer ist, der mit der 5. Größten Armee der Welt, trotz der Vorteile einer vernichtenden Technologie wehrlose Menschen angreift und ganze Familien auslöscht. Israel versucht die Zukunft der Palästinenser zu rauben: die israelischen Institutionen – nicht nur die Armee! Das israelische Parlament, die Justiz, die israelische Akademie und leider die meisten jüdisch israelischen Staatsbürger nehmen an dieser Zerstörung teil. Sie zerstören die Zukunft des palästinensischen Volks, indem sie die Kinder, die Krankenhäuser die Schulen und die menschlichen Beziehungen angreifen. Wir weigern uns ein Teil dieser Zerstörung zu sein. Wir rufen die deutsche Regierung, die EU und die internationale Gemeinschaft auf und sagen:

1. Keine deutsche Waffen für Massenmörder! Es kann nicht sein, dass ein Staat, der zu so einem mörderischen und zerstörerischen Akt fähig ist, Waffen für seinen Amoklauf bekommt.
2. Ende der Belagerung von Gaza –

sofort! Alle Grenzübergänge müssen geöffnet sein und Israel darf nicht entscheiden, wie viel Kilokalorien eine Palästinenserin pro Tag essen darf. Die Belagerung von Gaza ist eine Erdrosselung der Lebenskräfte der palästinensischen Gesellschaft.

3. Führer Israels vor ein internationales Gericht! Wir fordern ein Ende der Kultur der Straflosigkeit, die mit Israel verbunden ist. Die Tatsache, dass Israel carte blanche von den USA und der EU bekommt, führt dazu, dass Israel sich maßlos verhält.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde das internationale Recht, auch von vielen Juden, geschaffen, um solche Ausschreitungen gegen die Menschlichkeit zu vermeiden. Jetzt sehen wir, wie Israel die humanitären Errungenschaften der Juden mit brutalen Stiefeln zertritt. Das ist eine Schande und das ist für uns alle sehr bedrohlich.

Deshalb rufen wir die deutsche Regierung auf, Israel dazu zu bringen, die Stiefel vom Nacken der Palästinenser zu nehmen.

<http://www.juedische-stimme.de/?p=1573>

Deutschlandfunk: Zu den schärfsten Kritikern der Regierung Netanjahu gehören ausgerechnet Veteranen der israelischen Armee. Sie wollen das Schweigen über das wirkliche Gesicht der Kriege im Westjordanland oder in Gaza brechen. Daher haben sie ihre Organisation "Breaking the Silence" genannt. (<http://www.breakingthesilence.org.il/>)

Einer der Gründer ist Yehuda Shaul. "Wir brauchen das Ende der Besatzung und einen Friedensvertrag"

http://www.deutschlandfunk.de/gaza-krieg-wir-brauchen-das-ende-der-besatzung-und-einen.694.de.html?dram:article_id=293273

Deutscher Koordinationskreis Palästina Israel
Für ein Ende der Besatzung und einen gerechten Frieden

KOPI
DEUTSCHER KOORDINATIONSKREIS PALÄSTINA ISRAEL

Sprecherkreis vom Deutschen Koordinationskreis Palästina Israel (KoPI)

Wir fordern die Aussetzung des EU-Assoziierungsabkommens mit Israel

22. Juli 2014

Mit Schmerz, Betroffenheit und Empörung empfangen wir die Nachrichten über die israelische Bombardierung und Invasion in Gaza. (...) Dieser erneute, das humanitäre Völkerrecht massiv verletzende Angriff auf die Menschen in Gaza muss eine klare Antwort gerade auch aus Europa erfahren.

Wir fordern von der europäischen Union und der UN:

Sofortige Verhandlungen mit beiden Kriegsparteien, um eine ausgehandelte, rasche Waffenstillstandsvereinbarung zu erzielen.

Wir fordern von der Bundesregierung und von der europäischen Union:

- Eintreten für eine sofortige Aufhebung der Blockade des Gaza-Streifens
- Schluss mit jeder militärischen Zusammenarbeit und jeder Rüstungskoooperation mit Israel bis die Besatzung der 1967 okkupierten Gebiete vollständig beendet ist und die Palästinenser frei über ihre Zukunft entscheiden können
- Aussetzung des EU-Assoziierungsabkommens, wegen der schweren Verletzung von Völkerrecht und Menschenrecht durch die israelische Regierung
- Sanktionen der EU und der

internationalen Justiz gegen diejenigen israelischen Politiker und Militärs, welche für die massenhafte Tötung von Zivilisten verantwortlich sind

- Humanitäre Hilfe der EU für die Menschen in Gaza

Das politische Eintreten für die Sicherheit israelischer Bürger muss gleichzeitig einhergehen mit dem Eintreten für die Sicherheit der palästinensischen Bevölkerung.

KoPI ist ein Zusammenschluss deutscher Friedens-, Menschenrechts- und Solidaritätsorganisationen für ein Ende der Besatzung und einen gerechten Frieden, www.kopi-online.de

Erklärung aus dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac

Israels militärische Aktionen im Gaza-Streifen sind unverhältnismäßig und richten sich – nach den vorliegenden Nachrichten der UNO – nicht nur gegen militärische Ziele, sondern vor allem gegen die Menschen im Gaza-Streifen. Das hat in aller Welt Empörung hervorgerufen und zu Solidarität mit den Palästinensern veranlasst.

Die jahrelange Blockade des Gazastreifens hat im Krieg von Juli/ August 2014 eine brutale Steigerung erfahren. Sie ist zur geplanten Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft ausgeweitet worden. Eine Armee, die zielgenau anfliegende Hamas-Raketen abschießen kann („Iron Dome“), trifft mit ihren Granaten auch zielgenau, also absichtsvoll Schulen, Flüchtlingsunterkünfte, Krankenhäuser, Verwaltungseinrichtungen, das einzige Kraftwerk, das die Menschen mit Energie versorgt, die Anlagen zur Wasseraufbereitung und Abwasserentsorgung. Die Infrastruktur einer Gesellschaft, ohne die deren Existenz nicht möglich ist, wird in Schutt und Asche gebombt. Das sind schwere Verbrechen gegen das humanitäre Völkerrecht.

Momentan (am 4. August, dem 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs) trauern wir um die fast 2000 Toten und über 6000 Verletzten, die Opfer der Militäroffensive zu Lande, aus der Luft und vom Urlaubs-Mittelmeer her geworden sind. Das sind vor allem palästinensische Opfer. Aber auch die Traumata der Überlebenden und die zerstörten gesellschaftlichen Einrichtungen tragen Konsequenzen – wie es in der Bibel heißt – „bis ins vierte Glied“, und zwar nicht nur auf Palästinensischer Seite, sondern auch für die Israelis.



(Schweden, 9. August)

Die Regierenden in Israel sind dabei, nicht nur den Gaza-Streifen, sondern auch die Zukunft ihres eignen Landes zu zerstören. Wie soll das Zusammenleben von Palästinensern und Israelis möglich sein? Welche Angebote für eine Friedensordnung ist Israel bereit zu machen? Wie wird das Zusammenleben mit den anderen Nationen

des Nahen und Mittleren Ostens geregelt sein? Die israelische Regierung trägt eine große Verantwortung, auch weil sie mehr und bessere Optionen als die Palästinenser hat.

Wir dürfen als dem Frieden verpflichtete soziale Bewegung die zerstörerischen und selbstzerstörerischen Kräfte nicht überhand nehmen lassen. Darin sind wir uns mit den Friedensbewegungen in Israel und in Palästina einig. Nur gemeinsam können wir uns, auch wenn die Bedingungen unserer politischen Arbeit höchst unterschiedlich sind, der Zerstörung in den Weg stellen, zumal die USA und die Staaten der EU kläglich versagen. Die US-Regierung lässt sich von Israels rechten, militaristischen Politikern vorführen, so dass schon spöttisch bemerkt wird, die USA würden sich in die Hand beißen lassen, die da Israel füttert: mit hohen Geldleistungen, militärischem Nachschub und Technologietransfer, ohne den Iron Dome gar nicht eingesetzt werden könnte.

Die UNO wird seit Jahrzehnten blockiert, wenn es darum geht, beschlossene Sanktionen gegen Israel durchzusetzen. Genau dies muss aber geschehen, um eine weitere Eskalation des asymmetrischen Krieges zu verhindern. Israel muss die Blockade des Gaza-Streifens vollständig aufgeben und alle Grenzübergänge für Menschen, Güter und Waren öffnen. Dann wird die Sinnlosigkeit, Tunnels zu bauen, Raketen „home made“ zu produzieren und sie völkerrechtswidrig auch gegen Zivilisten zu schießen, offenbar. Die Mauer gegen die Palästinenser, um die völkerrechtlich illegalen Siedlungen zu schützen, muss fallen, und Israel muss die Grenzen von 1967 als seine Staatsgrenzen akzeptieren. Umgekehrt muss die Hamas als palästinensische Vertretung im Gaza-Streifen das Existenzrecht Israels in diesen Grenzen anerkennen und bereit sein, auf Gewalt als Mittel der Politik gegenüber Israel zu verzichten.

Israel muss endlich ernsthafte Verhandlungen mit den Palästinensern, mit der kürzlich gebildeten Einheitsregierung von Fatah und Hamas, aufnehmen und zwar unter internationaler Vermittlung. Die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates muss ermöglicht werden, das von der UNO geforderte Rückkehrrecht der Flüchtlinge muss eingelöst, die Freilassung der an die 5000 zählenden politischen Gefangenen muss geregelt werden. Nach den Schrecken der vergangenen Jahrzehnte

ist es an der Zeit, konkrete Abmachungen zu treffen, die Sicherheit und gutes Leben für alle Menschen, in Israel und in Palästina, garantieren.

Anlässlich dieser Ereignisse bitten wir um Spenden unter dem Stichwort "Palästina" auf das Spendenkonto von medico international (<http://www.medico.de>):

medico international
Konto-Nr. 1800, Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01
IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00

UnterzeichnerInnen:

1. Prof. Dr. Elmar Altvater (Berlin)
 2. Dr. Günter Berg (Berlin)
 3. Prof. Dr. Armin Bernhard (Duisburg-Essen)
 4. Prof. Dr. Rolf Bertram (Göttingen)
 5. Prof. Dr. Ulrich Brand (Wien)
 6. Prof. Dr. Claudia von Braunmühl (Berlin)
 7. Prof. Dr. Christoph Butterwege (Köln)
 8. Prof. Dr. Wolfgang Däubler (Bremen)
 9. Apl. Prof. Dr. Alex Demirovic (Frankfurt a.M.)
 10. Prof. Dr. Klaus Dörre (Jena)
 11. Prof. Dr. Ulrich Duchrow (Heidelberg)
 12. Prof. Dr. Andreas Fisahn (Bielefeld)
 13. Prof. Dr. Heide Gerstenberger (Bremen)
 14. Prof. Dr. Frigga Haug (La Palma)
 15. Prof. Dr. Wolfgang Fritz Haug (La Palma)
 16. Prof. Dr. Peter Herrmann (Rom)
 17. Dr. Rasmus Hoffmann (Florenz/Rotterdam)
 18. Dr. Heike Knops (Uedem)
 19. apl. Prof. Dr. Reinhart Köbler (Freiburg)
 20. Prof. Dr. Hans Jürgen Krysmanski (Münster)
 21. Prof. Dr. Ingrid Lohmann (Hamburg)
 22. Prof. Dr. Birgit Mahnkopf (Berlin)
 23. Prof. Dr. Mohssen Massarrat (Berlin)
 24. Prof. Dr. Klaus Meschkat (Hannover)
 25. PD Dr. Lutz Mez (Berlin)
 26. Prof. Dr. Urs Müller-Plantenberg (Berlin)
 27. Prof. Dr. John P. Neelsen (Tübingen)
 28. apl. Prof. Dr. Niko Paech (Oldenburg)
 29. Prof. Dr. Norman Paech (Hamburg)
 30. Tobias Pflüger (Tübingen)
 31. Dr. Thomas Sablowski (Berlin)
 32. Prof. Dr. Jürgen Schutte (Berlin)
 33. Gerd Siebecke (Hamburg)
 34. Prof. Dr. Gerd Steffens (Wedel)
 35. Eric Sons (Hamburg)
 36. PD Dr. Heike Walk (Berlin)
 37. Professor Dr. Isidor Wallimann (Basel/Syracuse)
 38. Prof. Dr. Christa Wichterich (Kassel)
 39. Dr. Winfried Wolf (Berlin)
 40. Prof. Dr. Frieder Otto Wolf (Berlin)
- <http://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/medien-information/2014-08-13-attac-wb/>

Mohssen Massarrat: Warum kämpft Hamas trotz militärisch hoffnungsloser Unterlegenheit weiter?

Aufruf an die Friedensbewegung, Online-Flyer Nr. 469 vom 30.07.2014, <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20612>

Norman Paech

Aufhebung der Besatzung

Wider die Legenden des Gaza - Konflikts

Die israelische Okkupationspolitik ist Ausgangspunkt aller Probleme und Gewalt, nicht der Widerstand der Palästinenser

Zwei Legenden prägen die Berichterstattung und Kommentierung dieses neuesten Krieges gegen Gaza: Israel handele in Ausübung seines Selbstverteidigungsrechts und die Situation sei zwischen Israelis und Palästinensern so verfahren und aussichtslos, dass niemand eine Lösung dieser mörderischen Verklammerung wisse. Beide Legenden sind alt und beherrschen schon seit Jahrzehnten die Druckspalten und Sender der Medien. Beide sind grundfälsch, haben sich aber durch ihre permanente Wiederholung tief in das allgemeine Bewusstsein der Öffentlichkeit eingraviert.

Die These vom **Selbstverteidigungsrecht** ist Israels Basisrechtfertigung für alle Gewalt, die sie als Besatzungsmacht an den Checkpoints, mittels täglicher Razzien, Inhaftierungen und Zerstörungen bis hin zu den periodischen massiven Kriegsüberfällen ausübt. Der Widerstand der Palästinenser, ob in einzelnen Selbstmordattentaten und Gewalttattacken oder durch die primitiven Raketen aus Gaza, wird generell als Terror stigmatisiert, dem jede Rechtfertigung fehlt. Diesem Muster folgt nicht nur die amerikanische Administration unter Obama und Kerry, sondern auch weitgehend alle europäischen Regierungen einschließlich der deutschen. Den deutschen Medien ist es eine unhinterfragbare Selbstverständlichkeit, sodass es auf der gleichen Stufe der Unantastbarkeit angelangt ist wie die Beschwörung des Existenzrechts Israels. Doch die rechtliche Bewertung von Gewalt und Krieg ist eine ganz andere, wenn man die UNO-Charta und das geltende Völkerrecht zugrunde legt.

Nicht Palästina hält Israel besetzt, sondern umgekehrt Israel hält seit 1967 palästinensisches Territorium besetzt. Dies gilt auch für den Gazastreifen, obwohl Israel 2005 seine Truppen und Siedler abgezogen hat. Die anschließende Blockade von Land, See und Luft aus ist in den folgenden Jahren von Israel so ausgebaut und verschärft worden, dass der Streifen in den Status der Besatzung zurückversetzt worden ist. Dies wird auch vom deutschen Außenamt so gesehen. Im kolonialen Völkerrecht des 19. Jahrhunderts konnte sich die Kolonialmacht bei der Niederschlagung des Widerstands der Kolonisierten noch auf sein Verteidigungsrecht berufen. Das ist mit dem Ende der Kolonialreiche jedoch vorbei und lebte im Besatzungsrecht des 20. Jahrhunderts nicht wieder auf.

Die Besatzung ist jedoch Ausgangspunkt aller Probleme und der Gewalt dieser Region. Sie ist eine vom humanitären Völkerrecht der Haager Konventionen von 1907 und Genfer

Konventionen von 1949 mit zahlreichen Rechten aber auch Pflichten ausgestattete Form der Kriegsführung. So erlaubt Art. 55 der Haager Landkriegsordnung von 1907 dem besetzenden Staat nur, die natürlichen Ressourcen des besetzten Landes, ob es Erdöl oder Erdgas, Wasser oder Wälder, Steinbrüche, Ackerland oder Plantagen als Verwalter zu benutzen. Er darf es nicht für sich allein ausbeuten, sondern nur insoweit, als Ertrag und Gewinn der einheimischen Bevölkerung zugute kommt. Die militärischen Interessen der Besatzung müssen auf die zivilen Bedürfnisse der Bevölkerung Rücksicht nehmen. Dafür hat die Zweite Genfer Konvention eine Reihe von Besatzungspflichten kodifiziert: so die Regelung des Arbeitseinsatzes und die Versorgung mit Lebensmitteln und ärztliche Fürsorge (Art. 51 ff. II. Genfer Konvention). Privateigentum darf nur dann und auch nur mit Entschädigung requiriert werden, wenn es für die Zwecke der Besatzung notwendig ist. Die Ansiedlung der eigenen Bevölkerung auf besetztem Gebiet ist ohne Ausnahme verboten (Art. 46 ff. II. Genfer Konvention). Eine auch nur oberflächliche Betrachtung der Besatzungspraxis der Israelis zeigt, dass sie keine dieser Pflichten erfüllt, ja sie durch ihre Siedlungs- und Blockadepolitik vorsätzlich und mit den radikalsten Mitteln verletzt.

Besatzung ist darüber hinaus nur zeitlich begrenzt berechtigt, solange sie militärisch für die Sicherheit der Besatzungsmacht notwendig ist. Das ist ein dehnbare Begriff. Für Israel hat sie sich im Laufe der Jahrzehnte allerdings von einer Bedingung für seine Sicherheit in eine Bedrohung verwandelt. Der UNO-Sicherheitsrat, die Generalversammlung und der Internationale Gerichtshof in Den Haag haben sie wiederholt als völkerrechtswidrig bezeichnet und den Rückzug Israels gefordert. Schon lange gibt es keine rechtliche Grundlage mehr für die Besatzung. Der von der israelischen Regierung eingeführte und auch von der deutschen Regierung übernommene Begriff „Autonomiegebiete“ verschleierte gezielt den tatsächlichen und juristischen Status der besetzten Gebiete. Daran ändert sich nichts, dass Israel die Geltung der Genfer Konventionen für die palästinensischen Gebiete nicht anerkennt. Der Trick seiner Juristen lautet, die Konventionen gelten nur zwischen Staaten, zu denen die besetzten Gebiete jedoch nicht gehören. So simpel dieser Trick, so falsch ist er. Er verdreht das Schutzziel der Konventionen, welches nicht die Staaten, sondern die Menschen sind, egal wo und in welcher gesellschaftlichen Organisation sie leben.

Wer eine völkerrechtswidrige Besatzung aufrechterhält und seine Pflichten daraus nicht nur vernachlässigt sondern grob verletzt, dem steht nicht das Recht auf Selbstverteidigung zu. Er ist der Angreifer, gegen den Widerstand erlaubt ist. Die UNO-generalversammlung hat bereits 1974 mit den Resolutionen 3236 und 3327 die PLO als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt. Das bedeutete die Anerkennung des vollen Selbstbestimmungsrechts für das palästinensische Volk sowie das Recht, es mit allen Mitteln durchzusetzen. Schon damals erhielt die PLO einen Beobachterstatus bei der UNO, und der bewaffnete Kampf wurde als legitimes Mittel akzeptiert. Diese Rechte waren bereits den südafrikanischen Befreiungsbewegungen ANC, PAC und SWAPO, der angolansiche MPLA und der FRELIMO in Mosambik zuerkannt worden. Im Gegensatz zu den afrikanischen Völkern ist der Kolonialstatus der Palästinenser immer noch nicht beendet – ihr Recht, ihre Befreiung auch mit militärischen Mitteln zu erkämpfen aber ebenfalls nicht. Dieser Widerstand der Palästinenser ist ebenfalls an das humanitäre Völkerrecht gebunden und verbietet den Angriff auf zivile Ziele. Die Raketen aus dem Gazastreifen sind daher ohne Zweifel völkerrechtswidrig. Sei es, dass sie auf Grund technischer Mängel oder durch programmierte Zielvorgaben keine Unterschied zwischen militärischen und zivilen machen. Dagegen sich zu schützen, ist das selbstverständliche Recht der Israelis. Sie tun das offensichtlich äußerst effektiv mit ihrem Luftabwehrsystem „iron dome“. Ihr Krieg gegen den Gazastreifen ist jedoch absolut unverhältnismäßig und daher völkerrechtswidrig.

Das mag alles angesichts des so ungleichen Kräfteverhältnisses der Gegner und des absolut desolaten Zustandes der militärischen Mittel der Palästinenser sehr theoretisch klingen. Ganz abgesehen davon, ob militärische Mittel in diesem Konflikt in dieser Zeit überhaupt noch ein Problem zu lösen vermögen. Ein Blick auf das in letzter Zeit so vielfach beschworene Völkerrecht vermag allerdings den einzig möglichen Weg zu einer dauerhaften Friedenslösung zwischen Israelis und Palästinensern, die auch den nächsten Waffenstillstand überdauert, offen zu legen: die Aufhebung der Besatzung.

Ein Waffenstillstand ohne die Zusicherung, die Blockade zu beenden, verlängert den unerträglichen Zustand nur um weitere Jahre bis zum nächsten Ausbruch der Gewalt.

<http://www.kopi-online.de/wordpress/?p=312>

Aufruf, ein Militärembargo über Israel zu verhängen

Die Nobelpreisträger_innen Erzbischof Desmond Tutu, Adolfo Peres Esquivel, Jody Williams, Mairead Maguire, Rigoberta Menchú und Betty Williams haben einen offenen Brief an die UNO und an Regierungen in aller Welt verfasst, um ein Militärembargo über Israel zu verhängen. Andere Unterzeichner_innen sind Noam Chomsky, Roger Waters von Pink Floyd, die Dramatikerin Caryl Churchill, der US-Rapper Boots Riley, João Antonio Felício, der Präsident der Internationalen Gewerkschaftsföderation und Zwelinzima Vavi, der Generalsekretär der Konföderation der Südafrikanischen Gewerkschaften (COSATU) u.v.m. .

Indem sie Waffen aus Israel importieren, dorthin exportieren und die Entwicklung israelischer Militärtechnologie erleichtern, senden die betreffenden Regierungen eine klare Botschaft der Unterstützung der israelischen Militäraggression, unter Einschluss der damit verbundenen Kriegsverbrechen und möglicherweise damit auch verbundenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Der Aufruf wird dem neuen UN-Hochkommissar für Menschenrechte im September 2014 überreicht werden (<http://www.palaestina-solidaritaet.de/2014/07/take-action-now-add-your-name-to-the-call-for-a-military-embargo/>)

Wir fordern die UNO und Regierungen in aller Welt auf, sofort Schritte zu ergreifen, um ein umfassendes und rechtlich bindendes Militärembargo über Israel zu verhängen – ähnlich dem über Südafrika während der Apartheid verhängten.

Der Aufruf kann unterzeichnet werden unter: <http://www.bdsmovement.net/stoparmingisrael>

Vollständiger Text des Aufrufs von Nobelpreisträgern und anderen

“Mit der Errichtung einer Beziehung der Unterdrückung hat die Gewalt bereits begonnen. Nie in der Geschichte ist die Gewalt von Seiten der Unterdrückten ausgegangen. ... Es gäbe keine Unterdrückten, hätte es nicht zuvor Gewaltausübung gegeben bei der Etablierung ihrer Unterwerfung.“ – Paulo Freire

Wieder einmal hat Israel seine massive Waffengewalt gegen die eingekerkerte Bevölkerung Palästinas losgelassen, besonders im belagerten Gaza-Streifen. Das ist ein unmenschlicher und illegaler Akt militärischer Aggression.

Israels anhaltende Angriffe auf Gaza haben bis jetzt viele palästinensische Zivilisten getötet (Anmerkung: inzwischen mehr als 1100), Hunderte (Anmerkung: inzwischen mehr als 6500) verletzt und die zivile Infrastruktur verwüstet bzw. zerstört einschließlich dem Gesundheitswesen, das ernsthafte Mängel aufweist.

Israel kann derartig zerstörerische Angriffe ungestraft nur deshalb führen, weil es weltweit mit Komplizenhaften Regierungen eine umfangreiche internationale militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit unterhält. In den Jahren 2008 bis 2019 sollen die USA Israel Militärhilfe im Umfang von 30 Milliarden US-Dollar gewähren. Gleichzeitig erreichen Israels Militärexporte in alle Welt Milliardenhöhe. In den letzten Jahren haben europäische Länder Waffen im Wert von Milliarden Euro nach Israel exportiert. Die EU ihrerseits hat israelischen Waffenproduzenten und Universitäten Forschungsdarlehen im Wert von Hunderten von Millionen gewährt.

Aufstrebende Volkswirtschaften wie Indien, Brasilien und Chile treiben ihre militärisch-wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Israel rapide voran, während sie öffentlich ihre Unterstützung für die Rechte Palästinas erklären. Mit dem Import und Export von Waffen von und nach Israel und der Förderung israelischer Militärtechnologie senden diese Regierungen ein klares Signal: sie stimmen Israels bewaffneten Angriffen einschließlich damit verbundener Kriegsverbrechen und möglicher Menschenrechtsverbrechen zu.

Israel ist einer der führenden Produzenten und Exporteure von militarisierten Drohnen (Kampfdrohnen) in der Welt.

Israels militärische Technologie, die entwickelt wurde, um Jahrzehnte der Unterdrückung zu erhalten, wird als „praxiserprobt“ vermarktet und in die ganze Welt exportiert. Waffenhandel und gemeinsame militärische Forschungsvorhaben bestärken Israel darin, bedenkenlos gegen das Völkerrecht zu verstoßen. Das bestärkt und verfestigt Israels System der Besatzung, Kolonialisierung und systematischen Entrechtung der Palästinenser.

Regierungen, die ihre Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung in Gaza zum Ausdruck bringen und dabei dem Anstoß von Israels Militarismus, Gräueltaten und Straffreiheit gegenüber stehen, müssen damit beginnen, alle militärischen Beziehungen mit Israel abzubrechen. Heute brauchen die Palästinenser effektive Solidarität und keine Wohltätigkeit. Wir rufen die Vereinten Nationen und Regierungen weltweit auf, unverzüglich ein umfassendes und rechtsverbindliches Waffen-Embargo gegen Israel in Kraft zu setzen, ähnlich wie es gegen Südafrika während der Apartheid verhängt wurde.

Aus dem Englischen von Ulrike Vestring und Fatima Radjaie; Quelle:
<http://www.planpalestine.org/nobel-peace-laureates-and-celebrities-call-for-military-embargo-on-israel/>

Großbritannien: Stop der Waffenlieferungen an Israel?

Als Reaktion auf die anhaltende Gewalt im Nahost-Konflikt erwägt Großbritannien, alle Waffenlieferungen an Israel zu stoppen. Das bestätigte eine Sprecherin von Premierminister David Cameron. (...) Hauptabnehmer deutscher Rüstungsgüter waren die USA, Griechenland - und Israel.
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/gaza-konflikt-waffenlieferungen-an-israel-auf-dem-pruefstand-a-984399.html>

Deutschland: SPD-Wirtschaftsminister Gabriel genehmigte gerade die Lieferung des vierten der insgesamt sechs Dolphin-Schiffe (E H Galinski)

USA liefern Israel neue Munition

Nur wenige Stunden nach dem tödlichen israelischen Beschuss einer UNO-Schule Gaza haben die USA Israel mit neuer Munition versorgt. Die US-Regierung entsprach damit am Mittwoch einer israelischen Anfrage vom 20. Juli, wie das Verteidigungsministerium in Washington mitteilte. (...) Die USA stünden für die Sicherheit Israels ein, sagte Pentagonsprecher John Kirby. Es sei für die nationalen Interessen der USA «entscheidend», Israel dabei zu helfen, seine Fähigkeit zu einer «starken und reaktiven Selbstverteidigung» zu entwickeln und aufrecht zu erhalten.
<http://www.20min.ch> vom 31.7.2014

Ukraine

Claus Schreer

isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Das Assoziierungs-Abkommen mit der Ukraine

– Instrument imperialer Machtpolitik

Rede bei der Kundgebung "100 Jahre Beginn des 1. Weltkriegs – Stoppt den Griff nach der Ukraine" am 1. August 2014 in München

Schon im Ersten Weltkrieg spielte die Ukraine in den Plänen zur Schaffung eines von Deutschland beherrschten „Mittel-europa“ eine wesentliche Rolle. Heute 100 Jahre später betreiben Deutschland und die EU in der Ukraine eine brandgefährliche Politik. Erneut wird versucht, in dem von ihnen geschürten nationalistischen Konflikt eigene wirtschaftliche und geostrategische Interessen auf Kosten der ukrainischen Bevölkerung durchzusetzen.

Am Beginn der Maidan-Proteste in der Ukraine stand der Unmut über die sozialen Missstände und gegen die Korruption zugunsten einer kleinen Clique von Oligarchen. „Gangster weg“ hatten die Demonstranten gefordert, als der Maidan noch nicht in der Hand der Nationalisten und Faschisten war.

Diese Proteste waren legitim. Dass sich daraus ein internationaler Konflikt entwickelte, hängt vor allem mit dem Assoziierungs-Abkommen zusammen, mit dem die Ukraine ökonomisch und militärisch in die EU integriert werden sollte.

Das Assoziierungs-Abkommen war der Sprengsatz für den Konflikt.

Mit seiner Entscheidung im November 2013, das über viele Jahre verhandelte Assoziierungs-Abkommen mit der Europäischen Union auf Eis zu legen, hatte sich der damalige ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch mächtige Feinde in Brüssel und Berlin, aber auch in Washington gemacht.

Umgehend setzte eine Eskalationsspirale ein, die zum Sturz des Präsidenten und zur schwersten Krise zwischen dem Westen und Russland seit Ende des Kalten Krieges geführt hat. Dass sich der Konflikt an der Ablehnung dieses Assoziierungs-Abkommens entzündete, ist beileibe kein Zufall, denn bei diesen Abkommen handelt es sich um ein Kernelement der aktuellen Großmachtpolitik Deutschlands und der Expansionsstrategie der Europäischen Union. Die Assoziierungs-Abkommen, die mit zahlreichen EU-Nachbarstaaten, in Ost- und Südosteuropa – die nicht in die EU aufgenommen werden sollen – abgeschlossen wurden, zielen auf die Eingliederung in eine großeuropäische Wirtschaftszone, durch die den westeuropäischen Konzernen Zugang zu Rohstoffen, vor allem aber neue

Investitions- und Absatzmärkte sowie verlängerte Werkbänke erschlossen werden sollen.

Sie sind die Voraussetzung für die Ausweitung des EU-Einflussgebietes, für den Aufstieg der EU zu einem ernst zu nehmenden globalen Akteur und der Verwirklichung des Anspruchs, im globalen Konkurrenz um Macht und Einfluss an vorderster Front mitspielen zu können. Aus Sicht der EU-Eliten ist es deshalb geradezu unerlässlich, den eigenen Hinterhof – den sog. Nachbarschaftsraum – wirtschaftlich einzugliedern und so die Wettbewerbsfähigkeit der EU gegenüber den Weltmarktkonkurrenten zu stärken. Die Zustimmung der Ukraine zum Assoziierungs-Abkommen ist faktisch eine Entscheidung für den Beitritt zum Machtblock der EU, inklusive der Integration in die EU-Militärstrukturen. Diese EU-Expansionsstrategie musste bei einem Land mit der immensen geopolitischen Bedeutung der Ukraine früher oder später zu schweren Konflikten mit Russland führen und ist der Grund dafür, weshalb die Auseinandersetzungen mit derart harten Bandagen ausgetragen werden. Dabei deckt sich das Europäische Bestreben, sich möglichst große Teile der ehemaligen sowjetischen Einflussphäre einzuverleiben, mit dem Interesse der USA, einen machtpolitischen Wiederaufstieg Russlands dauerhaft zu verhindern.

Um was geht es in diesem Assoziierungs-Abkommen?

Das Abkommen sieht vor, dass innerhalb von 10 Jahren eine „Freihandelszone“ errichtet wird. Es ist ein bindendes Dokument, das die Übernahme aller EU-Handels- und Wirtschaftsstandards vorsieht. Die Ukraine muss dabei folgende **Bedingungen** erfüllen:

> Erstens müssen alle Zölle und anderen Maßnahmen, mit denen die Ukraine Importe zum Schutz seiner heimischen Wirtschaft verteuern kann, nahezu komplett (zu 99 %) abgeschafft werden. Sie dürfen auch zu keinem späteren Zeitpunkt wieder erhöht werden. Die Details sind in einer 1500 Seiten langen Liste für nahezu jedes erdenkliche Produkt festgelegt.
> Zweitens wird die Ukraine zur Übernahme der EU-Produktions- und Zertifizie-

rungsstandards verpflichtet.

> Drittens müssen so genannte nichttarifäre Handelshemmnisse – etwa Mengengrenzungen – bei Importen aus der EU abgeschafft werden.

> Viertens müssen alle Kapitalverkehrskontrollen beseitigt werden. Den europäischen Konzernen wird damit Tür und Tor in der Ukraine geöffnet. Verbunden mit der Abschaffung der Kapitalverkehrskontrollen ist die Garantie der problemlosen Rückführung ausländischen Kapitals aus der Ukraine und aller daraus resultierender Gewinne.

Das Ergebnis dieses hochgelobten „Freihandels“ war von Anfang an klar vorhersehbar, nämlich die Verdrängung ukrainischer Waren vom eigenen Markt und die Zerstörung der heimischen Wirtschaft.

Durch die Abschaffung von Handelshemmnissen, von Schutzzöllen, der Einführung teurer europäischer Produktstandards und Zertifizierungsprozesse wird die ukrainische Wirtschaft – weitgehend schutzlos – der übermächtigen Konkurrenz der großen EU-Konzerne ausgeliefert. Die Integration der Ukraine in den EU-Binnenmarkt bedeutet, dass die Ukraine substanzielle Teile der Wirtschafts-gesetzgebung der EU übernimmt. Die Ukraine verliert nicht nur Möglichkeiten des Außenschutzes für die nationale Ökonomie, sondern auch Schlüsseloptionen für die nationalstaatliche Industriepolitik, was schließlich auf De-Industrialisierung und völlige EU-Abhängigkeit hinausläuft.

Und schließlich enthält das Assoziierungs-Abkommen auch noch Passagen zum Ausbau der Militärkooperation und der Integration in die EU-Militärpolitik. Die Ukraine verpflichtet sich zur schrittweisen Intensivierung und Zusammenarbeit im Bereich der EU-Außen- und Sicherheitspolitik. Im Klartext: Sie verpflichtet sich zur Beteiligung an den von der EU beschlossenen Militärinterventionen.

Der Versuch der ukrainischen Regierung, in Nachverhandlungen Zugeständnisse zu erhalten, wurde seitens der Europäischen Union kategorisch abgelehnt – und hier liegt die Hauptursache dafür, dass das Abkommen auf Eis gelegt wurde.

Unmittelbar darauf setzte eine vom Westen massiv unterstützte Eskalationsspirale ein, die schließlich zum gewaltsamen Sturz von Janukowitsch führte. Der Grund für die Schärfe der Auseinandersetzungen um die Ukraine liegt darin, dass es hier um weit mehr geht als um vertiefte wirtschaftliche Beziehungen. Es geht um die Entscheidung über den Beitritt zu einem der zwei sich zunehmend feindlich gegenüber stehenden Blöcke: Entweder zu Russland oder zur EU/NATO.

Der Vertragsabschluss richtet sich offen gegen Russland.

Auf dem Spiel stand z.B. der Pachtvertrag für den wichtigen Stützpunkt der russischen Schwarzmeer-Flotte in Sewastopol, den die Regierung Janukowitsch auf 2022 verlängert hatte.

Das strategische Ziel der westlichen imperialistischen Staaten ist es, Russland zu schwächen.

Insbesondere von den USA wird die Ukraine als geopolitisches Filetstück ersten Ranges betrachtet, was vom Top-Strategen **Zbigniew Brzezinski** bereits 1997 folgendermaßen begründet wurde:

„Die Ukraine, ein neuer und wichtiger Raum auf dem eurasischen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil ihre bloße Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Russlands beiträgt. Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr. (...) Wenn Moskau allerdings die Herrschaft über die Ukraine mit ihren bedeutenden Bodenschätzen und dem Zugang zum Schwarzen Meer wiedergewinnen sollte, erlangte Russland automatisch die Mittel, ein mächtiges Europa und Asien umspannendes Reich zu werden.“

Im Kampf um die Ukraine hatten die USA in den letzten 20 Jahren 5 Milliarden Dollar investiert – vor allem in die Vaterlands-Partei Julia Timoschenkos und andere Oppositionsgruppen. **Deutschland** dagegen

setzte auf Vitali Klitschko, dessen Partei „Udar“ faktisch von der Konrad-Adenauer-Stiftung ins Leben gerufen wurde. Im Kern ging es dabei darum, ob in der Ukraine künftig ein pro-amerikanischer oder ein pro-deutscher Präsident das Sagen haben wird. Wie ruppig es dabei hinter den Kulissen zur Sache ging, wurde vor allem über das abgehörte und ins Internet gestellte „Fuck-the-EU“-Telefonat der US-Staatssekretärin Victoria Nuland bekannt.

Daran zeigt sich, dass **Deutschland** keineswegs der verlängerte Arm Washingtons ist, sondern **seine eigenen machtpolitischen Ziele verfolgt**. Dazu gehört die wirtschaftliche und sogar strategische Interesse an einer Kooperation mit Moskau. Die von Berlin angestrebte künftige Weltordnung ist eine multipolare, in der Deutsch-Europa mit Russland wirtschaftlich eng verwoben ist, um mit den globalen Mächten Amerika und China konkurrieren zu können.

Die deutsch-amerikanischen Differenzen schließen allerdings in entscheidenden Fragen ein gemeinsames Vorgehen keineswegs aus. Was Berlin und Washington eint ist das Bestreben, ihren jeweiligen Einfluss in Osteuropa auf Kosten Russlands auszudehnen.

Um das zu erreichen, schreckt die Bundesregierung auch nicht vor einer Zusammenarbeit mit der faschistischen Swoboda und einem Konfrontationskurs gegen Russland zurück.

Das Ergebnis des Umsturzes in der Ukraine ist erschreckend.

Nach dem Sturz von Janukowitsch hat sich an der Oligarchenherrschaft, die das Land seit einem Vierteljahrhundert aussaugt nichts geändert, nur die Gesichter der Regierung wurden ausgetauscht. Es ist eine Oligarchen-Rochade kein Machtwechsel zugunsten sozialer und demokratischer Rechte.

Noch erschreckender ist allerdings, dass in Europa erstmals seit Ende des Zweiten Weltkriegs **Faschisten** an einer Regierung beteiligt sind und den staatlichen Gewaltapparat beherrschen. Und vor allem aber, dass keine der angeblich demokratischen westlichen Regierungen daran Anstoß nimmt.

Wichtiger ist ihnen, dass mit Petro Poroschenko an der Spitze, der unter den ukrainischen Milliardären Platz 6 einnimmt, jetzt die Erfüllung der Forderungen des Internationalen Währungsfonds und die praktische Umsetzung des Assoziierungsvertrags mit der EU garantiert ist. Die Zeche für diese Unterordnung unter die westlichen Kapital-Interessen zahlt – siehe Griechenland – die Bevölkerung.

Eine soziale und emanzipatorische Perspektive für die Ukraine ist derzeit nicht in Sicht. Sie wird es wohl erst dann geben, wenn eine Bewegung entsteht, die sich gegen diejenigen richtet, die sich auf Kosten des Volkes bereichern und die sich gleichzeitig denen widersetzt, die versuchen, die Lösung der sozialen Probleme in nationalistische Bahnen zu lenken.

Was wir zu tun haben ist, Stellung zu beziehen, gegen den brandgefährlichen Konfrontationskurs Deutschlands, der EU und der NATO gegenüber Russland und das weitere Anheizen des Bürgerkriegs in der Ukraine.

Und wir müssen die herrschenden Machteliten unseres Landes daran hindern, dass die mit Faschisten durchgesetzte oligarchische Regierung der Ukraine und ihre bewaffneten Banden politisch, finanziell und militärisch von Deutschland unterstützt werden.

Die Fakten zum Assoziierungsvertrag sind der **IMI-Studie „Ukraine: Ringen um die Machtgeometrie“** von Jürgen Wagner entnommen. Die 20-seitige IMI-Studie finden Sie unter: <http://www.imi-online.de/http://www.isw-muenchen.de/download/ukraine-red-cls-20140801.pdf>



Revolte der Leser gegen die Desinformation- und Verdummungsfabriken

Hamburg, 7.8. Proteste vor dem „Spiegel“-Gebäude mit 350 TeilnehmerInnen.

Fotos: <http://www.arbeiterfotografie.com/galerie/reportage-2014/index-2014-08-07-hamburg-spiegel.html>

SPIEGEL schließt Russland-Forum nach drei Stunden

<http://www.heise.de/tp/artikel/42/42371/1.html>

Der SPIEGEL, die Bild-Zeitung für Möchtegern-Intellektuelle

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=22546>

Franziska, Jakob, bitte macht was! <http://www.heise.de/tp/artikel/42/42402/1.html>

Auf der Spiegel facebookseite über 3000 empörte Kommentare zum Titel...

<https://www.facebook.com/spiegelonline/photos/a.420707594868.190602.38246844868/10152546816869869/?type=1>

Politik im Blindflug – Wirtschaftssanktionen gegen Russland

10. August 2014

Nach dem weiterhin ungeklärten Abschuss des malaysischen Passagierflugzeuges MH-17 über der Ostukraine trommeln die Leitmedien in Funk, Fernsehen und Print für eine scharfe Reaktion Europas. Zwar schreckt man (noch) vor der Forderung nach militärischer Intervention zurück, jedoch ist bei den tonangebenden Köpfen ausgemacht, wer der Hauptschuldige für die politische Krise in der Ukraine und den Bürgerkrieg im Osten des Landes ist und wen es zu „bestrafen“ gilt: Russland vulgo Staatspräsident Putin. In großer Pose der Entschlossenheit verhängten Ende Juli dann die 28 EU-Mitgliedsstaaten neue Wirtschaftssanktionen gegen Russland (1). Kernelemente dessen sind ein Verbot des Zugangs russischer Unternehmen und Finanzdienstleister auf den europäischen Kapitalmarkt, der Ausfuhrstopp von Hochtechnologie, Rüstungsgütern und Dual-Use Gütern (Einsatzmöglichkeit ziviler/militärischer Art) sowie weitere Einreiseverbote und Kontensperrungen für russische Funktionäre.

Lektion I: Wenn Emotionen und geostrategische Fantasien das Handeln bestimmen

Hier ist nicht der Platz zu diskutieren, welche Fehleinschätzungen der EU den Konflikt befördert haben. Ebenso wenig steht die Frage der Schuld und Verantwortung Russlands, das Interesse und agieren der Konfliktparteien USA, EU und NATO zur Debatte. Es geht um die viel banaleren Fragen nach Sinn und Zweck sowie Effekten der Sanktionen

Normalerweise steht vor jedem Beschluss über Sanktionen die rationale Überlegung. Was ist das Ziel und lässt es sich mit den Maßnahmen erreichen? Was sind die direkten und indirekten Wirkungen? Und vor allem: Wie wird in Gang gesetzte Sanktionsspirale beendet oder soll der „Wirtschaftskrieg“ als Vorstufe des militärischen Waffengangs dienen? Jeder, der nur halbwegs die Wortmeldungen bei uns in den letzten Monaten zum Thema verfolgte, reibt sich jedoch verwundert die Augen. Ernsthafte Antworten auf diese und andere Kernfragen blieben die bestimmenden Medien und offizielle Politik weitgehend schuldig. Stattdessen finden sich vielfach Beiträge nach ähnlichem Strickmuster wie das unterirdische „Interview“ des hoch bezahlten Nachrichtensprechers Claus Kleber (ZDF) mit SIEMENS-Chef Joe Kaeser im vergangenen März (3).

Im Grunde sind viele Nachrichten zur Ukraine-Krise und Rolle Russlands und vor allem deren ökonomische Situation subjektive Kommentare. Zumeist sind die eigene Ideologie und begrenzte Vorstellungswelt zur Funktionsweise der „Wirtschaft“ oft der Vater des verkündeten Wortes. Einfachste ökonomische Zusammenhänge werden nicht beachtet, differenzierte Betrachtungen flink mit dem Vokabular aus der Mottenkiste des Kalten Krieges beiseite gewischt (Putin Verstehler, Russenfreund, Gutmensch, Weichei). In diesem kräftig selbst mit befeuerten Diskussionsklima agieren die Regierungen der EU und Entscheider der Brüsseler Bürokratie zunehmend sprunghaft, merkwürdig und bisweilen hilflos. Sie scheinen zunehmend getrieben und oft überrascht von den Effekten ihres Handelns. Wer hier eine von langer Hand geplante Strategie erkennt und perfide, intelligente Strippenzieher in den Kulissen am Werk sieht, mag unbeleckt von praktischen Erfahrungen in Parlamenten, Ministerien und Bürokratien an diese Vorstellung festhalten.

Für alle anderen reiht sich der jüngste Beschluss zu den Wirtschaftssanktionen gegen Russland ein in eine lange Liste irrationaler Handlungen die den Eindruck verstärken, dass die europäischen „Eliten“ kaum mehr in der Lage sind progressive, sozial-ökonomisch sinnvolle Entscheidungen zu treffen, selbstkritisch zu reflektieren und bei Bedarf den Kurs zu ändern. Es setzt sich eine nahezu grotesk stupide Politik durch, die seit Ausbruch der Wirtschaftskrise 2007/08 Europa im Blindflug agiert und das Projekt EU zunehmend an den Rand der Implosion führt. Zwar sprudeln die Gewinne bei Unternehmen und Finanzdienstleistern. Die höheren Einkommen und Vermögen wachsen munter weiter und die Ungleichheit steigt. „Deutschland“ geht es nach veröffentlichter Meinung und im Vergleich zu den anderen Ländern auch relativ gut. Der Rest stagniert seit Jahren, steckt in der Krise oder rutscht von einer in die nächste Rezession (aktuell Italien). Massenarbeitslosigkeit, Überschuldung der Haushalte und Unternehmen bestimmen den Alltag vieler Menschen. Gleichzeitig agiert das europäische Finanzsystem weiter am Rande der Insolvenz und muss ständig durch Steuergelder (aktuell die portugiesische Großbank Espírito Santo) und Maßnahmen der EZB gestützt und vor systemischen Risiken geschützt werden.

Lektion II: Wie man sich wirksam ins Knie schießt

Vor diesem Hintergrund können kleine Rückschläge große negative Wirkungen entfalten und so die Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa zu neuen Höhepunkten führen. Zumindest ist es eine Illusion zu glauben, die Wirtschaftssanktionen würden nur Russland treffen. Warum? Erstens werden der Außenhandel und damit die Auslastung der Unternehmen, deren Investitionsverhalten und schließlich der Arbeitsmarkt in allen EU-28 Staaten unterschiedlich stark betroffen sein. Denn über die letzten 20 Jahre hat sich der Absatz von Konsum- und Investitionsgütern nach Russland ständig erhöht. Russland galt als Teil der BRICS-Gruppe bis gestern noch als dynamischer Wachstumsmarkt und alle europäischen Handelshäuser, Finanzdienstleister und Anbieter wollten dort mitmischen. Über ausländische Direktinvestitionen, Joint Ventures und den Ausbau der Vertriebsstrukturen sowie die wechselseitige Beteiligung durch Anleihen und Aktien ist heute deshalb auch ein großer Teil der russischen Wirtschaft eng mit der Ökonomie in der EU verbunden. Wer also Sanktionen beschließt, wird parallel seinen Absatzmarkt strangulieren. Was noch für Rüstungsgüter aus pazifistischer Sicht zu begrüßen ist und auf unzählige anderen Staaten (Saudi Arabien, Katar, Türkei, Syrien uvm.) besser heute als morgen ausgeweitet werden sollte, wird am Ende des Tages stets mit dem Nachfrageausfall bei den eigenen Unternehmen und Banken konfrontiert. Wen das jetzt überrascht, der hatte schon vorher keine Ahnung von „Wirtschaft“ und sollte nur noch schweigen. Alle anderen konnten lange vor der Verschärfung der Wirtschaftssanktionen die negative Effekte für den Absatz, die Produktion und den Kapitalverkehr bei den europäischen und deutschen Unternehmen (4) wie Banken beobachten, was sich nun u.a. in der offiziellen Statistik zu den Auftragseingängen niederschlägt.

Zweitens haben sich die Kapitalverflechtungen zwischen russischen Unternehmen, Banken und ihren europäischen Partnern ebenso erhöht. Russische Unternehmen haben sich so u.a. mit zinsgünstigen Krediten in Europa in Höhe von rund 370 Mrd. Euro eingedeckt. Europäische Bankhäuser sind seit Jahren in Russland stark engagiert und empfehlen ihren Kunden russische Aktien und Anleihen als lukrative Geldanlage. Alles dies steht seit Monaten zur Disposition und wer glaubt, die russische Wirtschaft würde durch den

Stopp des Zugangs auf den europäischen Kapitalmarkt hart getroffen, der muss ebenso harte Rückwirkungen für die europäischen Geldhäuser und Anleger in Rechnung stellen. Deren Forderungen werden neu bewertet und sollte es zu Zahlungsschwierigkeiten und Insolvenzen russischer Unternehmen und Banken kommen, müssten u.a. deutsche, französische, italienische, österreichische Banken und Anleger auf ihre Forderungen verzichten und Verluste einfahren. Inwieweit dies zur Schiefelage europäischer Banken führt und erneute Bankenrettungen notwendig werden, ist heute noch nicht absehbar aber in keinem Fall auszuschließen.

Drittens werden die Rückwirkungen der Wirtschaftssanktionen und daraus resultierende weitere negative Effekte in der EU schnell deutlich spürbarer. Wer über den Verweis auf Durchschnittswerte und den relativ geringen Anteil des Russlandgeschäfts insgesamt oder für Deutschland im speziellen die Probleme beiseite wischen möchte irrt gewaltig und argumentiert an der Sache vorbei. Denn allgemeine Betrachtungen und Durchschnittswerte sagen nichts über die konkrete Situation einer Firma aus, deren Geschäft über Nacht wegbricht. Auch die eindimensional „deutsche Brille“ hilft nicht weiter und ist letztlich nur national borniert. Bereits jetzt sind die süd- und osteuropäischen Mitglieder der EU und deren Nachbarstaaten längst vom monatewährenden Rückgang und Einbruch des „Russlandgeschäfts“ betroffen. Ungleich schwerer treffen sie die neuen Wirtschaftssanktionen und russischen Gegenmaßnahmen (5). So kann sich die fragile ökonomische, soziale Situation in der europäischen Peripherie schnell verschlechtern und innerhalb der EU verstärkte Umverteilung und Unterstützungsmaßnahmen erfordern. Auch Deutschland wird auf die eine oder andere Weise zahlen, selbst wenn die Medien wie üblich reagieren. Wir geben nichts! Empfohlen werden schon in wenigen Tagen mit Sicherheit die bekannten Strukturreformen, Maßhalten und Sparen. Alternativ könnte

Kai Ehlers: Beschleunigung in der Ukraine – und die Frage der kritischen Solidarität

25.07.2014

Die Eskalation des Bürgerkrieges in der Ukraine steigert sich von Tag zu Tag. Der soeben erfolgte Zerfall der Koalitionsregierung wird das Tempo eher noch beschleunigen als abbremsen, steht zu befürchten. Solidarität wird mehr und mehr zum Gebot der Stunde.

Aber mit wem solidarisch sein? Die Ansichten dazu gehen so diametral auseinander wie die Speichen eines Fahrrades. Mit den Mitgliedern der Regierung, die durch das Auseinanderfallen der Koalition noch

man aber sehr schnell ein „Transferfonds Wirtschaftssanktionen“ einrichten, in denen z.B. alle Personen mit mehr als 7.000 Euro Monatseinkommen progressiv gestaffelt einzahlen, um Kurzarbeitergeld, Arbeitslosenunterstützung, fällige Bürgschaften (Exportkreditvergabe), Unternehmenskredite, die Abwicklungen von Insolvenzen, Stützungskäufe der EZB uvm. teilweise „gegen zu finanzieren“. Letzteres steht ja ohnehin in den Medien und der Politik hoch im Kurs und alle betroffenen Personen können so dann praktisch Solidarität mit den gewünschten politischen Entscheidungen üben.

Lektion III: Es kommt meistens anders als man meint

Wenn die Wirtschaftssanktionen gegen Russland gut wirken, werden sie in alle Richtungen wirken. Eben deshalb ist eine schnelle Zuspitzung der ökonomischen Krise in der EU mit bekannten Effekten möglich: Nachfrageausfall, Insolvenzen, Kreditklemme, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig geht niemand ernsthaft davon aus, dass Russland durch die beschlossenen Sanktionen ökonomisch in die Knie gezwungen und deren Führung zu „Kreuzen kriechen“ wird. Um Russlands Wirtschaft ist es nicht gut bestellt. Aber das hat völlig andere Gründe als die Wirtschaftssanktionen der EU. Richtig ist, dass bestimmte Sektoren und Unternehmen, Einkommensgruppen und nicht zuletzt die Oligarchen getroffen werden können. Möglicherweise gibt es den Wunsch, dass eben diese Oligarchen dann Putin stürzen, um ihrer Pfründe zu sichern. Ungeachtet der Frage, was politisch damit gewonnen wäre, hätte man ein solches Verhalten aber wohl effektiver durch den direkten Zugriff und die Konfiskation ihrer Vermögen (Konten, Fußballclubs, Unternehmen, Immobilien etc.) in Europa befördern können.

Schließlich stellt sich noch die Frage nach der ökonomischen Zukunft der **Ukraine**. Kurz gefasst: Sie ist mehr als düster. Es

härter unter den Druck der Rechten und des internationalen Kapitals geraten? Mit den Soldaten, die laut Poroschenko „heldenhaft unser Land verteidigen“, die aber ab August keinen Sold mehr bekommen werden, wenn nicht sofort das neue Steuergesetz verabschiedet werden kann, das heißt im Kern, wenn nicht endlich die Oligarchen zu ausreichenden Steuerabgaben verpflichtet werden können? Mit den Wehrpflichtigen und ihren Müttern, die gegen Poroschenkos neue Mobilmachung demonstrieren? Mit den Opfern der Kiewer Offensive gegen

drohen Staatsbankrott und Staatszerfall. Bereits vor Ausbruch der Kämpfe war das Land nur durch Zahlungen mit den üblichen „Reformaufgaben“ der EU und des IWF überlebensfähig. Der Bürgerkrieg verschlechtert die Lage täglich und nach den Kämpfen wird die enge Verbindung der ostukrainischen Wirtschaft mit der russischen Ökonomie auf Jahre zerstört sein. Der Absatzmarkt EU wird diesen Ausfall nicht kompensieren und die Aufnahme der Ukraine in die EU steht nicht an. Dafür sind allein die Ausgaben für den Wiederaufbau und die ökonomische Modernisierung viel zu hoch und werden in keinem Fall von Brüssel und den EU Mitgliedsstaaten getragen.

Im Endergebnis werden die jüngsten Wirtschaftssanktionen also weder die politischen Ziele erreichen (wie immer diese konkret lauten), noch werden daraus positive Impulse und eine Perspektive für Russland, Europa oder die Ukraine erwachsen, deren Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin auf einem Kontinent miteinander leben müssen.

- (1) http://www.bmwi.de/DE/Themen/ausenwirtschaft_did=648182.html
- (2) zur ausführlichen ökonomischen Analyse: s. <http://www.chefvolkswirt.net/>
- (3) <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/echtzeitjournalismus-dr-seltsam-ist-heute-online-12867571.html>
- (4) <http://www.ost-ausschuss.de/aktuelles-statement-zu-den-sanktionen-gegen-ber-russland>
- (5) <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/sanktionen-in-russland-klage-aus-polen-eu-laender-fuerchten-um-exporte-a-985139.html>

<http://theorieblog.attac.de/politik-im-blindflug-wirtschaftssanktionen-gegen-russland/>

S. auch: Politik der Eskalation. Der Irrweg des Westens von Gabor Steingart 08.08.2014, <http://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/politik-der-eskalation-der-irrweg-des-westens-seite-1/10308844-all.html>

„Terrorismus“? Für welche Ziele stehen welche Gruppierungen? Ist der Westen des Landes „faschistisch“? Sind der Osten und Süd-Osten, namentlich der Donbas „terroristisch“?

Weiter:

<http://kai-ehlers.de/texte/artikel-zur-lage/2014-07-25-beschleunigung-in-der-ukraine-und-die-frage-der-kritischen-solidaritaet>

Vom selben Autor:

<http://kai-ehlers.de/texte/artikel-zur-lage/2014-06-25-und-immer-noch-die-ukraine-eine-zwischenbilanz>

Antikriegsnachrichten

Ich stelle immer zwei Fragen: Wie viele Länder haben Militärbasen in den Vereinigten Staaten? Und in wie vielen Ländern haben die Vereinigten Staaten keine Militärbasen? - Jose Saramago

NATO bereitet Manöver in Ukraine vor: 300 Soldaten aus 16 Nationen beteiligt - Bundeswehr prüft Teilnahme »mit Einzelpersonal«. Ungeachtet der kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ostukraine wird die NATO vom **11. bis zum 28. September** im Westteil des Landes die Übung »Rapid Trident« durchführen.
<http://www.neues-deutschland.de/artikel/940649.nato-bereitet-manoever-in-ukraine-vor.html>

Kurzer Film über den **Widerstand von ukrainischen Frauen gegen die Einberufungsbefehle:** <http://news.web-hh.de/index11.php?lid=33811&newsfull=1>

Texte zur (jüngeren) inneren und äußeren Geschichte Russlands, der Ukraine, der dort aufeinanderprallenden geostrategischen Interessen, der Rolle des von Soros mitfinanzierten PR-Zentrums in Kiew (900 JournalistInnen der „Welt“medien versorgend): **"Hintergrund"** (Nr. III-2014)

Dossier vom Friedensratschlag:
<http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Ukraine1/Welcome.html>

Lüge in Kriegszeiten, Mathias Bröckers, 29.07.2014; Am Beispiel des Ersten Weltkriegs formulierte Arthur Ponsonby 1928 die Strukturgesetze der Kriegspropaganda - sie gelten, wie die aktuelle Berichterstattung über die Ukraine zeigt, noch immer, <http://www.heise.de/tp/artikel/42/42386/1.html>



Hintergründe der Vorgänge in der Ukraine in einer Chronologie :
<http://www.holger-niederhausen.de/index.php?id=922>

Grundlagenvortrag des schweizer Historikers Daniele Ganser über verdeckte Kriegsführung, false-flag-Anschläge, Strategie der Spannung . Er erklärt die Methoden der verdeckten Kriegsführung durch staatliche US-Einrichtungen (Militär + Geheimdienste), die Verbindung von Gewalt + Lüge an historisch dokumentierten Beispielen (gegen Mossadegh im Iran 1953, Operation Northwoods gegen Kuba, gegen Arbenz in Guatemala, Vietnam, Nato-Geheimarmee Gladio in Italien, Brutkastenlüge zur Rechtfertigung des Krieges gegen Irak 1990, Irak 2003, Syrien 2013). Das Video ist eine Aufzeichnung seines Vortrags bei der Veranstaltung der Anti-Zensur-Koalition vom 27. Juli 2014. <http://www.alternativ.tv/verdeckte-kriegsfuehrung-ein-blick-hinter-die-kulissen-der-machtpolitik-dr-daniele-ganser/> Bewegend ist die persönliche Einführung von Ganser, in der er die Art und Weise beschreibt, wie er mit seinen wichtigen Forschungen durch die Verunglimpfung als Verschwörungstheoretiker von den Lehrstühlen ferngehalten wird. (Danke an E.S. Für den Hinweis, SiG-Redaktion)

Mani Stenner ist tot - Ein Leben für Frieden, Abrüstung, und Gerechtigkeit

(Bonn, 18.07.2014) Die sozialen Bewegungen in Deutschland haben einen ihrer wichtigsten Köpfe und aktivsten Mitstreiter verloren. Die alte Bundeshauptstadt Bonn verlor zugleich einen ihrer engagiertesten Bürger. Mani Stenner, seit 25 Jahren Geschäftsführer und guter Geist des Netzwerks Friedenskooperative, ist tot. Ein plötzlicher Herzinfarkt riss den 60-Jährigen am vergangenen Donnerstag (17.7.2014) überraschend aus der Arbeit und dem Leben.

Mani Stenner engagierte sich seit den frühen 1980er Jahren in der Friedensbewegung und wurde in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts zu einem ihrer führenden organisatorischen und politischen Köpfe. Mit der Geschäftsführung des Netzwerks Friedenskooperative übernahm er die Leitung eines der wichtigsten Dachverbände der Friedensbewegung. Von der Verantwortung bundesweiter Großdemonstrationen und Kampagnen bis zur deutschlandweiten Vernetzung der lokalen Initiativen und der Zusammenarbeit

mit anderen sozialen Bewegungen reichte sein Aufgabenbereich. In seiner Heimatstadt Bonn engagierte sich Stenner darüber hinaus auf lokaler Ebene. Mit dem „Bonner Forum für BürgerInnen und Polizei“ initiierte er einen bundesweit einmaligen Dialog mit Polizeibeamten der alten Bundeshauptstadt, arbeitete in örtlichen Nord-Süd-Projekten mit und engagierte sich gegen das Wiedererstarken rechtsextremen Gedankenguts. Stenner besaß die seltene Fähigkeit, unterschiedliche politische Strömungen zusammenzuführen, mit politischen Gegnern Dialoge zu führen und seine Vorstellungen von einer friedlicheren und gerechteren Welt auch gegenüber den Mächtigen in der Gesellschaft zu vertreten.

Getragen wurde seine Arbeit von dem Ziel, den Menschenrechten mehr Geltung zu verschaffen, die Anwendung manifesten und struktureller Gewalt zu minimieren und eine gerechtere menschliche Gesellschaft zu ermöglichen. Militärische Mittel waren für ihn nie alternativlos.

Mani Stenner wusste sehr wohl, dass er auf große Widerstände treffen würde. Er war Realist und machte sich keine Illusionen. Aufgeben war seine Sache nicht. Die deutsche Friedensbewegung hat ihm unendlich viel zu verdanken. „Es wird lange dauern, bis wir begreifen, wie viele und wie große Lücken der Freund, der Mensch und der Arbeitskollege Mani Stenner hinterlässt“, sagt Kristian Golla, sein langjähriger Mitstreiter und Kollege im Bonner Büro der Friedenskooperative. „Aber seine bedingungslose Selbstverpflichtung zur konsequenten Arbeit für eine friedlichere und gerechtere Welt bleibt nicht nur sein Vermächtnis, sondern auch unser Ansporn.“ Unsere Gedanken sind bei seiner Frau Luise, die ihn mit unendlich viel Kraft und Leidenschaft unterstützt und begleitet hat.

Otfried Nassauer (für das Netzwerk Friedenskooperative)
<http://www.friedenskooperative.de/>

Argentinien:

Das Urteil des Obersten Gerichtshofs der USA und die „Geierfonds“ – ein Musterbeispiel für den Betrug mit den Staatsschulden

22. Juni 2014

Am Montag, den 16. Juni 2014 fällt der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten von Amerika ein Urteil zum Nachteil Argentiniens. Die Verhandlung einer dem argentinischen Staat zur Last gelegten vermeintlichen Ungleichbehandlung der Gläubiger, die einer Umschuldung zugestimmt hatten, und derjenigen, die sich für einen Rechtsstreit entschieden hatten, wurde abgelehnt.

Kaum 48 Stunden später beschloss das gleiche Gericht die Anwendung der Pari-passu-Klausel (Gleichbehandlung von Gläubigern). Diese Klausel, die auch als Rights Upon Future Offers (RUFO) bekannt ist und deren Gültigkeit im Januar 2015 abläuft, garantiert den Gläubigern, die dem Schuldenschnitt von 2005/2010 zustimmten, die gleichen Leistungen wie den sogenannten Holdouts (denjenigen, die den Schuldenschnitt ablehnten).

Die Nichtanwendung der Klausel hätte es der Regierung ermöglicht, mit den „Geierfonds“ eine bessere Übereinkunft (ähnlich den vorherigen Schuldenschnitten) zu erzielen, und eine durch die Pari-passu-Klausel gedeckte Flut von Klagen gegen das Land vermieden. Jetzt besteht nämlich die Möglichkeit, dass die 92,4 Prozent der Gläubiger, die dem Schuldenschnitt zustimmten, ähnliche Ansprüche geltend machen wie der Rest der Gläubiger, so dass die zusätzlichen Forderungen nach Schätzung des argentinischen Wirtschaftsministers Alex Kicillof 100 Milliarden US-Dollar übersteigen könnten (<http://www.pagina12.com.ar/diario/elpais/ubnotas/248948-68419-2014-06-19.html>).

Die Anwendung der Klausel verhindert eine Verhandlungslösung und könnte zu einem „technischen Default“ (Zahlungsausfall) führen, zumal sie der von Wirtschaftsminister Kicillof geäußerten Absicht, die für die Auszahlungen zuständige Stelle zum 30. Juni 2014 zu wechseln, entgegensteht und außerdem die Pfändung von Staatsvermögen ermöglicht.

Die von der Regierung bislang verfolgte Strategie des Verhandeln und Zahlens (weil wir „Dauerzahler“ sind und „Schulden bezahlt werden müssen“) wird auch (mit wenigen Ausnahmen) von Oppositionspolitikerinnen und -politikern unterstützt, von denen einige sogar in einem schändlichen Akt der Unterwerfung nach

Washington reisten, um dem, was sie „eine nationale Angelegenheit“ nannten, Nachdruck zu verleihen.

Diese kompliziert klingende Darstellung wird in den „Massenmedien“ verbreitet und mit Äußerungen der üblichen Fachleute angereichert, meist systemkonformen Ökonomen, die auch in den Prozess der Verschuldung (Schutzschirm, Megaschuldenschnitt) verstrickt waren. Ein befreundeter Ökonom meint, dass „in der Wirtschaft alles kompliziert erscheint, im Grunde aber nur eine einfache Frage zu lösen ist: wer die Gewinner und wer die Verlierer sind“.

Heute befinden wir uns in Argentinien auf dem Höhepunkt der Diskussion über die Staatsschulden. Niemals wurde mehr über dieses Thema geschrieben. Allerdings wird nicht darüber debattiert, was seit Beginn der Entwicklung offensichtlich ist: Die Schulden sind ein Krebsgeschwür – je mehr wir zahlen, desto mehr schulden wir – und sie sind ein Instrument der Herrschaft.

Leider bleibt auch eine gute Gelegenheit ungenutzt, die Illegitimität und Illegalität der argentinischen Staatsschulden mit aller Deutlichkeit zu erklären und zu beweisen. Der „technische Default“, auf den wir vermutlich zusteuern, sollte in einen einseitigen Beschluss zur Aussetzung der Rückzahlung der Staatsschulden und die Nichtbeachtung der Vereinbarung mit dem Pariser Club münden. Beides sollte so lange andauern, bis unter Beteiligung der Bevölkerung eine umfassende Untersuchung erfolgt ist, die zu dem Schluss kommt, dass ein Teil der Schulden illegal und illegitim ist. Das könnte ein Beispiel für die ganze Welt sein und ermöglichen, gemeinsame Gegenwehr zu organisieren und einen „Club der Schuldner“ zu gründen. Nachdem sich die Mächtigen der Welt zu Institutionen wie G 8, G 20 und Pariser Club zusammengeschlossen haben, ist es dringend notwendig, dass auch die Bevölkerungen sich zusammenschließen, um ein ungerechtes System zu bekämpfen, das sowohl die Bevölkerungen als auch die Natur maßlos ausbeutet und dafür unterschiedliche Instrumente einsetzt, von denen eines die Staatsverschuldung ist.

Warum ist eine sofortige Überprüfung notwendig? Weil dieses Mittel uns erlauben würde, die Machenschaften und Betrügereien in Bezug auf die argentinischen

Staatsschulden offenzulegen. Wie stützen uns auf eine Untersuchung, die als „Fall Olmos“ bekannt wurde.

Seit dem Urteil in diesem Fall gilt die Unrechtmäßigkeit der von 1976 bis 1982 entstandenen externen Schulden ebenso als erwiesen wie die Verantwortung der Funktionäre der Diktatur, die die Schulden anhäufte, und die Mitverantwortung internationaler Finanzorganisationen wie Internationaler Währungsfonds (IWF), Weltbank (WB), Banco Interamericano de Desarrollo (BID – Interamerikanische Entwicklungsbank), von denen sittenwidrige und betrügerische Kredite gewährt wurden.¹ Die Schulden aus diesem Zeitraum wurden mehrmals umstrukturiert und bleiben bestehen. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil der Vereinbarung mit dem Pariser Club (9,7 Milliarden US-Dollar), obwohl sie nach dem Grundsatz der „verabscheuungswürdigen Schulden“ für nichtig hätten erklärt werden können.

Werfen wir einen kurzen Blick zurück:

Im Jahr 1976 – dem Jahr, in dem die Militärdiktatur errichtet wurde – betrugen die externen Schulden etwa acht Milliarden US-Dollar. Nur sieben Jahre später, als die Demokratie zurückkehrte, beliefen sich die Schulden auf 45 Milliarden US-Dollar. Anders gesagt: Während der Diktatur verfünffachten sich die Staatsschulden. Für die Verschuldung gab es mehrere Gründe: Kompensation der Kapitalflucht und Finanzierung der Unterdrückung der Arbeiterbewegung mit dem Ziel, den hohen Organisationsgrad innerhalb der Bevölkerung abzubauen und die gesamte Bevölkerung zu terrorisieren. In dieser Zeit wurden auch private Schulden verstaatlicht.

Bei Wiedereinführung der Demokratie (1983) beliefen sich die externen Schulden also auf 45 Milliarden US-Dollar. Werfen wir nun einen Blick auf die neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts, die geprägt waren durch die Vorherrschaft des Neoliberalismus, die Konvertierbarkeit der Währungen (ein Peso = ein US-Dollar), die von IWF und WB verordneten Privatisierungen zwecks Schuldentilgung und die bekannten Konsequenzen: strukturelle Arbeitslosigkeit, Marginalisierung, Verarmung, Zerstörung des Produktionsapparats und Ausverkauf der Wirtschaft ins Ausland. Die externen Schulden stiegen in dieser Zeit auf 147 Milliarden US-Dollar. Nicht vergessen werden sollte außerdem,

dass der berühmte Bradyplan (1993/1994) die Verschuldung durch die Ausgabe von Bonds zur Finanzierung der Haushaltsdefizite einleitete, wodurch eine neue Art von Gläubiger entstand – zu den Banken traten nun Bondsbesitzer (Investmentfonds, Pensionsfonds usw.).

Wir kommen zum Jahr **2001**, das geprägt war vom Ende der Konvertierbarkeit, von Rezession und von einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise, die zum Sturz der Regierung de la Rúa (Alianza) führte. Die nachfolgende provisorische Regierung erklärte die Aussetzung der Rückzahlung von Schulden in privater Hand (54 Prozent der Gesamtsumme), ausgenommen blieben allerdings die Schulden bei internationalen Finanzorganisationen (WB, IWF und BID), die zwischen 2001 und der Umschuldung im Jahr 2005 weiterhin brav bedient wurden.

Die 38 Monate währende Aussetzung des Schuldendienstes war einer der Gründe dafür, dass der Staat der Finanznot, die der Schuldendienst mit sich brachte, entkommen konnte und die Bedingungen für eine Bewältigung der sozioökonomischen Krise sich verbesserten.

Mit dem Ziel, an die internationalen Finanzmärkte zurückzukehren, wurde 2005 und erneut 2010 ein **Schuldenschnitt** vereinbart, wodurch die bisherigen Schulden durch an Inflation und Wachstum gekoppelte Bonds ersetzt wurden. Das führte zu einem Schuldenerlass in Höhe von 43,3 Prozent, der jedoch in wenigen Jahren weitgehend aufgezehrt wurde, insbesondere durch die an das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts gekoppelten Zahlungen an Gläubiger. Seit den Schuldenschnitten kann ein Großteil der externen Schulden nicht mehr mittels Bonds in innerstaatliche Schulden bei Organisationen wie Administración Nacional de Seguridad Social (ANSES – Sozialversicherung), Banco Central R. A. (Zentralbank) oder Banco Nación Argentina (Nationalbank) umgewandelt werden.

Dieser kurze Ausflug in die Geschichte verfolgt zwei Ziele.

Erstens soll erklärt werden, wer die „**Geierfonds**“ sind: Es handelt sich um Investmentfonds, die nach dem Zahlungsausfall von 2001 Anleihen zu 20 Prozent ihres Werts gekauft und die Schuldenschnitte von 2005 und 2010 abgelehnt haben. Besonders hervorzuheben hat sich dabei der Hedgefonds NML Capital (Paul Singer), der 2008 vom Zahlungsausfall betroffene Bonds, die während der Umstrukturierungsphase ausgegeben wurden, für 42 Millionen US-Dollar kaufte. Der Wert diese Bonds stieg bis zum Jahr 2014 auf über 800 Millionen US-Dollar, was einer Rendite von

annähernd 2.000 Prozent entspricht. Hinzu kommt, dass Argentinien aufgrund verschiedener Rechte, die den Gläubigern bei Ausgabe der Bonds eingeräumt worden waren, vor einem Gericht in New York verklagt werden konnte.

Zu den Zugeständnissen gehören: die Vereinbarung von New York als Gerichtsstand, der Verzicht auf staatliche Immunität und die Anerkennung von Kreditgebern als Vorzugsgläubiger. Diese Rechte, die eine ständige Begleiterscheinung der Verschuldung der 1990er Jahre und während der Regierungszeit Kirchners darstellen, müssen annulliert werden. Ihre Auswirkungen erleben wir heute. Wegen der Vorstellung, die Gläubiger „beruhigen“ und ausländische Direktinvestitionen sichern zu müssen, werden sie jedoch aufrechterhalten, obwohl sie eine Beschneidung der Souveränität hinsichtlich Rechtsprechung und Gesetzgebung bedeuten. Heute werden diese Dinge als eine der „Hinterlassenschaften des Neoliberalismus“ betrachtet. Tatsächlich haben solche Bestimmungen ihren Ursprung in der Änderung des Zivil- und Handelsrechts in der Zeit der Militärdiktatur, aber es gibt keinen vernünftigen Grund dafür, dass die Bestimmungen nicht geändert wurden, als die Gelegenheit dazu bestand, zum Beispiel Anfang November 2013, als eine Reform und Vereinheitlichung des Zivil- und Handelsrechts debattiert und verabschiedet wurde. Dabei meldeten sich während dieser Debatten Organisationen und Bewegungen zu Wort, die diesen Zustand seit Jahren anprangern und eine Änderung anmahnen:

http://ccycn.congreso.gov.ar/export/hcdn/comisiones/especiales/cbunificacioncodigos/ponencias/buenosaires/pdfs/155_Javier_Echaide.pdf

Es ist ein großer Fehler, als Gerichtsstand New York zu vereinbaren, nicht nur in diesem Fall, sondern auch für Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten, die dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (International Centre for Settlement of Investment Disputes – ICSID) der Weltbank übertragen wurden in Erfüllung der Investitionsschutzklauseln in über 50 bilateralen Investitionsabkommen, die Argentinien abgeschlossen hat und die weiterhin Gültigkeit haben.

Zweitens soll dieser historische Abriss aufzeigen, dass wir umso mehr schulden, je mehr wir zahlen, dass die Staatsschulden ein bestimmender Faktor unserer Wirtschaft sind und dass der angebliche „Abbau der Staatsschulden“ keineswegs stattfindet. Laut Aussagen von Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner wurden von 2003 bis heute 173,733 Milliarden US-Dollar gezahlt. Trotz dieser Zahlungen stieg der Schuldenstand von 144,212 Milliarden US-

Dollar im Jahr 2002 bis heute auf 240 Milliarden US-Dollar. Damit wird deutlich, dass die Schulden ein Riesenbetrug sind, ein Mittel zur Abschöpfung der Produkte, die von der Bevölkerung Argentiniens geschaffen werden. Sie sind auf illegale und illegitime Art entstanden und wir haben sie schon mehrfach zurückgezahlt.

Regierung und Opposition sind sich darin einig, dass eine Rückkehr an die internationalen Finanzmärkte anzustreben sei und folglich Wohlverhalten gezeigt werden müsse. Deshalb wurden in den letzten Monaten fünf von transnationalen Konzernen vor der ICSID erhobene Forderungen beglichen (677 Millionen US-Dollar), wurde das Unternehmen REPSOL für die „Verstaatlichung“ von 51 Prozent des Aktienkapitals von YPF entschädigt (über 10 Milliarden US-Dollar einschließlich Zinsen) und einigte man sich im Stillen mit dem Pariser Club (9,7 Milliarden US-Dollar).

Dennoch scheint dieses Wohlverhalten nur dazu zu führen, dass den Staatsschulden in Höhe von 240 Milliarden US-Dollar noch die Forderung der „Geierfonds“ (15 Milliarden US-Dollar einschließlich des noch nicht gerichtlich geltend gemachten Anteils) hinzugefügt werden und dass möglicherweise noch mehr als 100 Milliarden US-Dollar hinzukommen – Forderungen der Gläubiger, die den Schuldenschnitten von 2005 und 2010 zugestimmt haben. Weiterzahlen ist also offenkundig keine Lösung.

Zunächst ist es, wie schon gesagt, notwendig, **die Rückzahlung der Staatsschulden so lange auszusetzen**, bis unter Beteiligung der Bevölkerung eine umfassende Untersuchung festgestellt hat, dass Teile davon illegal und illegitim sind.

Als Vorlage könnte der Weg dienen, der in **Ecuador** beschritten wurde, wo im Jahr 2007 durch den Erlass 472 des Präsidenten Rafael Correa ein Schuldenaudit verfügt wurde, das einer Sonderkommission übertragen wurde und dazu führte, dass ein Teil der externen Schulden als „illegal, illegitim und sittenwidrig“ eingestuft wurde. In unserem Land bauen wir, wie schon gesagt, auf dieses Mittel und berufen uns auf den unschätzbaren Beitrag von Alejandro Olmos und das Urteil im „Fall Olmos“, das die Unrechtmäßigkeit der von 1976 bis 1982 entstandenen externen Schulden feststellte, sowie auf andere Verfahren, bei denen überzeugende Beweise vorgelegt wurden in Bezug auf die Schuldenschnitte, den Bradyplan und insbesondere den Megaschuldenschnitt, durch den die Schulden auf mehr als 55 Milliarden US-Dollar anstiegen.

Zusätzlich ist es notwendig, **die juristischen Konstruktionen**

anzuprangern und zu demontieren, die es erlauben, ausländische Gerichte anzurufen und auf diese Weise die Souveränität zugunsten von „Geierfonds“, Hedgefonds und transnationalen Konzernen einzuschränken, die danach streben, während einer tiefgreifenden weltweiten Krise des Kapitals immer mehr Gewinn zu erzielen.

Unser Land muss eine Politik der **Autonomie und Unabhängigkeit** anstreben, die sich ausbreiten könnte, wenn in der ganzen Region verschiedene Themen wiederaufgegriffen würden, zum Beispiel die Debatte über eine neue Finanzarchitektur mit einer funktionierenden Bank des Südens und der Schaffung eines Fonds des Südens. Zu einem solchen Fonds könnten alle Länder unseres Amerika einen finanziellen Beitrag leisten. Seine Aufgabe bestünde darin, Alternativen zur derzeitigen Produktionsweise zu finanzieren, die sich an den Bedürfnissen der Bevölkerungen und nicht an den Interessen der transnationalen Konzerne orientieren.

Die **Aufdeckung des Betrugs rund um die Staatsschulden** ist auch ein Teil des Prozesses zur Entlarvung der derzeitigen **landwirtschaftlichen Produktionsweise**, die auf Export und übermäßige Ausbeutung ausgerichtet ist. Es ist nicht zu erwarten, dass im 21. Jahrhundert genug Nahrungsmittel zur Verfügung stehen werden, wenn man sich auf Monokulturen von genmani-

pulierter Soja in Händen transnationaler Konzerne konzentriert oder wenn man an die Industrialisierung der Landwirtschaft und nicht an Nahrungsmittelsouveränität denkt. Es ist nicht zu erwarten, dass wir Energiesouveränität erreichen werden, wenn Verträge mit Konzernen wie Chevron (größter Umweltverschmutzer weltweit) über die Gewinnung von nichtkonventionellem Öl und Gas mithilfe einer zerstörerischen Technik namens Fracking abgeschlossen werden.

Es ist notwendig, mithilfe von Sensibilisierungskampagnen und **öffentlichen Konsultationen** eine Debatte über solche Themen anzustoßen. Wir verfügen über langjährige Erfahrungen auf diesem Gebiet. Hunderte von Wahlkabinen wurden 2001 aufgestellt, als eine landesweite Bewegung gegen die Armut und für eine Arbeitslosen- und Ausbildungsversicherung ins Leben gerufen wurde. Noch mehr waren es im Jahr 2003, als nach langer Vorbereitung eine Abstimmung gegen die Área de Libre Comercio para las Américas (ALCA – amerikanische Freihandelszone) durchgeführt wurde, an der sich mehr als 2.300.000 Menschen beteiligten. Solche Praktiken müssen wiederaufgegriffen werden, sie haben bei uns allen Spuren hinterlassen.

Der **Gewerkschaftsbund Central de Trabajadores de la Argentina (CTA)** hat

eine Kampagne für eine Volksbefragung zur Verfügung über die öffentlichen Güter angeregt, der sich gerade Hunderte von sozialen, religiösen, politischen, indigenen, Frauen-, Jugend- und Umweltbewegungen anschließen.

Ziel ist es, eine Debatte über das aktuelle Entwicklungsmodell anzustoßen, das die Zahlung von illegitimen und illegalen Staatsschulden begünstigt und das eng mit der Art der weltweiten Integration der Länder des globalen Südens zusammenhängt. Das beinhaltet auch den Kampf gegen die Ideologie des Freihandels und seine Begleiterscheinungen: bilaterale Investitionsabkommen, ICSID, Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und MERCOSUR.

Auf diese Weise können wir uns in partizipativer Demokratie üben. Demokratie bedeutet Praxis, gemeinsames Handeln. Solche Kampagnen helfen uns zu fragen, wer entscheidet und ob wir über Souveränität in den Bereichen Energie, Finanzen und Nahrungsmittel verfügen oder ob wir sie uns auf dem Weg zur Souveränität der Bevölkerung und zur gesellschaftlichen Emanzipation aneignen müssen.

1 Siehe http://cvt-ar.com.ar/cvt-ar/images/e/ee/Deuda_externa_sentencia_Ballasteros.pdf.
<http://cadtm.org/Argentina-El-fallo-de-la-Corte> Übersetzung: Werner Horch

Michael Schlecht Geierfonds sind die Pest!

Geier sind nützlich Tiere, Geierfonds sind die Pest. Ob ganze Staaten oder einzelne Unternehmen, wo Hedgefonds zuschlagen, leiden Menschen unter der grenzenlosen Profitgier. Jetzt, mit der neuerlichen Staatspleite von Argentinien rücken die Hedgefonds wieder ins Licht der Öffentlichkeit. Es wir wieder einmal deutlich Hedge- bzw. Geierfonds müssen verboten werden.

Hedgefonds verwalten rund 50 Billionen Euro und machen damit rund 30 Prozent des weltweiten Finanzmarktes aus. Dennoch unterliegen sie im Gegensatz zu Banken fast keiner Kontrolle. Schon seit vielen Jahren ist klar: Das ist mindestens so gefährlich wie eine Atombombe in der Hand von Terroristen. Denn diese Spekulanten können schwere Krisen auslösen oder ganze Länder in unsägliches Elend stürzen. Getan haben die Regierungen nichts gegen diese Finanzterroristen! Zwei dieser Hedgefonds haben nach der ersten Staatspleite 2002 Argentinien billige Staatspapiere aufgekauft. Sie beteiligten sich nicht am Schuldenschnitt bei den argentinischen Staatsschulden. Nur dank dieses Schuldenschnitts war es aber möglich, dass Argentinien wieder auf die

Beine kam und die Verelendung von noch mehr Menschen stoppen konnte. Übrigens: Ein großer Batzen der Schulden, die damals gestrichen wurden, stammte noch aus der Zeit der Militärdiktatur. Die Rechtmäßigkeit dieser Schulden wurde zu Recht infrage gestellt.

Die beiden Geierfonds haben jetzt vor einem US-amerikanischen Gerichten Argentinien zur 100prozentigen Zahlung der Anleihen verklagt, die sie billig eingekauft hatten. Ihnen winkt eine Traumrendite von 1680 Prozent. Die neuerliche Staatspleite Argentinien nehmen sie dabei billigend in Kauf. Argentinien konnte auf diese Zahlungsforderung nicht eingehen, denn dann wäre das vor Jahren abgeschlossene Umschuldungsabkommen hinfällig geworden und es bestünde die Gefahr, dass alle alten Anleihen zu 100 Prozent zurückgezahlt werden müssen.

So in die Ecke getrieben stellte Argentinien die Zahlungen ein und wurde von der Ratingagentur Standard & Poor für pleite erklärt. Damit kann sich Argentinien nicht mehr auf dem Finanzmarkt refinanzieren. Und eine neuerliche brutale Wirtschaftskrise, die Millionen von Menschen ins

Elend stürzen wird, steht bevor. Ein neuer Albtraum!

Man muss aber gar nicht in der Ferne schweifen, um die Hedgefonds bei ihrem skrupellosen Geschäft zu beobachten. In Baden-Württemberg hat zum Beispiel der Hedgefonds KKR das Traditionsunternehmen WMF übernommen. Ein grundsolides Unternehmen, das in Deutschland hochwertige Produkte herstellt und anständige Tariflöhne bezahlt. Nun steht der größte Personalabbau in der 161-jährigen Geschichte an. Wie pervers unser Rechtssystem ist, erkennt man daran, dass diese Geschäftsmodelle sogar rechtens sind. In Deutschland haben SPD und Grüne 2004 im Investmentmodernisierungsgesetz den Heuschrecken hierzulande den roten Teppich ausgerollt. Dieses und andere unsägliches Gesetze zur „Modernisierung der Finanzwelt“ gehören wieder abgeschafft. Auch international müssen Hedgefonds und Schattenbanken das Handwerk gelegt werden. Internationaler Terrorismus wird ja auch bekämpft, mindestens so wichtig ist die Bekämpfung der Finanz-Terroristen, die in den Geierfonds sitzen.

www.michael-schlecht-mdb.de

CHILE

Forderungen des RED Ambiental Norte (RAN – Umweltnetzwerk Nord)

Nach dreißig Jahren neoliberaler Politik und einer auf massiver Gewinnung und Ausfuhr von Rohstoffen basierten Wirtschaft wird immer deutlicher, dass es so nicht weitergehen kann, insbesondere wenn wir das Land nicht in eine kontaminierte Wüste verwandeln wollen. Die Dürre, von der das ganze Land betroffen ist und die die Verteilung von Wasser mittels Tankwagen sogar in südlichen Regionen erforderlich macht, lässt sich nur zum Teil mit den allgemeinen Klimaverhältnissen erklären. Denn während die Stauseen austrocknen und es vielen ländlichen Gemeinden an Wasser mangelt, erwerben transnationale Konzerne Rechte an diesem lebenswichtigen Gut und erweitern die großen land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen ihre Produktion für den Auslandsmarkt. Darüber hinaus werden zahlreiche neue Bergbauprojekte geplant, deren Ausführung nicht nur erhebliche Vorräte an Wasser beansprucht und verunreinigt, sondern auch eine gesteigerte Stromerzeugung bewirkt, die ebenfalls mit Großprojekten verbunden ist, die Kontaminationen verursachen und zerstören.

Vor mehr als vier Jahren haben sich betroffene Gemeinden im Norden des Landes zu einem Netzwerk zusammengeschlossen, um den ihnen erwachsenen Problemen – die alle dieselbe Ursache haben – gemeinsam zu begegnen und sich aus ihrer misslichen Lage, die ihnen durch das geheime Einverständnis der Presse und der jeweiligen Regierungen mit den Förderunternehmen aufgezwungen wird, zu befreien. Unser Warnruf vereint sich mit dem von vielen Gemeinden im Zentrum und im Süden des Landes und rüttelt immer mehr Menschen auf. So konnte im April 2013 ein großer Protestmarsch stattfinden, der Umweltorganisationen aus allen Teilen des Landes unter den folgenden mit dem Thema Wasser verbundenen Forderungen vereinte.

1. Schluss mit Profit: Wasser ist ein Gemeingut, und als Mitglied der Vereinten Nationen muss Chile anerkennen, dass der Zugang zu Wasser ein grundlegendes Menschenrecht darstellt, das als solches in unserer Verfassung verankert werden muss, damit Wasser nicht länger eine den Regeln des Marktes unterworfenen Ware ist.

2. Gemeineigentum: Wasser bedeutet Leben und gehört allen Lebewesen, die darauf angewiesen sind. Deshalb ist der Staat nicht befugt, es zu privatisieren. Vielmehr besteht seine Aufgabe darin, je nach Region eine demokratisch kontrollierte, rationelle, angemessene und

funktionierende Wasserversorgung sicherzustellen. Dazu ist es unerlässlich, beim Verbrauch Prioritäten zu setzen, so dass die Verwendung von Wasser als Getränk, für gesundheitliche und hygienische Zwecke, für die Nahrungsmittelproduktion und für den Erhalt der Ökosysteme Vorrang vor anderen Verwendungsweisen hat. Gleichzeitig muss die öffentliche Kontrolle der Versorgung der Bevölkerung mit gesundem Trinkwasser wiedererlangt werden.

3. Gemeinsame Bewirtschaftung: Alle Bevölkerungen haben das Recht, darüber zu bestimmen, wie sie leben wollen. Die gemeinsame Entscheidung über die Verwendung und den Erhalt unserer Wasservorräte ist eine grundlegende Voraussetzung dafür, lokale Projekte zu ermöglichen und uns das für ihre Durchführung notwendige Wissen anzueignen. Deshalb muss die uns aufgezwungene auf zentralistischen Strukturen beruhende Entwicklung in den Bereichen Bergbau, Forstwirtschaft, Energie und Landwirtschaft umgehend angehalten werden, damit wir die Vor- und Nachteile, die sie den Regionen, den Ländern und dem Planeten gebracht hat, mit der gebotenen Gründlichkeit gemeinsam bewerten können.

4. Abschaffung der Privatisierungsinstrumente: Wasser und Land sind untrennbar. Diese Einsicht ist Bestandteil aller bäuerlichen und indigenen Weltanschauungen. Deshalb müssen alle Regelungen, die dieses Grundprinzip verletzen, wie der Código de Aguas (Wasserrecht) und der Tratado Binacional Minero (binationales Bergbauabkommen), abgeschafft werden, damit der Zugang zu Wasser nicht länger den Konzernen vorbehalten bleibt – zum Nachteil für die Lebensbedingungen in den Gemeinden und die Ökosysteme.

5. Gesetze zugunsten des Lebens: Wir brauchen dringend ein Gesetz zum Schutz der empfindlichen Umwelt, insbesondere der glazialen und periglazialen Ökosysteme, um die Quellen unserer Wasservorkommen bewahren sowie den Bestand und die Erhaltung der Wasserläufe sicherstellen zu können.

6. Institutionelle Umgestaltung: Es ist unerlässlich, dass die staatlichen Institutionen, insbesondere die Dirección General de Aguas (oberste Wasserbehörde), ihr kriminelles Verhalten abstellen und das Wasserrecht so gestalten, dass die

Wasservorräte sich erneuern können, sowie praktische Fragen nach politisch-ökonomischen Kriterien lösen. Die Institutionen, die die Gewässer verwalten, dürfen nicht unter dem Deckmantel der Demokratie Raubbau ermöglichen, sie müssen umgehend entbürokratisiert werden, den Gemeinden dienen und mit Fähigkeiten und Befugnissen ausgestattet werden, die geeignet sind, einen schonenden Umgang mit Wasser zu gewährleisten.

Außer zur Wasserfrage hat das Red Ambiental Norte weitere Forderungen erarbeitet.

7. Regelungen für den Bergbau, die einerseits dem mit chemischen Substanzen operierenden Megabergbau und den transnationalen Unternehmen Einhalt gebieten und nur solche einheimischen Unternehmen zulassen, die für den Erhalt des ökologischen Gleichgewichts der Gewässer geeignete Verfahren anwenden, und die andererseits den Einsatz von Giftstoffen untersagen und ebenfalls den Tagebau in der Umgebung von Wasserquellen wegen der damit verbundenen dauerhaften Risiken für das Leben in den Tälern untersagen. Notwendig ist außerdem eine wirksame staatliche Kontrolle des Umgangs mit alten und neuen Giftstoffen zur Vermeidung von Gefahren für die Bevölkerung und die Ökosysteme.

8. Aufbau eines landesweiten Energieversorgungssystems, das auf sauberen Energieträgern und fortschrittlichen Technologien beruht, die Beteiligung der Bevölkerung vorsieht und ohne Thermoelektrika auskommt.

9. Nahrungsmittelsouveränität: Wir fordern ein Moratorium beim Anbau transgener Pflanzen und eine Kennzeichnungspflicht für Nahrungsmittel, die Transgene enthalten. Wir lehnen das Ley de Obtendores Vegetales (Pflanzenzüchtergesetz) ab, das einen weiteren Schritt zur Privatisierung von Saatgut darstellt, weil es die Anwendung des UPOV-Übereinkommens 91 (UPOV = Unión Internacional para la Protección de las Obtenciones Vegetales – Internationaler Verband zum Schutz von Pflanzenzüchtungen) ermöglichen wird, das unser Erbgut und die Biodiversität berührt. Wir lehnen Biokraftstoffe, Großprojekte bei der Nahrungsmittelproduktion und das neue Fischereigesetz ab und fordern den Schutz der im Einklang mit der indigenen und kreolischen Lebensweise stehenden Kultur der bäuerlichen und Fischerei betreibenden Bevölkerung und den Schutz der Kleinbetriebe, die in der Lage sind, die

Bevölkerung mit gesunden Nahrungsmitteln zu versorgen. Wir verlangen die Förderung der auf natürlicher Befruchtung und Schädlingsbekämpfung beruhenden organischen Landwirtschaft und die Reduzierung des Einsatzes von Agrochemikalien auf ein Minimum. Außerdem lehnen wir ein Gesetz zur Förderung der Forstwirtschaft ab, das die massive Anpflanzung von Bäumen begünstigt, die die Ökosysteme schädigen und den Grundwasserspiegel absinken lassen. Wir lehnen auch kategorisch jedes internationale Abkommen ab, das uns daran hindert, Entscheidungen zum Nutzen unserer Bevölkerung zu treffen.

10. Gesundheitspolitik zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger: Die erste Sorge des Staates muss dem Wohlbefinden seiner Bürgerinnen und Bürger gelten und nicht der Vermehrung der Gewinne transnationaler Unternehmen. Deshalb lehnen wir kategorisch den Präsidialerlass Nummer 20 vom 16. Dezember 2013 ab, der eine Verdreifachung der Feinstaubemissionen erlaubt und damit die Interessen der Industrie über das Recht der Bevölkerung auf Gesundheit stellt. Außerdem verlangen wir die Aufhebung der Bestimmungen über die Aufstellung von Sendeanlagen, weil sie die Rechte der Menschen auf Gesundheit und Freiheit missachten. Wir fordern eine öffentliche Überprüfung der von den Anlagen für mobile Telefonie und Kommunikation ausgehenden Emissionen, die Reduzierung der Emissionsrichtwerte im Bereich elektromagnetischer Wellen auf 0,1

Mikrowatt pro Quadratmeter und die Ersetzung der Masten beziehungsweise Trägervorrichtungen für Mobilfunkantennen durch Mikrozellen. Weiterhin muss eine ständige Überprüfung der Qualität des Trinkwassers und der Luft erfolgen, damit eventuelle Kontaminationen durch Industriebetriebe entdeckt und behoben werden können, und die Entsorgung von Giftstoffen oder Abwasser in Gewässern und im Meer verboten werden. Notwendig sind außerdem Maßnahmen zur Reduzierung, zum Recycling und zur angemessenen Behandlung aller Arten von Müll. Es ist unerträglich, dass Unternehmen aus ihrer Tätigkeit Gewinne erzielen, während der Bevölkerung die Kosten für Gesundheit, Landschaftspflege, Tourismus und Umwelt aufgebürdet werden.

Die neuen Umweltschutzbestimmungen dienen unserer Ansicht nach mehr den Interessen der Unternehmen als denen der Bevölkerung. Sie enthalten Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, von denen der Großteil der Bevölkerung mangels ausreichender Informationen und Ressourcen kaum Gebrauch machen kann, vor allem auch weil die Unternehmen immer ausgefeiltere Methoden anwenden, um die Bevölkerung, die Behörden und die Presse mit Versprechungen aller Art zu vereinnahmen. So wird die „gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen“ zu einem trojanischen Pferd, mit dem in den Gemeinden Vorhaben initiiert werden

können, wobei häufig die prekäre Situation dort ausgenutzt und das nachbarschaftliche Zusammenleben beeinträchtigt wird. Die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger sind nicht bindend. Im besten Falle werden sie dafür genutzt, ein Projekt nachzubessern und zu legitimieren. Allerdings kann nicht verhindert werden, dass ein Betrieb errichtet wird, der das Leben in einer Gemeinde und ein Ökosystem gravierend verändert. Neuerdings kann man sich im Schadensfall an ein Umwelttribunal wenden, doch die dort verhängten Strafen bringen die verlorengegangenen Lebensgrundlagen nicht zurück. Außerdem berücksichtigen die Bestimmungen nicht die möglichen Auswirkungen der auf unterschiedliche Schadstoffe zurückzuführenden Kontaminationen auf die Ökosysteme.

Daher brauchen wir weniger ein Umweltgesetz, das die Ausplünderung schönfärbt, sondern vielmehr eine neue Verfassung, die auf dem Konzept des Gemeinwohls beruht, nach dem die Schätze der Natur mit Sorgfalt behandelt und geteilt werden, die ohne Verfolgung und Kriminalisierung eine echte Bürgerbeteiligung in den einzelnen Regionen einschließt und die das Recht der Menschen auf Gesundheit und auf ein Leben in einer von Kontaminationen freien Umwelt garantiert.

Übersetzung: Werner Horch

Hinweise der SiG-Redaktion
<http://amerika21.de/2013/10/92506/mapuche-wehren-sich>

Darion Azzelini Konterrevolution in Lateinamerika

April 2014

In Venezuela sind seit Anfang Februar mindestens 37 Menschen im direkten Zusammenhang mit den oppositionellen Mobilisierungen getötet worden. Entgegen dem auch hier von den Medien verbreiteten Bild waren in nur vier Fällen mutmaßlich Sicherheitskräfte für die Tode verantwortlich. 17 Angehörige verschiedener Sicherheitskräfte befinden sich dafür in Haft. In 13 Fällen sind mutmaßlich Regierungsgegner direkte Täter in weiteren sieben Fällen starben Menschen durch Unfälle im Zusammenhang mit den Straßenblockaden, darunter mindestens zwei Personen, die von über die Straße gespannten Stacheldraht geköpft wurden. In fünf Fällen sind mutmaßlich Regierungs-

anhänger für den Tod verantwortlich. In drei Fällen gibt es bislang keine Anhaltspunkte. In 2 Fällen waren es wohl politisch Unbeteiligte. In drei Fällen handelte es sich um selbstverschuldete Unfälle: Ein Oppositionsanhänger fiel vom Dach eines Hauses, einer starb bei der Explosion eines selbstgebastelten Sprengsatzes und ein weiterer starb an einem Stromschlag bei der Beschaffung von Barrikadenmaterial.

Am 1. April setzte eine Gruppe Oppositioneller das Wohnungsbauministerium in Caracas mit Molotov-Cocktails in Brand. Dies geschah während sich 1200 Personen in dem Gebäude befanden, darunter 89 Kleinkinder im Kindergarten, die von der Feuerwehr im Noteinsatz

evakuiert werden mussten:

http://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=TbGTS7wk4r0

In deutschen und internationalen Medien ist immer noch von "Protesten" in Venezuela und "Toten bei Protesten" zu lesen – doch mit dem, was gemeinhin als "Protest" verstanden wird, haben die Aktionen kleiner, bewaffneter, agiler Gruppen seit spätestens Anfang März nichts mehr gemein. Nachdem die gewalttätige Mobilisierung der Opposition, die Anfang Februar begann und von einer beispiellosen internationalen Medienkampagne begleitet wurde, ihr Ziel des Sturzes der Regierung in Venezuela nicht erreichen konnte, sind die Aktionen zunehmend in Terrorismus übergegangen....

Siehe auch: <https://amerika21.de/analyse/98825/krieg-gegen-das-soziale>

Maurice Lemoine, En Amérique latine, l'ère des coups d'Etat en douce, in Le Monde Diplomatique, August 2014 (nicht übersetzt)
<http://www.monde-diplomatique.fr/2014/08/LEMOINE/50711>

Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente dürfen den „Partnerschafts“-Vertrag zwischen Europa und Westafrika nicht ratifizieren

Am 10. Juli 2014 haben die 16 westafrikanischen Staatschefs in Accra, der Hauptstadt von Ghana, den Plan für ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Union (EU), den 15 Staaten der CEDEAO (Communauté économique des Etats d'Afrique de l'Ouest, Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft) und Mauretanien unterschrieben. Es handelt sich dabei vielmehr um ein „Freihandels“-Abkommen, mit dem Ziel, 75% der Zollrechte auf die aus der EU kommenden Importe abzuschaffen und ihre Handelspolitik auf einer Art und Weise einzuschränken (1), die über die Forderungen der WTO hinausgeht. Falls dieses Abkommen durch die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament ratifiziert werden sollte, wäre dies eine Katastrophe für die afrikanische und auch die europäische Bevölkerung. Es ist entstanden durch den Druck der multinationalen europäischen Konzerne, in deren besonderem Dienst die Europäische Kommission steht. Es ist ihnen gelungen, auch die afrikanischen Staatschefs davon zu überzeugen, die sich jetzt unempfindlich gegenüber den wiederholten Warnungen ihrer seit 14 Jahren mobilisierten Zivilgesellschaften zeigen.

Die europäische Bevölkerung profitiert nicht von einem solchen Abkommen, im Gegenteil. Es wird diejenige Landwirtschaft unterstützen, die am stärksten gewinnorientiert, umweltverschmutzend ist und Arbeitsplätze vernichtet, sowie einige nicht weniger gewinnorientierte Industriebereiche, Exporteure von Gütern mittelmäßiger Qualität. Dies alles zu Lasten nachhaltiger Landwirtschaftspolitik, der Ernährungssouveränität und des ökologischen Industriewandels. Es werden Rohstoffimporte in die EU gefördert, anstatt zu Strategien der Reduzierung des Materialumsatzes bei der europäischen Produktion zu ermuntern.

Die westafrikanische Bevölkerung und darüber hinaus auch jene der anderen afrikanischen Länder südlich der Sahara, sowie die von ähnlichen Abkommen bedrohten 14 Pazifischen Inseln, haben alles zu verlieren. Die 12 der 16 westafrikanischen Staaten mit PMA-Status (pays les moins avancés, am wenigsten entwickelte Länder) werden die 8 Milliarden Euro für die Produkte, die sie aus der EU

importieren (« non sensitive » products), nicht mehr besteuern können, was einen beträchtlichen Verlust an den schon knappen Staatseinnahmen bedeutet. Das, was die EU ihnen als Gegenleistung auszuzahlen verspricht, ist nur heiße Luft: Es gibt nicht mehr als den gewohnten Betrag des Europäischen Entwicklungsfonds – 4 Euro pro Einwohner und Jahr! –, der eine Finanzierung der Mitgliedstaaten außerhalb des Gemeinschaftshaushalts ist, sowie eine marginale „Wiederverwertung“ anderer bereits vorgesehener Gemeinschaftsfonds. Das ist die Taube auf dem Dach statt der Spatz in der Hand.

Vor allem aber werden in diesen betroffenen Ländern die bäuerliche und die kleinbäuerliche Landwirtschaft, die Ernährungssicherheit und alle aktuellen Pläne zur lokalen Verarbeitung und zur Entwicklung der regionalen Industrie durch eine illoyale, stellerzerstörende europäische Konkurrenz und eine verstärkte Abhängigkeit von den Weltmarktpreisen empfindlich getroffen. Das bedeutet eine geplante Plünderung der natürlichen Ressourcen des Lands und der Bodenschätze. Die eigenständige regionale Entwicklung und die regionalen Integrationsprojekte würden zugunsten einer auf exportorientierten und CO₂-intensiven Wirtschaft geopfert werden und die Bevölkerung hätte keine andere Wahl, als subventionierte und qualitativ fragwürdige Produkte zu importieren, die mit ihren eigenen Produktionen konkurrieren würden.

Eine der vorhersagbaren Konsequenzen wäre eine massive Migration der Bevölkerung, der die Zukunft in ihrem Land beraubt würde, vor dem Hintergrund eines Bevölkerungszuwachses von noch 302 Millionen Einwohnern im Jahre 2010 auf 510 Millionen im Jahre 2030 – genauso viele, wie in der heutigen EU leben und im Jahre 2030 leben werden! – und auf 807 Millionen im Jahre 2050, sowie im Kontext des Klimawandels, der diese Region besonders stark betrifft.

Wir, Bürger und Bürgerinnen, Organisationen der europäischen und afrikanischen Zivilgesellschaft, wir bitten die gewählten Vertreter in Europa und in Afrika, besonders diejenigen der nationalen Parlamente und des Europäischen

Parlaments:

- es ABZULEHNEN, diesen menschlich und wirtschaftlich skandalösen Vertrag zu ratifizieren;
- die Bevölkerung nicht auf dem Altar der Profitmaximierung einer Handvoll räuberischer, multinationaler Konzerne zu opfern;
- unabhängige Studien über die Auswirkungen eines solchen Vertrages zu fordern;
- sich für Kooperations- und Solidaritätsabkommen (Accords de Coopération et de Solidarité, ACS) einzusetzen, die nicht, wie die EPAs, auf einem „Freihandels“-Abkommen basieren, welches die Freiheit der Menschen und ihre Emanzipierung bedroht.

(1) "Les principales raisons de ne pas ratifier l'APE UE-Afrique de l'Ouest" : <http://www.solidarite.asso.fr/Articles-de-2014,684>

Unterschriften von Organisationen, Stand vom 5 August.

GARED (Groupe d'Action et de Recherche en Environnement et Développement du Togo), membre du POSCAO (Plateforme des organisations de la société civile de l'Afrique de l'Ouest sur l'Accord de Cotonou)
OSCAF (Dynamique des Organisations de la Société civile d'Afrique Francophone) du Togo
Action Stratégique pour un Développement Global (ASDeG), TOGO
Forum social sénégalais
Panafricaine pour l'Education au Développement durable
Organisation des Jeunes Panafricanistes
Centre national de coopération au développement (CNCD), Bruxelles
CADTM Afrique; CADTM France
CADTM Belgique; Solidarité, France
Association Adéquations, France
Fondation Frantz Fanon
R.D. du Congo : Groupe de réflexion et d'appui à la promotion rurale (G.R.A.P.R) et nouvelles alternatives pour le développement (N.A.D)
Elevages sans frontières
Mouvement Utopia
Chacun cherche son âne (association d'aide à l'autonomie des cultivateurs du Burkina Faso)
Filière paysanne; S.O.S. Faim Belgique
Initiative Phi
Craddes-Benin (Centre de Recherche et d'Action pour le Développement Durable et l'Épanouissement des Sociétés, ONG)
Sortir du colonialisme
Cercle des décideurs humanitaires, ONG (Bénin)
Relocalisons
Attac France; Attac Deutschland
Les Amis de la terre France

Wie eine breite Ablehnung dieses Abkommens aufgebaut werden könnte, wird Thema auf einem Seminar zu den Beziehungen Afrika- EU sein, das im Rahmen der Sommeruniversität in Paris stattfinden wird.

http://www.esu2014.org/spip.php?page=conferences_atelier&id_conferences_atelier=283

Führende afrikanische Minister und Experten unterstützen Nigeria in der Ablehnung des Europäischen Wirtschafts-Abkommen.

Der Artikel datiert vom 30. April 2014; 2 Monate später haben die bedrängten Staatschefs dieses kritisierte Abkommen doch unterschrieben.

Afrikanische Handelsminister und Experten für Handel und regionale Integration nehmen ähnliche Positionen ein wie Nigeria zum Handels-Liberalisierungs-Deal mit der EU im Rahmen des Wirtschafts-Partnerschafts-Abkommen (EPA, Economic Partnership Agreement). Sie prognostizieren langfristige negative Auswirkungen auf die Anstrengungen, den Kontinent zu industrialisieren und Arbeitsplätze zu schaffen.

Dies hörte man am 29. April aus den Reden der Minister bei der **außerordentlichen Sitzung der Wirtschafts-Minister-Konferenz der Afrikanischen Union** in Addis Abeba, Äthiopien.

Das Treffen wurde einberufen, um rechtzeitig vor dem 1. Oktober eine gemeinsame Stellungnahme zu erarbeiten. Das ist das Datum, an dem - unter anderem - folgende Abkommen unterzeichnet werden sollten:

- Das EPA mit der EU,
- Die Errichtung der Gemeinsamen Freihandelszone (CFTA, Common Free Trade Area) bis 2015,
- Die Erweiterung des Afrikanischen Wachstums- und Zukunfts- Abkommens (AGOA, African Growth and Opportunity Act) mit der Regierung der USA für weitere 15 Jahre und
- Die strategische Antwort Afrikas bei den Verhandlungen mit der Welthandels-Organisation (WTO, World Trade Organisation).

Der **nigerianische Minister für Industrie, Handel und Investitionen, Olusegun Aganga** betonte erneut seine Position zum EPA: „Die Position Nigerias zum EPA ist sonnenklar. Afrika ist im Aufwind. Sein Markt ist sehr groß und von strategischer Bedeutung für jeden Handelspartner. Das ist es, was sich die EU von uns wünscht, aber Afrika muss alles was es hat, eifersüchtig behüten.“

„Wir sollten unsere reichen natürlichen Ressourcen und die Größe seines Marktes als Hebel nutzen, um unsere Industrien zu entwickeln, Arbeitsplätze für unsere Menschen zu schaffen, den innerafrikanischen Handel zu intensivieren und regionale Integration zu erreichen. Wir dürfen nicht voreilig verschenken, was wir

haben. Wir dürfen nicht ein Abkommen unterzeichnen, bevor wir zuerst eine tragfähige ökonomische Analyse vornehmen, welche Auswirkungen dieses auf die ganze Region, unsere Kinder und Kindeskiner haben wird.“



Der **Sambische Minister für Wirtschaft, Gewerbe und Industrie, Robert Sichinga** bestätigte seine Übereinstimmung mit der Position Nigerias. Statt, mit der Unterzeichnung des EPA, die Industrialisierung und den Arbeitsmarkt zu gefährden, sollten die Länder Afrikas die regionale Integration und den innerafrikanischen Handel fördern, durch Verarbeitung ihrer reichen Rohstoffvorkommen deren Wert zu steigern. „Sie sollten das besonders in jenen Bereichen tun, in denen sie im Wettbewerbs-Vergleich im Vorteil sind.“

Er sagte: „Gerade so wie Nigeria betont hat. Bevor wir das EPA unterzeichnen, sollten wir die Auswirkungen auf unsere Kinder und die Zukunft des Kontinents bedenken, besonders was die Industrialisierung, den Arbeitsmarkt und die regionale Integration betrifft. Ich möchte feststellen, solange wir unsere Unterschriften nicht unter das Abkommen gesetzt haben, gibt es kein Abkommen. Ich glaube auch, dass es besser ist ein Abkommen gar nicht zu unterzeichnen, bevor man ein schlechtes Abkommen unterzeichnet.“

Der Kommissar für Handel und Industrie der Afrikanischen Union, Fatima Haram, stimmte damit überein, dass die Unterzeichnung des EPA negative Auswirkungen auf die Industrialisierung, den Arbeitsmarkt und die regionale Integration Afrikas haben würde.

Haram sagte: „Genauso wie der nigeria-

nische Minister für Industrie, Handel und Investitionen, Herr Olusegun Aganga betonte, ist die Industrialisierung eine sehr kritische Voraussetzung für das wirtschaftliche und politische Überleben der Länder Afrikas. Wenn wir das EPA so unterzeichnen, wie es heute vorliegt, wird es Schwierigkeiten geben bei unserer Integration, wegen der unterschiedlichen Zollgebiete. Seien wir realistisch und schauen wir uns unsere Statistiken an. Die Bevölkerung Afrikas wächst rasant. Statistiken zeigen, dass mehr als 50% unserer Bevölkerung zwischen 18 und 30 Jahre alt ist. Wenn wir das EPA unterzeichnen, wie sollen wir dann die Arbeitsplätze schaffen, die wir für unsere wachsende Bevölkerung benötigen; wie sollen wir die illegale Migration unserer Jugend in die entwickelten Länder stoppen?“

Ähnlich äußerte sich der Minister für Handel und Entwicklung des privaten Sektors aus der Republik Niger, Alma Oumarou. Er sagte, die Länder Afrikas müssen die Auswirkungen des EPA realistisch bewerten, bevor sie unterzeichnen.

„Wir unterstützen die Position Nigerias zum EPA und wir sollten uns ein Beispiel daran nehmen, was dort getan wurde. Man erstellte eine Studie, um die Auswirkungen zu bewerten, welche die Unterzeichnung des EPA mit sich bringen kann“, sagte er. Aganga aber betonte, dass es auch sehr wichtig sei, dass man nichts unternimmt, was die regionale Integration Afrikas untergraben könnte. „Während es wichtig ist den 1. Oktober, den spätesten Termin für die Unterzeichnung des EPA zu beachten, sollten wir auch die Auswirkungen genau untersuchen, die ein Ende des Marktzugangs in die EU nach diesem Termin haben wird. Wenn nötig, sollte Afrika Wege suchen, wie Mitgliedsstaaten, die durch den fehlenden Marktzugang Verluste erleiden, entschädigt werden können. Wir dürfen nicht übereilt ein EPA unterzeichnen, das nicht im allgemeinen besten Interesse des Kontinents ist,“ sagte er.

Zum Weiterlesen:

<http://www.bilaterals.org/?african-leaders-join-nigeria-to>

Siehe auch: New pact aims to expand trade between US, West Africa <http://www.bilaterals.org/?west-africa-new-pact-aims-to> The Economic Community of West African States (ECOWAS) and the United States have signed a trade and investment framework agreement (TIFA) ; The new TIFA will play an important role in advancing President Obama's U.S. Strategy toward Sub-Saharan Africa, which calls for more enhanced and focused engagement on trade and investment between the United States and sub-Saharan Africa, according to a USTR press release.

Fidel Castro

Das Treffen der BRICS-Gruppe in Fortaleza markiert eine Zäsur der globalen Entwicklung

In unserer Epoche werden die Probleme immer komplizierter und die Nachrichten verbreiten sich, wie viele wissen, mit Lichtgeschwindigkeit. Auf unserer Welt passiert heute nichts, was uns, die wir fühlen können und noch in der Lage sind, neue Realitäten zu verstehen, nicht etwas Neues lehren würde.

Der Mensch ist eine merkwürdige Mischung aus blinden Instinkten einerseits und Bewusstsein andererseits.

Wir sind politische Tiere. Das sagte nicht ohne Grund Aristoteles, der wie vielleicht kein anderer Philosoph des Altertums das Denken der Menschheit durch den Aussagen zufolge fast 200 Schriften beeinflusst hat, von denen nur 31 bewahrt wurden. Sein Lehrer war Platon, der der Nachwelt seine berühmte Utopie über den idealen Staat hinterlassen hat, die ihm in Syrakus, wo er versuchte, sie umzusetzen, fast das Leben kostete. Seine politische Theorie blieb ein Appellativ, um Ideen als gut oder schlecht zu beurteilen. Die Reaktionäre nutzten sie, um sowohl Marx als auch Lenin als Theoretiker zu bezeichnen, ohne dabei zu berücksichtigen, dass ihre Utopien Russland und China inspiriert haben – die zwei Länder, die dazu aufgerufen sind, an der Spitze einer neuen Welt zu stehen, die das Überleben der menschlichen Gattung erlauben könnte, wenn der Imperialismus zuvor nicht einen verbrecherischen und verheerenden Krieg entfesselt.

Die Sowjetunion, das sozialistische Lager, die Volksrepublik China und Nordkorea haben uns mit notwendigen Lieferungen und mit Waffen geholfen, der erbarmungslosen **Wirtschaftsblockade der Vereinigten Staaten**, dem mächtigsten Imperium, das jemals existiert hat, Widerstand zu leisten. Trotz ihrer riesigen Macht konnten sie das kleine Land nicht niederwalzen, das wenige Meilen vor ihren Küsten mehr als ein halbes Jahrhundert lang Widerstand gegen die Drohungen, Piratenüberfälle, Entführungen von Fischerbooten und die Versenkung von Handelsschiffen, gegen die Zerstörung eines Flugzeugs der Cubana de Aviación über Barbados, die Brandschatzung von Schulen und andere Übeltaten geleistet hat. Als sie versuchten, unser Land mit Söldnertruppen, die als Vorhut und erste Stufe mit US-Kriegsschiffen transportiert wurden zu überfallen, wurden sie in weniger als 72 Stunden besiegt. Später begingen die von ihnen organisierten und ausgerüsteten konterrevolutionären Banden

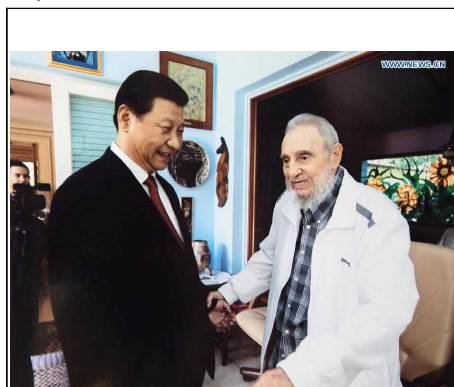
Handlungen des Vandalismus, die Tausenden Landsleuten das Leben oder die physische Unversehrtheit kosteten.

Im Bundesstaat Florida befand sich die größte Basis für Aktivitäten gegen ein anderes Land, die es zu diesem Zeitpunkt gab. Im Verlauf der Zeit weitete sich die Wirtschaftsblockade auf die Länder der NATO und viele ihrer Verbündeten in Lateinamerika aus, die in den ersten Jahren Komplizen der verbrecherischen Politik des Imperiums waren, das die Träume von Bolívar, Martí und Hunderten großer Patrioten von unbeirrbar revolutionärer Haltung in Lateinamerika in Fetzen rissen.

Unserem kleinen Land wurde nicht nur das Recht verweigert, eine unabhängige Nation zu sein, wie alle anderen der zahlreichen Staaten Lateinamerikas und der Karibik, die von ihnen ausgebeutet und ausgeplündert wurden. Unser Recht auf die Unabhängigkeit wäre uns vollkommen geraubt worden, wenn die Manifest Destiny (»offensichtliche Bestimmung«, US-Doktrin des 19. Jahrhunderts; Anm. d. Übers.) ihre Aufgabe erfüllt hätte, unsere Insel dem Territorium der Vereinigten Staaten von Nordamerika einzuverleiben.

Bei dem vor kurzem beendeten Treffen von Fortaleza wurde eine wichtige Erklärung der Länder verabschiedet, die der BRICS-Gruppe angehören.

Als einen fundamentalen Faktor für die Stärkung der Perspektiven einer effektiven und nachhaltigen Erholung der gesamten Welt schlagen die **BRICS** eine größere makroökonomische Koordination zwischen den wichtigsten Ökonomien, speziell der G-20, vor.



Fidel Castro und der chinesische Präsident Xi Jinping

Sie kündigten die Unterzeichnung eines Abkommens zur **Konstituierung der Neuen Entwicklungsbank** an, um Ressourcen für Infrastruktur- und

nachhaltige Entwicklungsprojekte der BRICS-Länder und anderer aufstrebender und sich entwickelnder Ökonomien vor.

Die Bank wird über ein autorisiertes Anfangskapital von 100 Milliarden US-Dollar verfügen. Das unterschriebene Anfangskapital wird bei 50 Milliarden Dollar liegen, die gleichmäßig unter den Gründungsmitgliedern aufgeteilt werden. Der erste Präsident der Gouverneursrat wird Russland sein. Der erste Präsident des Verwaltungsrates wird Brasilien sein. Der erste Bankpräsident wird aus Indien sein. Der Sitz der Bank wird Shanghai sein.

Sie kündigten auch die Unterzeichnung eines Vertrags zur **Etablierung eines Gemeinsamen Devisenreservfonds für Notsituationen** an, dessen Umfang zu Beginn bei 100 Milliarden Dollar liegt.

Das bekräftigt die Unterstützung **für ein multilaterales System** für offenen, transparenten, inklusiven und nicht diskriminierenden Handel sowie für den erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde der Welthandelsorganisation (WTO).

Sie erkennen die wichtige Rolle an, die **die staatlichen Unternehmen** in der Wirtschaft spielen, ebenso wie **die kleinen und mittleren Unternehmen** als Schöpfer von Beschäftigung und Reichtum.

Sie bekräftigen die **Notwendigkeit einer umfassenden Reform der Vereinten Nationen** einschließlich ihres Sicherheitsrates, um sie repräsentativer, effektiver und effizienter zu machen, so dass sie angemessen auf die globalen Herausforderungen reagieren können.

Sie wiederholen ihre **Verurteilung des Terrorismus** in allen seinen Formen und Ausdrucksweisen, wo auch immer er sich ereignet, und sie drückten ihre Besorgnis für die ständigen Bedrohungen durch den Terrorismus und Extremismus in Syrien aus, während sie zugleich alle syrischen Parteien aufriefen, sich dazu zu verpflichten, die terroristischen Taten der Al-Qaeda, ihrer Verbündeten und anderer terroristischer Organisationen zu beenden. Sie **verurteilten** energisch und unter allen Umständen den **Einsatz chemischer Waffen** und begrüßten die Entscheidung der Syrischen Arabischen Republik, der Konvention gegen chemische Waffen beizutreten.

Sie bekräftigten die Verpflichtung, auf der Grundlage des universal anerkannten internationalen Rechtsrahmens zu **einer gerechten und dauerhaften globalen Lösung des arabisch-israelischen**

Konflikts beizutragen, wozu die entsprechenden Resolutionen der Vereinten Nationen, die Prinzipien von Madrid und die Arabische Friedensinitiative gehören. Und sie drückten ihre **Unterstützung für die Errichtung einer Konferenz über die Errichtung einer von Atom- und anderen Massenvernichtungswaffen freien Zone Mittlerer Osten** zum frühestmöglichen Zeitpunkt aus.

Sie bekräftigten den Willen, dass die Erkundung und Nutzung des **Weltraums** ausschließlich zu friedlichen Zwecken erfolgen darf.

Sie wiederholten, dass es keine Alternative zu einer Verhandlungslösung der **iranischen Atomfrage** gibt und bekräftigten ihre Unterstützung zu ihrer Lösung auf politischen und diplomatischen Wegen.

Sie äußerten ihre Besorgnis über die Lage im **Irak** und unterstützten die irakischen Regierung in ihren Anstrengungen zur Überwindung der Krise sowie zur Verteidigung der nationalen Souveränität und der territorialen Integrität.

Sie drückten Sorge über die Situation in der **Ukraine** aus und richteten einen Aufruf zu einem breiten Dialog, zur Einschränkung des Konflikts und zur Mäßigung aller darin verwickelten Akteure, um eine friedliche politische Lösung zu erreichen.

Sie bekräftigten die feste Verurteilung des **Terrorismus** in allen seinen Formen und Ausdrucksweisen. Sie wiesen darauf hin, dass die Vereinten Nationen eine zentrale Rolle bei der Koordination des internationalen Handelns gegen den Terrorismus spielen, der sich entsprechend des Völkerrechts einschließlich der Charta der Vereinten Nationen und unter Respektierung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten geführt werden muss.

Sie erkannten an, dass der **Klimawandel** eine der größten Herausforderungen ist, denen sich die Menschheit gegenüber sieht, und richteten einen Aufruf an alle Länder, damit auf der Grundlage der bei der **Rahmenkonvention der Vereinten Nationen über den Klimawandel (CMNUCC)** getroffenen Beschlüsse 2015 ein erfolgreicher Abschluss der laufenden Verhandlungen über ein Protokoll oder ein anderes rechtliches Instrument oder ein vereinbartes rechtskräftiges Ergebnis im Rahmen der Konvention erreicht wird, das den Prinzipien und Festlegungen der CMNUCC entspricht, besonders dem Prinzip der gemeinsamen Verantwortung, die aber differenziert und den jeweiligen Kapazitäten entsprechen muss.

Sie drückten die strategische Bedeutung der **Bildung** für die nachhaltige Entwicklung und das inklusive Wirtschaftswachstum aus

und hoben die Verbindungen zwischen der Kultur und der nachhaltigen Entwicklung hervor.

Das nächste BRICS-Gipfeltreffen findet im Juli 2015 in Russland statt.

Es könnte scheinen, als handle es sich um ein Abkommen mehr unter den vielen, die ständig in den Agenturdepeschen der wichtigsten westlichen Presseagenturen auftauchen. Aber **die Bedeutung ist klar und umfassend**: Lateinamerika ist die geographische Region der Welt, der die Vereinigten Staaten das ungerechteste System des Planeten zur Nutzung der inneren Reichtümer, der Lieferung billiger Rohstoffe, als Käufer ihrer Waren und als privilegierter Anleger ihres Goldes und ihrer Fonds aufgezwungen haben, die aus ihren jeweiligen Ländern fliehen und von den nordamerikanischen Unternehmen im Land oder an irgendeinen Ort der Welt investiert werden.

Niemand hat jemals eine Antwort gefunden, die in der Lage gewesen wäre, die Bedürfnisse des realen Marktes, den wir heute kennen, zu befriedigen. Aber man kann auch nicht daran zweifeln, dass die Menschheit zu einer Etappe voranschreitet, die gerechter sein wird als die, die die menschliche Gesellschaft bislang erlebt hat.

Die im Verlauf der Geschichte begangenen Vergehen ekeln an. Was heute Wert hat ist, was aus unserem globalisierten Planeten in einer nahen Zukunft werden wird. **Wir können die Menschen der Unwissenheit, dem Mangel an den grundlegenden Ressourcen zur Ernährung, Gesundheit, Bildung, Wohnraum, anständiger Arbeit, Sicherheit und gerechter Entlohnung entkommen.** Das ist am wichtigsten, ob es in diesem kleinen Winkel des Universums nun möglich ist oder nicht. Wenn das Nachdenken darüber irgend etwas bringt, wird dies dazu dienen, tatsächlich das Überleben des Menschen zu garantieren.

Ich meinerseits habe nicht den geringsten Zweifel daran, dass, wenn Präsident Xi Jinping ebenso wie der Präsident der Russischen Föderation, Wladimir Putin, die Aktivitäten ihrer Rundreisen durch diese Hemisphäre vollendet haben werden, beide Länder einen der bedeutendsten Prozesse der menschlichen Geschichte vollenden.

In der am 15. Juli 2014 in Fortaleza verabschiedeten Erklärung der BRICS wird sich für eine stärkere Beteiligung anderer Länder ausgesprochen, speziell von denen, die um ihre Entwicklung kämpfen, um so die Kooperation und Solidarität mit den Völkern besonders Südamerikas zu fördern. In einem bedeutenden Absatz signalisieren die BRICS, dass sie die besondere Bedeutung der Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) bei der Förderung

von Frieden und Demokratie in der Region und beim Erreichen des Ziels nachhaltiger Entwicklung und der Beseitigung der Armut anerkennen.

Ich bin bereits ziemlich ausführlich geworden, obwohl der Umfang und die Bedeutung des Themas eine Analyse wichtiger Fragen verlangte, die eine Antwort brauchten.

Ich dachte, dass es in den kommenden Tagen etwas mehr ernsthafte Analyse über die **Bedeutung des Gipfeltreffens der BRICS** geben müsste. Es würde reichen, die Zahl der Einwohner Brasiliens, Russlands, Indiens, Chinas und Südafrika zusammenzuzählen, um zu verstehen, dass sie in diesem Moment die Hälfte der Weltbevölkerung repräsentieren. In wenigen Jahrzehnten wird das Bruttoinlandsprodukt Chinas das der Vereinigten Staaten übertreffen. Viele Staaten ordern bereits Yuans und nicht mehr Dollars, darunter nicht nur Brasilien, sondern mehrere weitere wichtige Länder Lateinamerikas, deren Produkte wie Soja und Mais in Konkurrenz zu denen aus Nordamerika stehen. Der Beitrag, den Rußland und China in der Wissenschaft, Technik und der wirtschaftlichen Entwicklung Südamerikas und der Karibik leisten können, ist entscheidend.

Die großen Ereignisse der Geschichte vollziehen sich nicht an einem einzigen Tag. Riesige Prüfungen und Herausforderung von zunehmender Komplexität zeigen sich am Horizont. Zwischen China und Venezuela wurden 38 Kooperationsabkommen unterzeichnet. Es ist an der Zeit, die Realitäten etwas mehr kennenzulernen.

21. Juli 2014

Quelle: [Granma](http://www.granma.de) / Übersetzung: RedGlobe
<http://www.venezuela-aktuell.de/lateinamerika/kuba/reflexionen-des-companero-fidel/9843-es-ist-an-der-zeit-mehr-ueber-die-realitaet-zu-erfahren>



Text der Erklärung:

http://www.epo.de/index.php?option=com_content&view=article&id=10167:dokumentation-die-brics-erklarung-von-fortaleza&catid=50&Itemid=99

Siehe auch **Conrad Schuhler**, „Veränderung der globalen Kräfteverhältnisse – ökonomisch, politisch, militärisch“ (faktenreich!) „*TTIP und TPP sind der Versuch, die immer noch dominante, wenn auch bröckelnde Stellung der alten Metropolen zu festigen und auszubauen*“ <http://www.isw-muenchen.de/download/kraefteverhaeltnisse-ref-cs-20140802.pdf>

BRICS-Staaten gründen Entwicklungsbank und Währungsfonds

(...) Am 15. Juli fand in Fortaleza im Nordosten des Landes das **sechste**

Gipfeltreffen der BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika statt.

Das Motto lautete: „Inklusives Wachstum: nachhaltige Lösungen.“ An dem Gipfeltreffen nahmen Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff, Russlands Präsident Wladimir Putin, Indiens Premierminister Narendra Modi, Chinas Staatspräsident Xi Jinping und Südafrikas Präsident Jacob Zuma teil. Sie diskutierten über Lösungen für Entwicklungsprobleme und präsentierten Erfolge ihrer Zusammenarbeit.

Das Gipfeltreffen von Fortaleza läutet die zweite Runde der jährlichen BRICS-Meetings ein, bei denen sich die Mitgliedsländer als Gastgeber abwechseln. Der erste BRICS-Gipfel fand 2009 im russischen Jekaterinburg noch ohne Südafrika statt und leitete den Beginn der Zusammenarbeit der Schwellenländer ein.

In den vergangenen fünf Jahren entwickelte sich BRICS zu einer beeindruckenden Partnerschaft, die in einem komplexen internationalen Umfeld zu vielen gemeinsamen Interessen gefunden hat. Zurzeit befasst sich der Staatenblock mit der Einführung von Kooperationsinitiativen in mehr als 30 Bereichen.

Zweifellos steht die **Gründung der Neuen Entwicklungsbank** (New Development Bank, NDB) und die **Einrichtung eines eigenen Währungsreservefonds** (Contingent Reserve Arrangement, CRA) ganz oben auf der diesjährigen Gipfel-Agenda. (...)

Der Hauptsitz der **Entwicklungsbank** sei in Shanghai geplant, hieß es in der Erklärung von Fortaleza. Die Bank soll den Aufbau der Infrastruktur und nachhaltige Entwicklungsprojekte in den BRICS-Staaten sowie anderen Schwellen- und Entwicklungsländern finanzieren. Dafür soll ein Stammkapital von 100 Milliarden Dollar und ein Grundkapital von 50 Milliarden Dollar bereitgestellt werden, das unter den Gründungsmitgliedern gleichberechtigt aufgeteilt wird. In Südafrika soll außerdem zeitgleich zum Hauptsitz ein regionaler Ableger entstehen.

Der **Währungsreservefonds** soll über ein Anfangskapital von 100 Milliarden Dollar verfügen. Sein Ziel ist es, Ländern mit kurzfristigen Kapitalengpässen zu helfen und die Zusammenarbeit der BRICS-Staaten zu fördern. Außerdem soll der Fonds bestehende internationale Finanzinstitutionen ergänzen und das globale finanzielle Sicherheitsnetz stärken. NDB und CRA stehen auch anderen Entwicklungsländern offen. Jedes BRICS-Mitglied stellt dem Fonds je nach finanzieller Ausgangslage eine bestimmte Geldsumme zur Verfügung. China stellt mit 41 Milliarden Dollar den größten Anteil und erhält einen Kredit von 20,5 Milliarden Dollar. Südafrika

zahlt 5 Milliarden Dollar ein und erhält dafür einen Kredit in doppelter Höhe.

Eine alternative Lösung?

Seit ihrer Bekanntmachung steht die BRICS-Bank im Zentrum der weltweiten Aufmerksamkeit. Westliche Medien fragen sich, ob sie eine Alternative zum aktuellen Bretton-Woods-System sein wird, einschließlich Internationalem Währungsfonds und Weltbank.

"Die neue Bank soll die Entwicklung in den BRICS-Staaten fördern, vor allem den Aufbau der Infrastruktur. Sie dient den Bedürfnissen der BRICS-Länder und ist als sinnvolle Ergänzung zu bestehenden internationalen Finanzinstitutionen gedacht, weniger als Konkurrenz", erklärte Huang Wei, Wissenschaftler am Institut für Weltwirtschaft und Politik an der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, gegenüber der Nachrichtenagentur Xinhua.

Seit 2009 versuchen die BRICS-Länder, Wege zu einer besseren Zusammenarbeit im globalen Finanzsystem zu finden. Beim 4. Gipfeltreffen im indischen Neu-Delhi im Jahr 2012 einigten sich die Mitglieder auf die Gründung einer Entwicklungsbank, die von den BRICS-Staaten und anderen Entwicklungsländern finanziert und gemanagt werden sollte. (...)

Die bestehenden internationalen Finanzinstitutionen sind nicht in der Lage, die Bedürfnisse der schnell wachsenden Schwellenländer zu erfüllen. Die Weltbank beispielsweise hilft unterentwickelten Ländern bei der Bekämpfung der Armut. BRICS-Staaten könnten dort wegen ihrer steigenden Pro-Kopf-Einkommen keine Kredite erhalten, erklärte Huang. Außerdem gibt es in Schwellenländern einen großen Finanzierungsbedarf für Investitionen in die Infrastruktur. Kommerzielle Kreditgeber ziehen jedoch kurzfristige Projekte einem langfristigen Engagement in risikobehaftete Infrastrukturprojekte vor. Die neue Bank solle diese Finanzierungslücke schließen, so Huang.

"China hat viel Erfahrung und ausreichende Kapazitäten für den Ausbau der Infrastruktur. Die neue Bank wird chinesischen Unternehmen in diesem Bereich Möglichkeiten zur Kooperation mit anderen BRICS-Mitgliedsländern verschaffen", erläuterte Huang. Der Aufbau der Infrastruktur wird zudem die Kommunikation und den Handel miteinander erleichtern und Arbeitsplätze schaffen. *„Es ist eine effektive Methode, inklusives Wachstum zu erzielen.“*

Bei seinem Chinabesuch am 8. Juli habe auch Weltbankpräsident Jim Yong Kim die Bankgründung begrüßt, berichtete die South China Morning Post in Hongkong. Die BRICS-Bank sei keine Bedrohung für die Weltbank, erklärte Kim. Sie werde vielmehr bei der Reduzierung der Armut helfen und das Wachstum ankurbeln. Der Finanzierungs-

bedarf für Investitionen in die Infrastruktur erreicht jedes Jahr fast 1 Billion Dollar, die Weltbank kann jedoch nur 60 Milliarden Dollar zur Verfügung stellen.

Eine faire Reform

(...) Das gegenwärtige Finanzsystem ist in hohem Maße auf Bretton-Woods-Institutionen angewiesen, die 1946 und 1947 unter Führung der USA gegründet wurden. In diesem System spielen die BRICS-Staaten nur eine untergeordnete Rolle. Keine ihrer Währungen ist im Internationalen Währungsfonds als Reservewährung anerkannt.

Beobachter meinen, dass die BRICS-Länder größeren Einfluss verdienen, da sie für mehr als 25 Prozent der weltweiten Wirtschaftsaktivität verantwortlich sind. Ihre Devisenreserven machen mehr als 40 Prozent, ihr Wachstum der letzten zehn Jahre mehr als 50 Prozent am globalen Gesamtergebnis aus. Bereits 2009 einigte sich die internationale Gemeinschaft auf eine Reform der internationalen Finanzinstitutionen. So erklärte sich der Internationale Währungsfonds 2010 beispielsweise bereit, den Anteil der BRICS-Länder zu erhöhen und die Institution demokratischer und multilateral zu gestalten. Laut Reformplan sollten Schwellenländer wie Brasilien, Russland, Indien und China zu den Top Ten der Anteilseigner des IWF zählen. Der Plan wurde 2013 jedoch vom US-Kongress abgelehnt. Mit einem Anteil von 17,69 Prozent sind die USA der größte Anteilseigner des IWF und verfügen über ein Veto-Recht gegenüber dem Vorstand.

Wegen ihrer benachteiligten Position in den bestehenden internationalen Finanzinstitutionen sind Schwellenländer häufig durch Schwankungen der US-Finanzpolitik beeinträchtigt. Die Einrichtung der neuen Bank und des Währungsreservefonds würden den BRICS-Ländern einen Weg zeigen, sich ein eigenes Instrument für ihre finanzielle Sicherheit aufzubauen, nachdem ihre gerechtfertigten Appelle an IWF und Weltbank gescheitert seien, erklärte Zhang.

Die Entwicklungsbank sei eine neue Option für Entwicklungsländer, wenn sie künftig in finanziellen Schwierigkeiten stecken, erklärte Shen Jiru, Wissenschaftler am Institut für Weltwirtschaft und Politik bei der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften. In der Vergangenheit haben viele Entwicklungsländer die Weltbank und den IWF um Hilfe gebeten, doch deren Kredite werden nur unter strengen Auflagen vergeben. Schuldnerländer zahlen daher einen hohen politischen Preis für die Unterstützung. Im Gegensatz dazu werde sich die NDB nicht in die inneren Angelegenheiten dieser Länder einmischen, was sie deutlich von Weltbank und IWF unterscheidet, so Shen.

http://german.beijingreview.com.cn/german2010/Focus/2014-07/23/content_630806.htm

3. Weltkongress des Internationalen Gewerkschaftsbunds (IGB) in Berlin, Mai 2014

1500 Delegierte aus 161 Ländern, Vertreter einer 170 Millionen Mitglieder zählenden Bewegung treffen sich in Berlin ... und die Medien (auch linke) berichten fast nichts darüber.

(...) Zum Abschluss des Weltkongresses haben sich die Gewerkschaften verpflichtet:

In den nächsten vier Jahren über 27 Millionen neue Mitglieder zu organisieren, Moderne Sklaverei zu beenden, angefangen mit Katar,

Sich für einen Mindestlohn stark zu machen, von dem die Beschäftigten in Würde leben können, und den Teufelskreis der Hungerlöhne in den Lieferketten globaler Konzerne zu beenden,

Beim Klimagipfel in Paris ein ehrgeiziges Klimaschutzabkommen zu fordern.

(...)
„Wir werden dafür sorgen, dass die Regierungen den Mut aufbringen, für die arbeitenden Menschen einzutreten. Wir wissen, dass Politik ohne eine Agenda, Ambitionen auf dem Arbeitsmarkt ohne starke ArbeitnehmerInnen nicht funktionieren. Wir wollen eine Agenda mit politischen Maßnahmen, und wir wollen, dass starke ArbeitnehmerInnen menschenwürdige Löhne, Sozialschutz und alles, wofür wir stehen, erreichen.

Vor uns liegt eine große Aufgabe, aber wir werden den erwerbstätigen Menschen mehr Macht verschaffen und in den nächsten vier Jahren 27 Millionen neue Mitglieder für unsere globale Bewegung gewinnen. (...) Wir haben eine ehrgeizige Agenda beschlossen, aber gemeinsam, in Zusammenarbeit auf lokaler und globaler Ebene, werden wir es schaffen“, erklärte **IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow**, die jetzt wieder gewählt wurde.

Es wurden Dringlichkeitsentscheidungen zur Türkei, wo bei dem Grubenunglück in Soma 301 Bergleute getötet wurden, und zu Thailand verabschiedet. Der Kongress hat zudem eine Deeskalation des Konfliktes in der Ukraine gefordert.

Bei der Tagung des IGB-Vorstandes unmittelbar nach dem Kongress wurde **João Antonio Felício** von der brasilianischen CUT zum neuen Präsidenten des IGB gewählt.

Maria Fernanda Carvalho Francisco von der UNTA-CS (Angola) wurde zur stellvertretenden IGB-Präsidentin und **Karl-Petter Thorwaldsson** von der LO-Schweden wurde zum stellvertretenden IGB-Präsidenten gewählt.

Jaap Wienen und Wellington Chibebe wurden als stellvertretende IGB-Generalsekretäre im Amt bestätigt.

Der Vorstand hat zudem eine neue subregionale Struktur für die arabische Welt eingerichtet.

Präsident João Felício nahm im Namen der brasilianischen IGB-Mitgliedsorganisationen und als Zeichen der Solidarität mit den vielen Gastarbeitern, die in Katar ausgebeutet werden, ein von den Kongressdelegierten unterschriebenes Spruchband entgegen, mit dem die FIFA aufgefordert wird, neu über den Austragungsort der Fußball-WM 2022 abstimmen zu lassen.

Der nächste IGB-Weltkongress findet 2018 statt.

Link zum offiziellen Kongressvideo von den Plenarsitzungen und den Reden der Delegationsleiter/innen:

<http://congress2014.ituc-csi.org/multimedia>
<http://www.ituc-csi.org/sharan-burrow-als>

Der IGB hat **175 853 032 Mitglieder in 325 Organisationen, dies in 161 Länder und Territorien** (dazu gehören der Österreichische Gewerkschaftsbund, der Deutscher Gewerkschaftsbund, der Schweizerische Gewerkschaftsbund)

Liste der Mitgliedsorganisationen:

http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/no_36_-_list_affiliates_181113-2.pdf

Der IGB hat **drei Regionalorganisationen**: die Regionalorganisation für Asien/Pazifik (IGB-AP), die Regionalorganisation für Afrika (IGB-AF) und die Regionalorganisation für Gesamtamerika (IGB-TUCA), und er arbeitet eng mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund zusammen, u.a. im Rahmen des Pan-Europäischen Regionalrates.

Der IGB unterhält zudem enge Beziehungen zu den Globalen Gewerkschaftsföderationen (GUF) und zum Gewerkschaftlichen Beratungsausschuss bei der OECD (TUAC). Außerdem arbeitet er eng mit der Internationalen Arbeitsorganisation und mit verschiedenen anderen Sonderorganisationen der UN zusammen.

<http://www.ituc-csi.org/about-us>

Berichte über den Kongress in Berlin, Mai 2014: <http://congress2014.ituc-csi.org/?lang=de>

Gewerkschaften verpflichten sich zum Kampf gegen den Klimawandel

21. Mai 2014

Mehr als 50 Gewerkschaften, die Millionen Mitglieder vertreten, haben sich beim IGB-Weltkongress in Berlin der Klimaschutzaktion **"Unions4Climate"** angeschlossen. Damit beginnt eine globale **Mobilisierungskampagne für ein Klimaschutzabkommen 2015 in Paris**.

IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow sagte dazu, dass wir uns für ein globales Abkommen in Paris stark machen und einen industriellen Wandel fordern müssten, einschließlich der Finanzierung eines gerechten Übergangs für schwächere Nationen und Gemeinschaften. *"Auch der Klimawandel stellt eine Gefahr für Arbeitsplätze und Existenzgrundlagen dar. Für die Gewerkschaften ist das ganz einfach: Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze"*, so Sharan Burrow.

Frances O'Grady, Generalsekretärin des britischen Gewerkschaftsbundes TUC; Ignacio Fernández Toxo, Generalsekretär der spanischen CCOO; Marc Leemans, Präsident des belgischen CSC-ACV; Bishnu Rimal,

Präsident der nepalesischen GEFONT; Julio Cesa Bazan Figueroa, Generalsekretär der peruanischen CUT; und Louise Thipe, Vorsitzende der südafrikanischen Gewerkschaft SACCAWU, gehörten zu den führenden Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertretern, die sich der Klimagerechtigkeit verschrieben haben.

Die Gewerkschaften kämpfen für ein ehrgeiziges globales Rahmenwerk für den Klimaschutz, um das Leben und die Arbeitsplätze erwerbstätiger Menschen zu schützen, Bildung für alle zu garantieren, bahnbrechende Technologien zu fördern, den industriellen Wandel in allen Wirtschaftsbereichen und Branchen zu lenken und den Armen der Welt gerechte Übergangsmaßnahmen zu garantieren.

"Wir haben erlebt, wie die Regierungen in Kopenhagen versagt und nicht den Planeten und die Menschen, sondern die Interessen der Konzerne in den Vordergrund gerückt haben, und genau diese Konzerne wollen auch die Klimakonferenz in Paris scheitern sehen. Der Auftrag der Gewerkschaften, für

Arbeitsplätze, Rechte und soziale Gerechtigkeit zu sorgen, erfordert, dass wir uns für einen gerechten Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung einsetzen, und dieser Übergang muss jetzt beginnen", fordert Sharan Burrow.

Die Untersuchungen des IGB haben ergeben, dass in nur 12 Ländern 48 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Ein Beispiel ist Deutschland, wo in nur zwei Jahren bis zu 400.000 neue Arbeitsplätze im Bereich erneuerbarer Energien entstanden sind. (...)

Die Klimaschutzaktion kann hier unterstützt werden:

<http://act.equaltimes.org/unions4climate>

Zu den Klimaverhandlungen in Bonn im Juni 2014:

<http://corporateeurope.org/pressreleases/2014/06/groups-returning-un-climate-talks-must-show-governments-business-usual-not>

Jeff Bezos von Amazon gewinnt die IGB-Abstimmung über den schlechtesten Boss der Welt

22. Mai 2014

Jeff Bezos, CEO von Amazon, wurde beim 3. Weltkongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Berlin als schlechtesten Boss der Welt enthüllt. (...) IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow sagte zu dem Ergebnis, dass es zwar viele CEOs gebe, die viel zu wünschen übrig ließen, neun von ihnen aber während des Jahres 2014 besonders aufgefallen seien und daher in die erste internationale Abstimmung der Gewerkschaften dieser Art einbezogen werden mussten.

"Die Macht der Unternehmen ist außer Kontrolle geraten. Die Regierungen beugen sich dieser Macht, wenn ihnen mit dem Abzug von Kapital gedroht wird. Die Habgier des einen Spitzenprozents ist ihnen wichtiger als das Wohlergehen der übrigen 99 Prozent.

Wir haben daher beschlossen, aufzudecken, was dieses Phänomen eines schlechten Bosses u.a. ausmacht: Untergrabung der Demokratie und der Arbeitnehmerrechte, Unterstützung von Sklaverei und Kafala. Amazon ist auch in Deutschland tätig und behandelt seine Beschäftigten wie Roboter. Das Unternehmen macht kein Geheimnis

daraus, dass es Beschäftigte in nur wenigen Jahren durch Roboter ersetzen wird. Ein weltweit tätiges reiches Unternehmen, das die Menschenwürde und die Rechte erwerbstätiger Menschen verachtet.

Jeff Bezos verkörpert die Unmenschlichkeit von Arbeitgebern, die auf das US-amerikanische Unternehmensmodell setzen. Unsere Botschaft an die Großkonzerne lautet, dass das aufhören muss, keine Misshandlung von Beschäftigten mehr", so Sharan Burrow.

(...) Amazon steht in vorderster Front, wenn es um Steuerhinterziehung und schlechte Arbeitsbedingungen geht.

Die Beschäftigten in den Logistikzentren legen 15 Meilen/24 km am Tag zurück.

Regelmäßig müssen Beschäftigte von Krankenwagen abgeholt werden.

In Deutschland kämpft ver.di für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen für diese Beschäftigten. *"Die Beschäftigten in den Amazon-Logistikzentren müssen digitale Geräte am Arm tragen, mit denen jeder ihrer Schritte überwacht wird. Es gibt keine konkreten Vereinbarungen über Pausen oder das Arbeitstempo, und*

Mobbing und Schikanen sind extrem verbreitet. Die Beschäftigten werden gerügt, wenn sie nur miteinander reden oder eine Verschnaufpause machen", kommentiert Sharan Burrow.

Wegen unehrenhaften Verhaltens erwähnt wurden Herr X von einer großen Fluggesellschaft und Rupert Murdoch, Verwaltungsratsvorsitzender und CEO von News Corp. Der CEO von Qatar Airways hat die Gewerkschaften für die weltweite Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht und in einem Interview mit Arabian Business (Mai 2013) gesagt: *"Wenn es keine Gewerkschaften gäbe, dann gäbe es dieses Problem mit der Arbeitslosigkeit in der westlichen Welt nicht."*

Weitere Kandidaten bei der Abstimmung waren:

C. Douglas McMillon, CEO Wal-Mart Stores

Jamie Dimon, CEO JP Morgan Chase
Lloyd Blankfein, CEO Goldman Sachs Group

Charles Koch, CEO Koch Industries
Lee Kun-Hee, Chairman Samsung Group
Ivan Glasenberg, CEO Glencore Xstrata
<http://www.ituc-csi.org/jeff-bezos-von-amazon-gewinnt-die>

Neuer Bericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB): "Die Akte Katar"

17. März 2014

Ein neuer Bericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) deckt im Vorfeld der wichtigen Sitzung des FIFA-Exekutivkomitees am 20. März in Zürich auf, wie weit Katar geht, um den Beschäftigten ihre Rechte zu verweigern. Das Exekutivkomitee wird eine von der FIFA durchgeführte Untersuchung der Arbeitnehmerrechtslage in Katar erörtern, nachdem Schätzungen des IGB veröffentlicht worden waren, denen zufolge 4000 Beschäftigte vor dem ersten Anstoß bei der Fußball-WM in Katar sterben könnten. (...)

Bei einem kürzlichen Besuch im Stadion Al Wakrah in Katar hat die IGB-Generalsekretärin mit eigenen Augen gesehen, wie 38 Arbeiter aus Indien, Nepal und Thailand unter erbärmlichen Bedingungen untergebracht waren, mit Matratzen auf dem Boden in Behelfsunterkünften unter den Zuschauertribünen.

Die FIFA hat auf die vom IGB präsentierten Fotos, die die Zustände in dem Stadion Al Wakrah belegen, erwidert, dass die Situation in Katar "komplex" sei.

Das katarische Organisationskomitee (Supreme Committee), das für die gesamte Bebauung des 585.000 Quadratmeter großen Al Wakrah-Geländes zuständig ist, hält sich in keiner Weise verantwortlich für die Beschäftigten des bereits vorhandenen

Stadions, da sie nicht unter seine Normen zum Schutz der Arbeiter fielen, die eingeführt worden waren, um die internationale Öffentlichkeit angesichts der Arbeitnehmerrechtsverletzungen in dem Land zu besänftigen.

"Es freut uns, dass diese Beschäftigten anderswo untergebracht werden, nachdem der IGB ihre Situation publik gemacht und die FIFA darauf angesprochen hat. Es ist bedauerlich, dass diese Beschäftigten bei der "erfolgreichen Inspektion" des Organisationskomitees im Januar nicht entdeckt wurden.

Die Tatsache, dass es die katarische Sportbewegung überhaupt für angemessen gehalten hat, Beschäftigte unter diesen Bedingungen im Stadion Al Wakrah unterzubringen, erschreckt uns", kommentiert IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow.

"Es muss sich in Katar etwas ändern. Die FIFA kann dadurch etwas bewirken, dass sie die Abschaffung des Kafala-Systems und die Achtung internationaler Rechte zu einer Bedingung für die Austragung der Fußball-WM 2022 in Katar macht.

Wenn die FIFA von Katar die Abschaffung des Kafala-Systems und die Achtung grundlegender internationaler Rechte fordert, dann wird das geschehen", betont Sharan Burrow.

Der Bericht **"Die Akte Katar"** beschreibt das zerrüttete System, in das die Beschäftigten in Katar eingebettet sind, inwiefern das Land gegen internationales Recht verstößt und wie die Arbeitsbedingungen dort aussehen:

- salziges Wasser für die Beschäftigten in den Lagern zum Kochen und Waschen;
- Arbeitgeber verlangen von den Beschäftigten 275 US-Dollar als Kautions, bevor sie in Urlaub gehen können;
- über 2500 indonesische Hausangestellte flüchten jedes Jahr vor ihren Bürgen, die sie missbrauchen; und
- Beschäftigte im Stadion Al Wakrah sind in erbärmlichen Unterkünften untergebracht.

Die FIFA ist mächtig genug, um für die Fußball-WM 2022 Bedingungen aufzuerlegen, die etwas bewirken können.

Der IGB fordert von der FIFA und von den katarischen Behörden:

- **die Abschaffung des Kafala-Systems und das Recht für die Beschäftigten, sich gewerkschaftlich zu organisieren;**
- **die Verwendung moralisch einwandfreier Vermittlungsagenturen;**
- **einen niemanden diskriminierenden Mindestlohn und**
- **ein zügiges und unabhängiges Überwachungssystem mit angemessenen Sanktionsmöglichkeiten.**

<http://www.ituc-csi.org/neuer-bericht-des-internationalen>

Podemos und Perspektiven der Pluralen Linken nach dem Wahlerfolg in Spanien

Die Plurale Linke, ein Wahlbündnis der Vereinigten Linken (Izquierda Unida – IU) mit linken Regionalparteien, konnte bei den Wahlen zum Europäischen Parlament ihr Ergebnis gegenüber den letzten Wahlen verdreifachen. Sie schickt nun sechs Abgeordnete nach Strassburg. Eigentlicher Überraschungssieger aber ist die aus den Krisenprotesten hervorgegangene Plattform Podemos («Wir können») mit ihrem Spitzenkandidaten Pablo Iglesias. In nur vier Monaten seit ihrer Gründung erreichte sie ein Ergebnis, das ihnen fünf Abgeordnete beschert. Kommt es nun zu einer weiteren Zersplitterung oder einer Konvergenz der Linken? Nur wenige Stunden nach der Wahl bot Podemos »allen Kräften, die aufrichtig gegen die Austeritätspolitik sind«, einen Einigungsprozess an. Dieser Aufruf richtet sich an Parteien wie die Vereinigte Linke, die grüne Equo, aber auch an die Bewegungen. Was bedeutet das für die IU?

Ich bin seit langem mit Pablo Iglesias befreundet und wir teilen inhaltlich die meisten Positionen. Strategisch und taktisch bestehen natürlich Differenzen. Ich hielt es vor der Wahl nicht für sinnvoll, dass eine weitere linke Formation bei den Wahlen antritt. Wir müssen an einer starken Linken und an gesellschaftlichen Mehrheiten arbeiten, die das Zweiparteiensystem und die Kürzungspolitiken zu Fall bringen können. Dafür ist letztlich jede Initiative von Nutzen, doch wir wollten eine zersetzende Konkurrenz um Stimmen und Posten vermeiden.

Die Gründung von Podemos, die sich weniger als Partei denn als Plattform der zivilgesellschaftlichen Bewegungen verstehen, kam überraschend. Was hat es gebracht, sich zunächst nicht der IU anzuschließen?

Letztlich war es von großem Vorteil: Die IU hat ihre Unterstützung verdreifacht, insbesondere bei jenen, die sich als links verstehen, in der Gewerkschaftsbewegung und entsprechenden Mareas, den Protestwellen im Gesundheits- oder Bildungssektor zum Beispiel, aktiv sind. Auch viele von der Sozialistischen Partei Enttäuschte sind dabei. Hier gibt es ein Potenzial von bis zu 20 Prozent der Bevölkerung. Podemos besetzt ein Feld, das die Plurale Linke nicht zu erreichen verstand. Vor allem jene, die sich vom politischen System nichts mehr versprechen und von den traditionellen Parteien abgewandt haben. Die Struktur und die Sprache von Podemos hat es möglich gemacht, ihren Stimmen Gehör zu verschaffen, die Frustration in Protest umzuwandeln. Sonst wären sie vielleicht

für die Linke verloren gegangen. Zudem konnte Podemos so erst an Gewicht gewinnen, bevor es zu Gesprächen über eine Konvergenz mit der Pluralen Linken kommt. In Umfragen erreicht Podemos inzwischen 15 Prozent. Gemeinsam könnten wir das Zweiparteiensystem zu Fall bringen.

Gehören die Plurale Linke und v.a. die IU damit auch zu den traditionellen Parteien?

Für eine nicht unerhebliche Zahl von Menschen wohl ja. Die Parteien der Pluralen Linken und der IU verfügen über Organisationsstrukturen, Gremien und Hierarchien. Auch wenn sie sicher weitaus demokratischer aufgebaut sind als die konservative PP oder die sozialistische PSOE (und zahlreiche Regionalparteien) konnten sie in den letzten 40 Jahren das Zweiparteiensystem nicht ernsthaft herausfordern. In vielen Kommunen und einigen Regionen regierte die IU zwar mit. Aber nicht immer wurde dabei ein Unterschied deutlich. Auch zu Korruptionsfällen ist es in der Vergangenheit gekommen, auch wenn diese mittlerweile aufgeklärt sind und die entsprechenden Personen die Partei verlassen haben. Seither ist vieles passiert. Auch unsere Organisation hat sich durch die Dynamik der 15M-Bewegung verändert. Das muss weitergetrieben und Vertrauen gewonnen werden.

Gibt es nun eine Konkurrenzsituation mit Podemos? Oder kommt es zur Annäherung?

Nicht alle wollen einen Prozess der Konvergenz, weder bei Podemos noch bei der IU. Aber ich habe keinen Zweifel, dass es dazu kommen wird, und Pablo Iglesias auch nicht. Das wird auch immer wieder an uns herangetragen. Anti-politische Abgrenzung machen bei Podemos sowenig Sinn wie beleidigte Kritiken aus den Reihen der IU, Podemos habe uns Stimmen gestohlen. Viele arbeiten daran, Gemeinsames auszuloten, mögliche Spannungen abzubauen. Die Linke kann sich gar nicht den Luxus leisten, breite Spektren der Bevölkerung in einem solchen Prozess außen vor zu lassen. Programmatisch sind wir zu 95 Prozent der gleichen Meinung, organisatorisch jedoch recht unterschiedlich. Hier heißt es neue Formen der stärker basisorientierten Arbeit zu entwickeln und wechselseitig voneinander zu lernen.

Und wie steht es mit den Sozialisten?

Parteichef Alfredo Pérez Rubalcaba trat kurz nach der Wahl zurück und setzte für

Juli einen Sonderparteitag an. Prominente wie die ehemaligen sozialistischen Regierungschefs Felipe González und José Luis Rodríguez Zapatero fordern eine große Koalition, damit das Land regierbar bleibt. Die PSOE-Basis indes will mit Podemos und der Vereinigten Linken Gespräche führen. Sie fürchten im Falle einer großen Koalition den völligen Untergang ihrer Partei, wie es der Pasok in Griechenland passierte.

Ein Kurswechsel nach links ist unwahrscheinlich. Sicher gibt es an der Basis viele gute und ehrlich an einem politischen Richtungswechsel interessierte Leute. Aber die Kräfteverhältnisse in der Partei sind noch zu unbeweglich. Wir werden das testen. Unter anderem wollen wir ein Gesetz aus der Zeit Zapateros rückgängig machen und bringen eine Gesetzesinitiative ein, die der Finanzierung der öffentlichen Dienste wieder Vorrang vor den Schuldenzahlung einräumt. Hier wird man sehen, ob die PSOE es ernst meint mit ihrer Kritik an der Regierung. Anlässlich der Abdankung von König Juan Carlos fordern wir im Parlament auch ein Referendum, damit die Bevölkerung entscheiden kann, ob sie weiter in einer Monarchie leben will oder in einer III. Republik.

Wie kann so ein gemeinsamer Prozess der Konvergenz der Linken organisiert werden? Es gibt zahlreiche Plattformen wie die Frente Cívico (vgl. Interview mit Manuel Monereo) oder andere, die an übergreifenden Perspektiven arbeiten. Oder soll es vordringlich um Podemos und IU gehen?

Da gibt es noch keine Übereinkunft. Die Gespräche beginnen gerade erst. Sicher ist dies kein Prozess, der nur unter der Führung der beiden Formationen ausgehandelt wird. Er muss von der Basis aus organisiert werden, auf vielen Ebenen zugleich stattfinden.

Die Plurale Linke hat bei den Europawahlen mit Formen wie einem offenen Programmprozess experimentiert. Weitere Versuche, die Parteien für zivilgesellschaftliche Initiativen zu öffnen und die innerparteiliche Demokratie zu beleben, sollen folgen.

In letzter Zeit hat die Debatte um Vorwahlen nach dem US-amerikanischen Muster der »Primaries« viel Aufmerksamkeit erfahren. Für uns ist wichtig, dass die Parteiführung oder die Spitzenplätze für Wahllisten in einem offenen Prozess bestimmt und nicht von der Führung ausgedeutelt werden. Dafür gibt es einen starken Willen in der IU, nicht zuletzt von der jüngeren

Generation. Lara Hernandez gehört u.a. zu den Kandidatinnen, die eine solche Initiative gestartet haben. Künftig wird es offene Listen geben. Wie weit das gehen soll, ob nur Parteimitglieder oder inwieweit SympathisantInnen mitbestimmen dürfen, ist offen. Allgemeine Skepsis besteht jedoch gegenüber einem US-Format. Noch viel wichtiger als die Wahl des Führungspersonals ist uns aber seine Verantwortlichkeit: Es muss jederzeit möglich sein, Führungspersonen abzurufen, wenn sie den Grundkonsens der Basis verlassen, keine lebendigen Beziehungen zur Basis mehr pflegen, taub werden für deren Wünsche und Forderungen. Die Partei darf unter keinen Umständen wieder den Kontakt zu den populären Klassen verlieren. Sie muss politisch und kulturell verankert sein, sonst verliert sie ihre Existenzgrundlagen. Wir verstehen uns auch als Bewegungspartei, deren Kern die aktiven Mitglieder und ihre Aktivitäten bilden. Die wirkliche Demokratie muss auch in der Parteiorganisation zum Maßstab werden.

Schon vor den Wahlen habt ihr eine Kampagne für die »demokratische und soziale Revolution« angekündigt, die nun nach der Wahl beginnen soll. Was hat es damit auf sich?

Wir wollen damit die Debatte über einen konstitutiven Prozess (vgl. Interview mit Chema Ruiz) voranbringen, mit einer Tour durch das ganze Land, mit Foren in den Nachbarschaften und Regionen. Dabei geht es nicht nur um eine neue (republikanische) Verfassung, sondern um einen breiten Diskussions- und Organisationsprozess, um <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/es-geht-uns-um-eine-umfassende-transformation-unseres-politischen-systems/>

die Regeln des Spiels neu zu bestimmen. Es geht um den Bruch mit der postfaschistischen Verfassung von 1978. Wir benötigen ein Verhältniswahlrecht, was nicht länger die zwei herrschenden Parteien privilegiert. Wir brauchen mehr direkte Demokratie: Volksabstimmungen, aber auch alltägliche Formen der Partizipation jenseits von Wahlen, wie verbindliche Bürgerentscheide (Consultas Populares). Das Öffentliche muss Vorrang erhalten und vor Privatisierung geschützt werden etc. Es geht uns um eine umfassende Transformation unseres politischen Systems. Die Bevölkerung hat die bestehende pseudo-demokratische Ordnung satt.

Was bedeutet der konstitutive Prozess einer wirklichen Demokratie für die Transformation der Ökonomie?

Wir treten für ein zivilgesellschaftliches Schuldenaudit ein, das prüft, welche Schulden illegitim sind und nicht zurückgezahlt werden. Das würde zahlreiche Banken erneut in Schieflage bringen. Der Sektor der Groß-Banken gehört daher vergesellschaftet, auch um die Konzentration der Macht, die damit verbunden ist, abzubauen. Das gilt auch für strategisch bedeutende Groß-Unternehmen. Wir wollen, dass genossenschaftliche und öffentliche Unternehmen Vorrang bekommen. Die Finanzierung des Öffentlichen muss Priorität erhalten, vor dem Schuldendienst. Soziale Rechte, angefangen vom Wohnen bis hin zum Anspruch auf eine armutsfeste Grundsicherung und gute Arbeit, sollen garantiert werden. Ich kann nicht alles aufzählen. Gerade für eine

Transformation der Ökonomie hat IU programmatische Vorschläge entwickelt. Mit Podemos teilen wir die meisten Aspekte politisch notwendiger Veränderungen.

Ihr habt bereits sehr klare Vorstellungen. Wozu die Debatte? Und was passiert mit den Ergebnissen?

Wir gehen nicht mit einem weißen Papier in die Debatte. Wir möchten unsere Punkte als Angebote einbringen. Nach Jahren der Krise ist auch in den Bewegungen vieles in dieser Richtung entwickelt worden. Da gibt es bereits große Übereinstimmung, zum Beispiel mit Blick auf die Vergesellschaftung der Banken. Und wir sind neugierig auf neue Ideen. Die Ergebnisse der Debatten werden wir als gesetzliche Initiativen in die Kommunen und die Parlamente einbringen und so zivilgesellschaftliche Basisarbeit mit institutioneller Arbeit zusammenbringen.

Zielt ihr damit auf parlamentarische Mehrheiten bei den Regional- und Kommunalwahlen 2015?

Ja, aber bis dahin ist es noch lang. Der konstituierende Prozess dient auch dazu, den außerparlamentarischen Kampf zu fokussieren. Wir verfolgen eine klare Orientierung auf den Bruch mit dem herrschenden Regime.

Die Herrschenden schwanken, doch sie fallen nicht.

Richtig, aber wir nutzen jede Gelegenheit, ihnen einen Stoß zu versetzen.

Zahl oder stirb! Das Gesetz des Dschungels in der griechischen Medizinversorgung

"Dass es mit Griechenlands medizinischer Versorgung nicht zum Besten steht, ist mehr oder weniger bekannt. Wie sehr gesundheitlich eingeschränkte Menschen unter den Folgen einer falschen Politik zu leiden haben, wird am Besten mit Praxisbeispielen deutlich..." Artikel von Wassilis Aswestopoulos in telepolis vom 19.07.2014

<http://www.heise.de/tp/artikel/42/42281/1.html>

Kommunalpolitische Tagung der Bundes-AG Kommunen von Attac und von GiB (Gemeingut in BuergerInnenhand) am Samstag, 25. Oktober 2014 11 bis 16 Uhr in Erfurt (Johannes-Lang-Haus, Allerheiligenstr. 10).

Viele Staedte und Gemeinden in Deutschland befinden sich in einer so katastrophalen finanziellen Lage, dass sie die Sicherstellung kommunaler Leistungen fuer ihre Buergerinnen und Buerger nicht mehr gewaehrleisten koennen.

Warum das so ist und wie es veraendert werden koennte, ist Inhalt der Tagung:

"Fuer starke, demokratische und solidarische Kommunen -Kommunalfinanzen sanieren, lokale Demokratie staerken, kommunale Leistungen zur Daseinsvorsorge sichern".

Die Tagung wird von der Bundes-AG Kommunen von Attac und von GiB (Gemeingut in BuergerInnenhand) organisiert und von

der ver.di-Bundesverwaltung (Bereich Politik und Planung) und dem Thüringer Landesverband von Mehr Demokratie unterstuetzt.

Zum Auftakt der Tagung werden Harald Riedel (Kaemmerer der Stadt Nuernberg), Joachim Bischoff (Soziologe und Publizist) und Thomas Eberhardt-Koester (Attac) einen Problemaufriss geben, indem sie die Ursachen und Folgen der kommunalen Finanzmisere aufzeigen. In den darauf folgende Workshops werden verschiedene Aspekte beleuchtet, die mit der Finanzkrise der Staedte und Gemeinden zusammenhängen. Es geht dabei um die Möglichkeiten, wie die Kommunalfinanzen saniert

werden koennen (Input: Dr. Martin Beckmann; ver.di), was gegen Privatisierung kommunaler Gueter und Dienstleistungen getan werden kann (Input: Juergen Schutte und Laura Valentukeviciute; Gemeingut in BuergerInnenhand - GiB), welche Rolle Buergerinitiativen fuer die lokale Demokratie spielen koennen (Input: Barbara Kern; Stuttgarter Wasserforum und Ralf-Uwe Beck; Mehr Demokratie) und welche Auswirkungen Handelsabkommen wie das TTIP oder TISA auf Kommunen haben (Input: Thomas Fritz; PowerShift). http://www.attac.de/fileadmin/user_upload/AGs/AG_Kommunen/Herbsttagung_2014/Attac_Kommunal-Tagung-Erfurt_141025.pdf

Attac Österreich: Zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget zeigt die Eckpfeiler

Attac spricht sich für eine umfassende Steuerreform nach sozialen und ökologischen Gesichtspunkten aus. „Das österreichische Steuersystem belastet nicht nur Arbeit zu hoch und Vermögen kaum, es ist auch aus anderen Perspektiven dringend reformbedürftig,“ meint Alexandra Strickner von Attac Österreich. So werden Einkommen aus Kapital steuerlich geringer - mit einem einheitlichen Steuersatz von 25% - besteuert. Und auch im Bereich der Unternehmenssteuern gibt es unzählige Möglichkeiten für international agierende Unternehmen ihre Steuerlast erheblich zu verringern. Steuern auf Ressourcen sind im EU-Schnitt ebenfalls geringer als Steuern auf Arbeit. Gemeinsam mit einer Reihe fragwürdiger Steuerbefreiungen oder -vergünstigungen (wie z. B. bei Firmenwagen) führt das dazu, dass das österreichische Steuersystem nicht nur sozial ungerecht ist, sondern auch zu ökologisch unerwünschtem Verhalten führt.

Attac hat gemeinsam mit den TrägerInnen der Allianz „Wege aus der Krise“ einen umfassenden Vorschlag für eine Steuerreform erarbeitet.

Das zivilgesellschaftliche Zukunftsbudget definiert **fünf zentrale Bereiche für eine Steuerreform:**

1. Vermögen besteuern
2. Spitzeneinkommen gerecht beteiligen – Arbeit entlasten
3. Abschaffung der Steuerprivilegien auf Kapitaleinkommen und Kapitalgesellschaften

4. Finanztransaktionen besteuern
5. Ökosteuern, die der Umwelt nützen
6. Umstellung von Freibeträgen auf Absetzbeträge

Vermögenssteuern beinhalten Steuern auf große Vermögen, Erbschafts- und Schenkungssteuern, eine Stiftungssteuer, eine Grundsteuer Neu sowie eine Reform der Bodenwertabgabe. Dies würde nach Berechnungen von „Wege aus der Krise“ 5, 4 Milliarden Euro bringen.

Mit einer **Anhebung der Einkommens- bzw. Lohnsteuer für hohe Einkommen** und der Einführung des Überstunden-Euros würden 600 Millionen Euro in die Staatskassen gespült werden.

Eine **Abschaffung der Steuerprivilegien auf Kapitaleinkommen**, eine reformierten Gruppenbesteuerung sowie eine Anpassung der KÖSt an OECD-Niveau würde zusätzliche 1,45 Milliarden Euro bringen.

Eine echte **Finanztransaktionssteuer** würde für Österreich 200 Millionen Euro bringen. Der aktuelle Beschluss auf europäischer Ebene ist aber ein Etikettenschwindel, der vor allem KleinsparerInnen betrifft und leicht umgangen werden kann.

Eine umfassende **Ökologisierung des Steuersystems** brächte zusätzlich 2,25 Milliarden Euro. Diese Maßnahmen beinhalten Angleichung der Mineralölsteuer für Diesel, LKW Roadpricing auf allen Straßen, Kerosinbesteuerung, Reform der NOVA, Reform der steuerlichen Begünstigungen für

Firmenwagen, Reform der motorbezogenen Versicherungssteuer, Förderentgelte für bundeseigene fossile Rohstoffe und Einführung einer Düngemittelabgabe.

Das österreichische Steuersystem enthält eine Reihe von Freibeträgen zur steuerlichen Entlastung (z. B. für Ausgaben für Ausbildung, Gesundheitskosten usw.). Freibeträge führen aber zu unterschiedlich hoher Steuerersparnis, die umso höher ist, je mehr jemand verdient. Geringe Einkommen - das betrifft v. a. Frauen - gehen hingegen fast leer aus. Daher braucht es eine **Umstellung von Freibeträgen auf Absetzbeträge**, damit alle unabhängig vom Einkommen einen gleich hohen Entlastungsbetrag in Anspruch nehmen können.

„Alles in allem brächte die vorgeschlagene Steuerreform knapp 10 Milliarden Euro. Damit könnte Arbeit entlastet und in Bildung und Soziales investiert werden. Dann müsste der Finanzminister keine Bettelbriefe für Spenden aussenden und nachhaltige Veränderungen wären möglich“, analysiert Strickner. Gleichzeitig fordert Strickner einen demokratischen Prozess unter Beteiligung der Zivilgesellschaft und von ArbeitnehmerInnenvertreterInnen ein.

Das Zukunftsbudget ist hier online einsehbar: <http://www.wege-aus-der-krise.at/zukunftsbudget.html>

Attac zeigt mittels **Vermögensuhr** (www.vermoegensuhr.at) das Wachstum des reichsten 1% im Vergleich zu den Staatsschulden.

Attac Frankreich: 59% der französischen öffentlichen Verschuldung ist illegitim.

Dienstag, 27. Mai 2014 - Der Bericht, den heute die Sachverständigen des Kollektivs zur Überprüfung der Staatsschulden durch die Bürger veröffentlicht haben, löst Wirbel in der Austeritätspolitik aus: **fast 600 Milliarden Euro** des in dreißig Jahren angesammelten Bergs von 1950 Milliarden Euro an öffentlicher Verschuldung gehen auf unverhältnismäßig **hohe Zinssätze** zurück, und **fast 500 Milliarden auf Steuergeschenke** hauptsächlich für Reiche und Aktionäre. **Insgesamt sind nicht weniger als 59% der staatlichen Schulden illegitim.** Um mit der Austeritätspolitik, die nur die extreme Rechte und ihre Freunde politisch aufbläht, Schluß zu machen, muss in Frankreich und in Europa unverzüglich eine Neustrukturierung der Staatsschulden vorgenommen werden.

Bei den **Europawahlen** hat die Front National (FN) in Frankreich mit 25%, die Sozialistische Partei (PS) mit 15% der Wählerstimmen abgeschnitten: François Hollande gehorsame Umsetzung der europäischen Austeritätspolitik kostet einen hohen Preis. Die Austeritätspolitik beruhigt die Finanzmärkte, bringt die Bevölkerung aber zur Verzweiflung. **Das Zeichen der Urnen zur Kenntnis nehmen**, hieße für eine linke Regierung, die Macht der Finanzmärkte in Frage zu stellen, angefangen bei

deren wichtigster Waffe: der Staatsverschuldung. Der heute vom Kollektiv für eine Überprüfung der Staatsschulden durch die Bürger veröffentlichte Bericht zeigt, dass dies legitim und möglich ist.

Die Verschuldung ist zunächst einmal nur deshalb angewachsen, weil der Staat **Steuerbefreiungen für wohlhabende Haushalte** und Großunternehmen vervielfacht hat: deswegen ist der Anteil der Staatseinnahmen am BIP in 30 Jahren um 5 Punkte gesunken. Hätte der Staat seine Einnahmen gewahrt anstatt seine Verluste zu organisieren, läge die Staatsschuld heute um 24 BIP-Punkte (oder 488 Milliarden €) unter ihrem derzeitigen Stand.

Zum anderen haben die überzogenen **Zinssätze** wie eine Lawine gewirkt, deren ganzes Gewicht sich in der jetzigen Verschuldung zeigt. Hätte sich der Staat, anstatt sich 30 Jahre lang über die Finanzmärkte zu finanzieren, mit seinen Anleihen direkt an die Haushalte gewandt oder Geld bei Banken zu einem realen Zinssatz von 2% aufgenommen, läge die heutige Staatsverschuldung sogar um 29 BIP-Punkte (oder 589 Milliarden €) unter ihrem heutigen Stand.

Insgesamt gehen nicht weniger als 59% der derzeitigen Staatsverschuldung auf Steuergeschenke und überzogene

Zinssätze zurück. Dieses Ergebnis zeigt die Illegitimität eines breiten Teils dieser Staatsverschuldung. Die der Bevölkerung im Namen ihrer Rückzahlung auferlegte Austeritätspolitik ist nicht nur wirtschaftlich absurd und politisch gefährlich, sie ist auch vom Standpunkt des Gemeinwohls her nicht zu rechtfertigen: dieser Berg an öffentlichen Schulden wurde nur zu Gunsten der Finanzoligarchie angehäuft, es ist also auch deren Sache, die Kosten für ihre Streichung zu tragen. Und wie es das Kollektiv in seinem Bericht vorschlägt, müssen die Staaten aus den Klauen der Finanzmärkte befreit werden. Demokratie tut dringend Not!

<http://france.attac.org/actus-et-medias/salle-de-presse/article/dette-publique-illegitime-stop-a-l>

Der gesamte Bericht (38 Seiten): <http://france.attac.org/IMG/pdf/note-dette.pdf>
Aus dem Französischen von Angelika Gross, ehrenamtliche Übersetzerin coorditrad /Lektorat: SiG-Redaktion

Transform! Bericht EL-Schuldenkonferenz Brüssel 2014: GEMEINSAM können wir das Problem der Schulden und Austerität in Europa lösen! Das pdf-Dokument (Englisch):
http://transform-network.net/uploads/tx_news/Benatouil_Report_EL_Transform_DebtConference_01.pdf

Altersummit-Konferenz in Budapest

Thesen zum Kampf gegen den Rechtsextremismus in Europa

*„Gewerkschaften, soziale Bewegungen und politische Akteure haben oft Alternativen, jedoch tragen sie gemeinsam die Verantwortung deren fehlender Sichtbarkeit.“ - das ist eine der Schlussfolgerungen der Konferenz “Strategies for the Struggle Against the Far Right and Neo-Fascism in Europe” in Budapest am 3. April 2014
(SiG-Redaktion)*

Die eintägige Konferenz in Budapest am 3. April 2014 war ein wichtiger Schritt vorwärts im Alter Summit-Prozess. Sie versammelte über 110 Teilnehmer_innen aus Ungarn, Polen, Griechenland, Tschechien, Österreich, Frankreich, Russland, Belgien, Großbritannien, Deutschland und der Türkei. einschließlich Gewerkschafter_innen von CGT, FSU, Solidaire und der Ungarischen Lehrer_innengewerkschaft. Wir veröffentlichen hier die Schlusserklärung.

Der Rechtsextremismus ist in Europa keine Randerscheinung der Politik mehr. Das beweisen die neonazistischen Bewegungen in Ungarn und Griechenland, Jobbik und Golden Dawn, die Gewalt im öffentlichen Raum gegen Andersdenkende und Minderheiten ausüben und gleichzeitig den legalen politischen Rahmen ausnützen, der ihnen durch die parlamentarische Vertretung gegeben wird.

Das Phänomen hat viele Gesichter. Außer den Neonazis, die sich unverhohlen zu Gewalt, Fremdenhass, Antisemitismus und faschistischer Tradition bekennen, gibt es rechtsextreme Parteien, die ihren Diskurs soweit modernisiert haben, dass sie auch viele Wähler/-innen mobilisieren können, die über ihre soziale Lage und die Politik erbittert sind, keine Alternative erkennen können, aber nicht in erster Linie mit Faschismus und Nationalsozialismus sympathisieren.

Doch der rechtsextreme Kern der Ideologie, die das Denken und Fühlen der Führer und Kader dieser Parteien prägt, bricht immer wieder durch die dünne Hülle des taktischen Gründen abgemilderten Diskurses wie jüngst beim Niederländer Geert Wilders oder dem Österreicher Andreas Mölzer.

Angesichts der in Europa herrschenden Krise wäre es ein schwerer Fehler, die Gefahr zu übersehen oder zu unterschätzen, die vom Rechtsextremismus in seinen unterschiedlichen Formen ausgeht.

Siebzig Jahre nach der Befreiung Europas vom Nationalsozialismus sind uns Holocaust und Krieg Mahnung und Auftrag, dem Faschismus energisch entgegenzutreten.

I. Unterschiedliche Ursachen – Vor dem Hintergrund von heute analysieren

Der Rechtsextremismus, mit dem wir gegenwärtig konfrontiert sind, ist ein heutiges Phänomen mit neuen Charakteristiken, die aus der heutigen Realität beurteilt werden müssen.

Wo immer es auftritt, ist es Ausdruck der tiefen, ungelösten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise. Die Traditionen, auf die es sich bezieht, und die Formen, die es annimmt, sind von Land zu Land unterschiedlich. Soweit es die soziale Lage betrifft, sind es in den zentral- und osteuropäischen Ländern die Krisen, die mit dem Übergang vom Staatssozialismus zum Kapitalismus aufgetreten sind. In Ungarn spiegelt das Anwachsen des Rechtsextremismus eine allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung wieder, auf die es im Moment keine politische Antwort von links gibt. Die Funktion der Rechtsaußenparteien ist es, diese Unzufriedenheit in bestimmten Grenzen zu halten, zu kontrollieren und die extreme Ungleichheit in der Gesellschaft durch den Einsatz verschiedener Formen der Gewalt aufrecht zu erhalten. In anderen Fällen führen die durch die Troika aufgezwungene Austeritätspolitik, die Massenarbeitslosigkeit und der Abbau des Sozialstaats zu einer fortschreitende Prekarisierung sogar in scheinbar konsolidierten Gesellschaften, die ihrerseits eine Brutalisierung der Arbeitswelt und um sich greifende Angst vor der Zukunft nach sich zieht.

In allen Fällen ist der Rechtsextremismus ein Ausdruck der systemischen und strukturellen Krise und wachsender sozialer Frustration, der Wut über die Nichtanerkennung von Arbeit und Qualifikation und der Angst vor Armut.

II. Die Krise hat auch das politische System erfasst

In den meisten Staaten lösen sich seit Jahrzehnten immer dieselben Parteien an der Macht ab, oder stellen gemeinsam die

Regierungen und teilen als Machtkartell Macht und Einfluss.

Sie haben die Politik an den vom neoliberalen, finanzmarktgesteuerten Kapitalismus gesetzten Regeln orientiert. Für die sozialen Folgen werden sie nun von großen Teilen der Bevölkerung – zu Recht – verantwortlich gemacht. Viele Menschen wenden sich von ihnen und von der Politik im Allgemeinen ab. In einer Situation, in der das Scheitern des neoliberalen Projekts offensichtlich wird, versucht der rechte Flügel der Machteliten durch ethnischen Nationalismus, der Antisemitismus, Hass auf Roma und Sinti und den Ausschluss von Fremden beinhaltet, eine neue ideologische Legitimation für den Staat zu schaffen.

Rechtsextreme Parteien nützen diese Krise, geben sich als Antagonisten des herrschenden politischen Systems aus und stellen sich als Verteidiger des Sozialstaats dar, von dem sie entsprechend ihrer nationalistischen und rassistischen Sichtweise Fremde, Migrantinnen und Migranten ausschließen wollen. Inzwischen beeinflussen viele dieser Ideen den Diskurs in der Mitte der Gesellschaft. Aber ihr Ziel ist nicht, der Entleerung und Verfälschung der Demokratie eine reale Demokratie der Mitsprache und Verantwortlichkeit entgegenzustellen, sondern sie durch ein autoritäres Regime zu ersetzen, in dem der „Volkswille“ direkt von einem charismatischen Führer verwirklicht würde. Die neoliberale Individualisierung und die von den Mainstream-Medien ausgehende Personalisierung der Politik kommen ihnen dabei entgegen. Die modernisierten rechtsextremen Parteien sind nicht Ausdruck eines demokratischen Aufbegehrens, sondern stellen eine Gefahr für die Demokratie dar. Sie wollen das bestehende Übel durch das größte aller Übel ersetzen.

III. Die Stoßrichtung gegen die europäische Integration

Die Krise der Politik betrifft in spezieller Weise die europäische Integration und die nationalen Beziehungen in Europa. Einerseits, weil rechte Parteien die Spannungen der sozialökonomischen Krise in Nationalismus, das heißt in Ablehnung

anderer Völker und Migrantinnen und Migranten, ableiten wollen. Andererseits, weil die Europäische Union durch die Institutionalisierung des Neoliberalismus und durch die Austeritätspolitik an Vertrauen der Bevölkerung verliert.

In dieser Atmosphäre machen die rechtsextremen Parteien die Ablehnung der europäischen Integration zu ihrer gemeinsamen Strategie. Sie bildet auch das Kernelement ihres Versuchs, eine Fraktion im kommenden Europaparlament zu bilden. Die Alternative zur europäischen Integration ist die nationalistische Rivalität der europäischen Mächte. Daher ist das Projekt der europäischen Fraktion der Nationalisten in sich ein Widerspruch, ist Demagogie, die ihre wahren Absichten verbirgt, welche es ist, die Nationen gegeneinander aufzuhetzen.

IV. Die Macht von TINA („There is no Alternative“)

Zur Frustration über die herrschende Politik kommt die Abwesenheit oder eine mangelnde Sichtbarkeit der demokratischen und sozialen Alternative. Diese Feststellung trifft in unterschiedlichem Ausmaß für die einzelnen Staaten und auf der EU-Ebene zu. Gewerkschaften, soziale Bewegungen und politische Akteure haben oft Alternativen, jedoch tragen sie gemeinsam die Verantwortung deren fehlende Sichtbarkeit. Doch ohne politische Alternative und Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse in den Staaten und auf europäischer Ebene ist weder ein Ausweg aus der Krise zu öffnen, noch wird dem Aufstieg des Rechtsextremismus etwas strategisch Entscheidendes entgegengesetzt werden.

V. Wettbewerbsideologie kontra europäische Solidarität

Das Vertrauen in die neoliberale Politik wurde durch die Wirtschaftskrise erschüttert. Aber die Hegemonie des Neoliberalismus, das heißt das Vorherrschen neoliberaler Ideen in der Massenkultur, in den Medien und im Alltag blieb in vielen Ländern unerschüttert.

Das Konkurrenzdenken, die Entsolidarisierung, der Sexismus, die Homophobie und der Rassismus bilden nicht nur einen fruchtbaren Nährboden für rechtsextreme Parteien, sondern auch dafür, dass rechtsextreme Haltungen sich in der Mitte der Gesellschaft festsetzen und die Programmatik und die praktischen Handlungen der Mainstream-Parteien nach rechts drücken. Die Grenzen zwischen Neonaziparteien und den modernisierten Parteien des Rechtsextremismus waren

immer schon durchlässig und relativ. Zu beobachten sind heute aber eine Annäherung zwischen modernen rechtsextremen und konservativ-nationalistischen Parteien sowie Mischformen zwischen beiden. Das System ist nach links geschlossen und nach rechts offen. In vielen Staaten droht ein Zusammenschluss der Rechten mit der extremen Rechten. Auch in diesem Prozess der Annäherung und Umgruppierung spielt die Skepsis gegenüber der europäischen Integration als Konvergenz der Strategien eine Rolle.

VI. Soziale Bewegungen und Gewerkschaften kämpfen für Gleichheit und Respekt

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus ist ein Kampf um die Kultur des Zusammenlebens in allen Zusammenhängen. Dabei spielen die Betriebe und Dienststellen und der Kampf um gleiche Rechte und Arbeitsverträge für alle Beschäftigten eine ausschlaggebende Rolle. Die Koordinierung der drei französischen Gewerkschaften (CGT, FSU und Solidaire) im Kampf gegen den Rechtsextremismus sowie die Kampagne des ÖGB gegen Rassismus in der Arbeitswelt, sowie der EGB-Aktionsplan für Migration sind wichtige Beispiele.

Der Kampf gegen Sexismus, Homophobie und gegen jeden religiösen Fundamentalismus, der die Frauen ihrer Rechte berauben will, vereint alle demokratischen und sozialen Kräfte. Die Solidarität mit den spanischen Frauen, die das Recht auf ihre Selbstbestimmung verteidigen, ist Teil des Kampfes gegen die extreme Rechte.

Den rechtsextremen Hass-Kampagnen muss eine Kultur der Solidarität entgegengestellt werden, wie es durch die Solidaritätsnetzwerke und Kooperativen in Griechenland vorbildhaft geschieht, die darauf zielen, in der Krise niemanden zurückzulassen, oder das Europäische Netzwerk gegen Privatisierung und Kommerzialisierung des Gesundheitswesens und der sozialen Sicherheit.

Wir kämpfen für eine menschliche und menschenrechtskonforme Asyl- und Flüchtlingspolitik, bei der die soziale und finanzielle Verantwortung von allen Staaten der Europäischen Union gemeinsam und solidarisch getragen wird. Wir fordern gleiche Rechte für alle in Europa lebenden Menschen.

Gemeinden und Schulen tragen in hohem Ausmaß Verantwortung für die Inklusion von Migrantinnen und Migranten und von nationalen Minderheiten wie den Roma und den Sinti. Die Zivilgesellschaft ist aufgerufen, dem Rechtsextremismus in all seinen Formen entgegenzutreten. Wir unterstützen die Initiativen, mit denen sich die Bürger/-innen in zahlreichen Städten, unter anderem in Deutschland, dagegen wehren, dass Neonaziparteien, mitunter auf richterliche Anordnung, öffentliche Räume für Versammlungen und Aufmärsche überlassen werden.

Wir müssen uns gegen den Rechtsextremismus auch mit rechtlichen Mitteln zur Wehr setzen. Diesbezüglich muss der Pariser Friedensvertrag, der nach dem zweiten Weltkrieg unterzeichnet wurde, Anwendung finden.

Wir fordern eine europäische Richtlinie, die die Mitgliedsstaaten der EU verpflichtet, Gesetze zu beschließen, die neonazistische, gegen Minderheiten gerichtete Betätigung und Aktionen, die Menschen ihrer demokratischen Rechte bzw. Menschenrechte berauben wollen, strafbar machen, die die Behörden zum Eingreifen verpflichten und den Widerstand der Bürger*innen rechtlich decken und ermutigen.

VII. Ein anderes Europa ist (dringend) erforderlich

Wir sind gegen die neoliberale, kapitalistische Politik der EU. Aber im Gegensatz zu den Rechtsaußenparteien sind wir nicht gegen die EU, sondern kämpfen für eine andere Richtung des europäischen Integrationsprozesses. Wir kämpfen für ein anderes Europa: Für ein Europa der Bevölkerungen, der garantierten sozialen Sicherheit und der ökologischen Nachhaltigkeit.

Ein wesentliches Element der Strategie gegen den Rechtsextremismus ist der gemeinsame Kampf der sozialen Bewegungen und Gewerkschaften gegen die Austeritätspolitik und die Memoranden, wie er im Manifest des Alter-Summit skizziert wird. Ohne Verteidigung und Weiterentwicklung des Sozialstaates, der öffentlichen Dienste, der Commons und ohne Stärkung der gewerkschaftlichen Rechte, ohne Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und der Gewährleistung des Rechts auf Ausbildung und Beschäftigung für die junge Generation in allen europäischen Regionen und Staaten kann es keine dauerhafte Demokratie geben.

Die Alternative zur europäischen Integration sind nationale Gegensätze und die Rivalitäten der europäischen Mächte. Das aber ist kein Programm des Friedens, des

sozialen, demokratischen und politischen Fortschritts, sondern Nationalismus. Das ist das Programm der Rechtsextremisten.

Ihre Strategie zielt darauf, als die politischen Gewinner der Krise hervorzugehen. Die Rechnung basiert darauf, dass die EU in ihrer gegenwärtigen neoliberalen Verfasstheit, die die Herrschaft der Finanzmärkte institutionalisiert, die Zustimmung immer größerer Teile der Bevölkerung verliert. Wir stellen uns nicht gegen die europäische Integration als solche, die den gesamten Kontinent umfassen soll, anstatt ihn zu spalten. Wir müssen jedoch eine essentielle Richtungsänderung in der europäischen Integration und eine Neugründung der EU fordern.

Unsere Schlussfolgerung: Für ein europäisches Bündnis auf der Grundlage von Analysen und dem Bekenntnis zur Solidarität

Die Auseinandersetzung mit Rechts- extremismus und Neonazismus erfordert eine komplexe Strategie, die auf die sozialen, politischen und kulturellen Wurzeln der Missstände zielt. Die Auseinandersetzung darf nicht allein von Spezialistinnen und Spezialisten und von spezialisierten Organisationen des antifaschistischen Kampfes geführt werden, obwohl diese eine bedeutende Aufgabe haben, sondern sie betrifft alle sozialen

Bewegungen, Gewerkschaften, kulturellen und politischen Akteurinnen und Akteure. Sogar noch breitere Schichten der Gesellschaft müssen mit einbezogen werden, um die neonazistischen und rechtsextremen Parteien sozial, politisch und moralisch zu isolieren. Diese Auseinandersetzung muss auf breitest möglicher Basis unter Einbeziehung aller gewinnbaren Kräfte des sozialen, politischen und kulturellen Lebens geführt werden. Wenn wir unsere Strategien und Aktionen festlegen, muss der Gründung breiter Bündnisse Priorität zukommen.

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus und Neofaschismus findet zu einer Zeit statt, in der die Krise und die herrschende Politik das Wohlergehen Millionen europäischer Bürger/-innen bedroht, oder ihm ein Ende setzt. Der Kampf kann dieser Realität gegenüber nicht neutral sein, sondern muss in Zusammenhang stehen mit dem Kampf für ein demokratisches Europa der gleichen Lebenschancen für alle, für die Überwindung der Austeritätspolitik, für Jobs, für soziale Rechte und Gleichheit, für ökologische Nachhaltigkeit und für reale Demokratie und Solidarität.

<http://transform-network.net/de/blog/blog-2014/news/detail/Blog/theses-on-the-struggle-against-right-wing-extremism-in-europe.html>

Als konkrete Aktionsmöglichkeiten wurden auf dieser Konferenz beschlossen: die internationale Griechenlandsolidarität sollte auf einer festen und kontinuierlichen Basis gestellt werden (ähnlich der „Roten Hilfe“ in der Zwischenkriegszeit), sorgfältige Organisation eines gesamteuropäischen „Aktionstags“ gegen die Extreme Rechte. (s. Bericht in „Z.“, S. 174-175)



Wir sind von dem unerwarteten Tod unseres gemeinsamen Freundes Rémy tief betroffen. Rémy hat einen bleibenden Anteil am politischen Wirken von Attac in der Schweiz wie auch an der Zusammenarbeit im Europäischen Attac Netzwerk. Wir werden ihn sehr vermissen. Unsere tiefe Anteilnahme gilt seiner Familie und unseren Freunden in der Schweiz.

Attac Deutschland, April 2014

Hommage à Rémy Gyger: <http://www.suisse.attac.org/Hommage-a-Remy-Gyger>

Hans-Peter Dürr, Peacemaker und Physiker

Nachruf auf Prof. Hans-Peter Dürr (7. Oktober 1929 – 18. Mai 2014), den Quantenphysiker und Netzwerker, den Friedens- und Anti-Atom-Aktivist, den Philosophen und Alternativen Nobelpreisträger, den Querdenker und bis zuletzt Neugierigen. Von Claus Biegert

„Fehler müssen möglich sein“, sagte er, „denn sie sind unsere größten Lehrer.“ Einer seiner größten Lehrer war Edward Teller, der Vater der Wasserstoffbombe. Der junge Physikstudent Hans-Peter aus Stuttgart, 1953 neu in den USA, suchte in Berkeley nach einem Doktorvater. Er fand ihn in Teller, der bei Werner Heisenberg, dem Entdecker der Unschärferelation, promoviert hatte. Glückliche Fügung, denn Dürr verehrte Heisenberg. Allein die Wasserstoffbombe trübte das Bild. Teller war der Ansicht, wenn nur der Beste die Bombe habe, dann sei Friede auf Erden. Und so stritt er sich mit Robert Oppenheimer, dem Vater der Atombombe, den bis aufs Bein die Zweifel plagten an seinem Tun in Los Alamos. Und jetzt wollte ihm auch noch dieser jungen Physiker aus Deutschland Paroli bieten. „Ich war entsetzt!“ Für Hans-Peter Dürr war dieser Konflikt lebensbereichernd: Er erkannte die Ambivalenz der Physik, der Naturwissenschaften generell. Er hatte Physik studiert, um „zu erkennen, was die Welt im Innersten zusammen hält“. Jetzt konnte er zusätzlich erkennen, welche Kräfte neben der Physik wirkten und auf die Wissenschaften Einfluß nahmen.

1958 kehrte er nach Deutschland zurück. Er hatte mit seiner Arbeit über „Resonanzphänomene elektromagnetischer Felder“ den Dokortitel erworben - und er hatte eine Frau gefunden: die Tanzlehrerin Sue Durham. Das Paar zog nach München. Dort habilitierte sich Dürr bei Werner Heisenberg und wurde dessen wissenschaftlicher Mitarbeiter. Heisenberg schätzte Dürrs Bereitschaft und Fähigkeit, über herkömmliche Grenzen hinauszudenken, und ernannte ihn 1978 zu seinen Nachfolger als

geschäftsführender Direktor des Max-Planck-Instituts für Physik und Astrophysik, das heute auch als Werner-Heisenberg-Institut bekannt ist. Bis 1990 war er im Amt, daneben lehrte er an der Ludwig-Maximiliansuniversität. Als er in Pension ging, ging's erst richtig los, denn er behielt sein Büro im Institut. Von dort aus warf er viele kleine Anker aus in die Welt.

Ein Wissenschaftler, der die Wirklichkeit ausblendet, um sich der Wissenschaft hinzugeben, war er nie. Und Pazifist schon früh. (...) Hans-Peter musste 15-jährig im letzten Kriegsjahr die Uniform anziehen. Bei der totalen Zerstörung von Pforzheim verlor er seine beste Freundin, deren verbrannten Körper er begraben half. An diese Erlebnisse erinnerte er sich, wenn Teller ihm den Segen der Bombe erklären wollte. Und wenn er gegen die Star Wars-Pläne von US-Präsident Ronald Reagan eine internationale Opposition aufbaute; dafür erhielt er 1987 den Alternativen Nobelpreis (Right Livelihood Award), der ihm als Attribut in der internationalen Friedensbewegung gute Dienste leisten sollte. Es war naheliegend, dass er sich der Pugwash-Bewegung anschloß, die der Kernphysiker Józef Rotblat 1955 gegründet hatte. Pugwash wurde 1995 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Ebenso engagierte er sich für die Ärzte-Organisation IPPNW (International Physicians for the Prevention of Nuclear War); diese erhielt 1985 den Friedensnobelpreis.

Die vielen kleinen Anker, die Hans-Peter Dürr auswarf, haben Spuren bis heute hinterlassen. Ein Wurf galt den Vordenkern und Visionären aller Himmelsrichtungen. Er rief und sie kamen. Das Resultat der bunten

Versammlung am Starnberger See 1987 war eine interdisziplinäre NGO namens „Global Challenges Network“. GCN machte die globalen Herausforderungen zu seiner Agenda. (...) Noch zu seinen Lebzeiten hat „Global Challenges Network“ eine Datenbank der weltweiten Akteure ins Netz plazierte: WorkNet:future nennt sich das Netz im Netz. Arbeitsmaterial für den Weltgeist, auch ein bisschen Vermächtnis des Unermüdlichen, der den Krieg nicht nur in der politischen Arena sah, sondern den Frieden im Umgang mit der Erde suchte. Die Gasgewinnung durch Fracking tat ihm so körperlich weh wie die Gewalt von Syrien bis zur Ukraine.

(...) Als engagierter Wissenschaftler appellierte er immer wieder an seine Kollegen, Verantwortung zu übernehmen und ihr errungenes Wissen für Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit einzusetzen, anstatt die Zerstörung der Welt zu beschleunigen. So sehr er es liebte, gedankliche Grenzen zu überschreiten, so sehr war er Mahner, wenn es um die Grenzen des Wachstums ging, die es zu achten galt. (...)

Auf der Website von Global Challenges Network steht dieses Zitat, wenige Monate alt: „Wenn ich sterbe, habe ich kein Bewusstsein mehr, aber das, was ich gedacht habe, ist im Hintergrund aufgehoben. Es hat sich mit dem Weltgeist vermengt, hat das Gesamte als Information beeinflusst und steckt darin.“

http://www.oya-online.de/blog/172-nachruf_auf_hans-peter_duerr/view.html

Beiträge von Hans-Peter Dürr als Friedensaktivist <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/NATO-Krieg/duerr.html>

Bad Bank" für Atomkraftwerke? Wir zahlen nicht für Euren Müll!

Ein dreister Plan: Die Stromkonzerne wollen ihre finanziellen Risiken für den Abriss der AKW und die Atommüll-Lagerung auf die Gesellschaft abwälzen, obwohl sie über Jahrzehnte Milliardengewinne mit dem Atomstrom gemacht haben. Ihre Entsorgungs-Rückstellungen will die Atomwirtschaft in eine staatliche Stiftung, eine Art „Bad Bank“ für AKW, einbringen. Darüber hinaus wollen sie keine weiteren Kostenrisiken übernehmen. Doch die realen Folgekosten der Atomkraft werden deutlich höher sein. Dafür soll dann nach dem Willen der Stromkonzerne der Staat einspringen. Es ist die altbekannte Masche: Gewinn privatisieren, Risiken sozialisieren. Unterschriftenaktion: Ich fordere von der

Bundesregierung: Nehmt Eon, RWE, EnBW und Vattenfall ihre Entsorgungsrückstellungen ab, bevor die Konzerne pleitegehen. Aber entlastet sie nicht aus der Haftung für künftige Kostensteigerungen beim Abbau der AKW und bei der Atommüll-Lagerung.

<https://www.ausgestrahlt.de/mitmachen/badbank.html>

Vierte Internationale Degrowth-Konferenz für ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit, 2.-6. September 2014 in Leipzig <http://leipzig.degrowth.org/de/> (Leider keine Anmeldung mehr möglich)

Um die Erweiterung des **Braunkohletagebaus in der Lausitz** gibt es eine starke Auseinandersetzung, insbesondere um die auch innerparteilich stark kritisierte Entscheidung der Minister der LINKEN in Brandenburg, dem zuzustimmen.

Am 23. August wird nun ein breites Bündnis eine Menschenkette zwischen zwei vom Braunkohletagebau bedrohten Orten in Brandenburg und in Polen organisieren.

<https://www.lausitzcamp.info/termine/anti-kohle-kette-zwischen-kerkwitz-deutschland-und-grabrice-polen/>

Nähere Infos unter <http://www.humanchain.org>

Aufruf zu einem europaweiten, dezentralen Aktionstag gegen TTIP, CETA, TiSA und die Freihandelsagenda am 11. Oktober 2014

Konzernmacht zurückdrängen! Mensch und Umwelt vor Profit!

Attac Deutschland ruft gemeinsam mit dem Bündnis TTIP Unfairhandelbar und der EU-weiten Koalition gegen TTIP zu einem Aktionstag auf, um die laufenden Verhandlungen zu TTIP (Transatlantisches Freihandels- und Investitionsabkommen mit den USA), CETA (umfassendes Freihandels- und Investitionsabkommen mit Kanada), TiSA (Freihandelsabkommen zum Handel mit Dienstleistungen) und anderen Freihandelsverträgen zu stoppen.

Text des Aufrufs: http://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Kampagnen/ttip/Aktionen/Attac-Aufruf_europaeischer_Aktionstag11.10.2014_final.pdf

Materialien aus dem ganztägigen Workshop am 5. Juli 2014 zu CETA und TiSA

www.attac.de/index.php?id=71381 (Thomas Fritz) www.attac.de/index.php?id=72033 (Roland Süß)

kurze Einführung von Roland Süß : www.youtube.com/watch?v=1q3nmPfeBGs

Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA

Forderung: Verhandlungsmandat für TTIP aufheben, CETA nicht abschließen

Das Bündnis TTIP Unfairhandelbar bereitet den Start einer Europäischen Bürgerinitiative (EBI) gegen die geplanten Handelsabkommen TTIP und CETA vor. Damit soll die EU-Kommission aufgefordert werden, die TTIP-Verhandlungen zu stoppen bzw. das CETA-Abkommen nicht abzuschließen. Der Registrierungsantrag der EBI ist für Juli geplant, der Start der Unterschriftensammlung für September dieses Jahres. Das Bündnis besteht seit Herbst 2013.

Mit einer EBI kann die EU-Kommission zu einem Rechtsakt aufgefordert und eine Anhörung im Europäischen Parlament erzwungen werden. Für eine erfolgreiche EBI werden eine Million Unterschriften benötigt. Gleichzeitig muss in sieben Mitgliedsstaaten das so genannte Länderquorum überwunden werden. In Deutschland sind dies ab Juli 2014 beispielsweise 72.000 Unterschriften, in Frankreich 55.500, im Vereinigten Königreich und in

Italien 54.750, in Estland, Malta, Luxemburg und Zypern 4.500 Unterschriften. Die Höhe des Quorums richtet sich nach der Zahl der Abgeordneten des jeweiligen Landes im EU-Parlament.

Die bisher bekannteste EBI war „right2water“. Ihr war es gelungen, dass die Liberalisierung der Wasserversorgung aus dem Anwendungsbereich der EU-Konzessionsrichtlinie gestrichen wurde.

Federführend bereiten derzeit die Organisationen Attac, Campact, Mehr Demokratie e.V., das Umweltinstitut München und der Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU) die EBI vor. Europaweit haben bereits über 100 Organisationen aus 17 Ländern ihre Unterstützung zugesagt, Tendenz täglich steigend. In Deutschland gehören dazu beispielsweise Brot für die Welt, der Deutsche Kulturrat und die GEW.

European Citizens' Initiative "Stop TTIP":

Registration-Text:

Subject-matter:

We invite the European Commission to recommend to the Council to repeal the negotiating mandate for the Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) and not to conclude the Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA).

Main objectives: We want to prevent TTIP and CETA because they include several critical issues such as investor-state dispute settlement and rules on regulatory cooperation that pose a threat to democracy and the rule of law. We want to prevent employment, social, environmental, privacy and consumer standards from being lowered and public services (such as water) and cultural assets from being deregulated in non-transparent negotiations. The ECI supports an alternative trade and investment policy in the EU.

<http://stop-ttip.org/registration/>

<http://www.ttip-unfairhandelbar.de/start/home/detailansicht/datum/2014/07//pressemitteilung-europaeische-buergerinitiative-fordern-verhandlungsstopp-bei-ttip-und-ceta/>

Europäische Sommeruniversität für Soziale Bewegungen (ESU) in Paris (Frankreich)

- Universität Paris-VII Diderot im 13ten arrondissement)

19. bis zum 23. August 2014

Fünf Tage lang werden mehr als 1000 TeilnehmerInnen zusammenkommen, um Standpunkte auszutauschen, von- und miteinander zu lernen, zu diskutieren und Strategien und Wege aus den weltweiten Krisen zu entwickeln sowie um die sozialen Bewegungen auf nationaler und internationaler Ebene zu stärken. Das Europäische Attac-Netzwerk hat 9 Foren und eine Vielfalt von Seminaren und Workshops organisiert. <http://www.esu2014.org/>

An den 9 Foren werden teilnehmen: Ulrike Herrman (Journalistin und Autorin, Deutschland), Wilfried Kurtzke (IG Metall, Deutschland), Joseph Purugannan (Focus on the Global South, Philippinen), Lori Wallach (Public Citizen, USA), Susan George (Ehrenpräsidentin von Attac Frankreich), Genevève Azam (Attac Frankreich), Irmi Salzer (Via Campesina, Österreich), Cindy Wiesner (Global Grassroot Justice, USA), Matyas Benyik (Attac Ungarn), Annick Coupé (Altersomet), Rita Silva (European Action Coalition for the Right to Housing and the City) und Aris Chatzistefanou (Regisseur von Debtocracy), Nick Dearden (World Development Movement, UK), Peter Wahl (Weed, Deutschland), Nicole Woo (The Center for Economic and Policy Research, USA), Jutta Kill (Netzwerk Financiarisation of nature), Pablo Solon (Focus on Global South, Bolivien), Hans Thie (Soziologe und Wirtschaftswissenschaftler, Deutschland), Trevor Evans (Euromemo), Mariana Mortagua (Wirtschaftswissenschaftlerin engagiert in soziale Bewegungen, Portugal), Dominique Plihon (Attac Frankreich), Alberto Acosta (Wirtschaftswissenschaftler, Äquator), Elena Gerebiza (Re:Common, Italien), David Graeber (Anthropologe und Aktivist, USA), Cristina Asensi (Attac Spanien), Thilo Bode (Greenpeace, Foodwatch, Deutschland), Theodor Paraskevopoulos (Universitätsprofessor, Griechenland), Mario Pianta (Wirtschaftswissenschaftler, Italien), Walden Bello (Schriftsteller, Philippinen), Daler Dzhaborov (Universität von Lomonosow, Russland), Aminata Traoré (Mali)